



VORWORT

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

im Juni 1982, vor nunmehr 30 Jahren, zogen zum ersten Mal grüne Abgeordnete in die Bezirksversammlung Hamburg-Nord ein. In diesen 30 Jahren haben wir nachhaltig unseren Bezirk mitgeprägt.

Wir haben uns in den 80er-Jahren dafür stark gemacht, dass die freie Tanz- und Theaterszene auf Kampnagel ein Domizil findet. Wir haben in den vergangenen Jahren massiv für die Stärkung der Stadteilkultur gestritten. Seit Anbeginn streiten wir für die Verbesserung des Radverkehrs. Der Schutzstreifen auf dem Hofweg ist einer unserer jüngsten Erfolge in diesem Bereich. Wir haben Umweltskandale aufgedeckt und uns für mehr Grün im Bezirk stark gemacht. Die Benennung des zentralen Platzes in Eppendorf nach der von den Nazis ermordeten jüdischen Ärztin Marie Jonas haben wir im Parlament durchgesetzt. Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus ist uns Auftrag und Verpflichtung. Wir haben uns immer für ein respektvolles Miteinander in den Quartieren eingesetzt und pluralistische Lebensformen, wie z.B. das Leben in Bauwagen, ermöglicht.

Aber nicht nur wir Grüne haben den Bezirk Hamburg-Nord verändert. Die letzten 30 Jahre sind auch an uns nicht spurlos vorbeigegangen. War in der Anfangszeit unserer Partei und Fraktion ein junges, studentisches Protestmilieu prägend, werden wir heute getragen von sozialverantwortlichen, ökologisch denkenden Menschen die meist fest in ihrem Beruf und in ihrem Leben verwurzelt sind.

In dieser Dokumentation unserer Geschichte erfahren Sie einiges über die ganz offensichtlich unstrukturierten und teilweise chaotischen, aber durchaus auch charmant anmutenden Anfangszeiten grüner Politik im Bezirk Nord. Wenn



man erfolgreich Politik gestalten will, ist es aber erforderlich, über fundiertes Fachwissen zu verfügen und strukturiert zu agieren. Dem versuchen wir gerecht zu werden, um unseren Bezirk sozial und ökologisch zu modernisieren. Deshalb setzen wir uns ein für die Schaffung von neuem und vor allem bezahlbarem Wohnraum, der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der kulturellen und sozialen Infrastruktur.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei allen, die sich in den letzten 30 Jahren als Bezirksabgeordnete oder zugewählte Bürgerinnen und Bürger für grüne Politik im Bezirk Hamburg-Nord engagierten. Ohne diese ehrenamtliche Mitarbeit für die Belange der Menschen in den Quartieren könnte Politik nicht funktionieren – und grüne Politik schon gar nicht!

Wir haben in den vergangenen 30 Jahren viel erreicht und das Leben im Bezirk Nord zum Positiven verändert – diesen Weg wollen wir fortsetzen und freuen uns dabei auf Ihre Unterstützung.

**Herzlichst
Ihr
Michael Werner-Boelz, Fraktionsvorsitzender**

GRUSSWORTE

„ALS SICH DER ZIEMLICH SICHERE UNTERGANG DES ABENDLANDES ANDEUTETE“



Harald Rösler, amtierender Bezirksamtsleiter

Seit Silvester waren die Häuser am Hafendrand besetzt und im Radio konnte man auf 96,8 „Radio Hafenstraße“ hören, angetreten, um das Bollwerk des bürgerlichen Meinungsmonopols zu knacken.

Auch und gerade in Eppendorf fand die junge Hausbesetzerszene Objekte, die sie öffentlichkeitswirksam und natürlich illegal mit Beschlag belegte, was aber durchaus nicht nur mit Kritik, sondern auch mit einem gewissen Verständnis wahrgenommen wurde – eine schwierige Gratwanderung zwischen Recht und Moral. Irritiert nahm die ältere Generation Kenntnis von äußerst unkonventionell auftretenden jungen Leuten, die weder dem herkömmlichen Bild adretter aufstrebender Jungs und Mädchen entsprachen, noch die geltenden Tugenden wie Höflichkeit, Zurückhaltung oder gar Respekt an den Tag legten. Im Gegenteil: Sie trugen unförmige und total ausgeleierte derbe Pullover, entsprechende Frisuren, stellten möglichst alle Regeln in Frage und führten freche Reden. In gesetzteren Kreisen war man sich einig, dass alles auf den ziemlich sicheren Untergang des Abendlandes hinzudeuten schien. Oder wenigstens auf einen Spuk, der am besten möglichst schnell vorbeigehen sollte.

FOTO: ELFRIEDE LIEBENOW

Am 30.04.1995, einem Sonntag, ereilte der Spuk auch mich persönlich. Die Polizei informierte mich darüber, dass eine Gruppe von 15 Bauwagenbewohnern mit dem programmatischen Namen Borribles seit dem frühen Morgen am Rande der traditionsreichen Stadtparkfestwiese, einer guten Stube des Bezirks, ihre Wagen aufgefahren hatte. Einer ließ sich Elvis nennen und war total begeistert, weil es hier viel schöner war, als zuvor am autobahnlärmigen Bahnenfelder See. Natürlich steckte die GAL dahinter und der Grüne Ingo Ambs forderte umgehend dauerhaftes Bleiberecht. Während wir also am Sonntag auf der Wiese mit Elvis, Ingo und seinen Freunden verhandelten, beschäftigte sich derweil in London Charles Philip Arthur George Mountbatten-Windsor, der Prince of Wales, wahrscheinlich ahnungslos mit den Vorbereitungen für seine unmittelbar bevorstehende Reise nach Hamburg anlässlich der Feiern zum 50. Jahrestag des Kriegsendes – Staatsbesuch. Seine Sondermaschine sollte am 02.05.1995 um 15:57 Uhr in Fuhlsbüttel landen. Derweil polierten die „Weißen Mäuse“ der Hamburger Polizei wohl schon die Maschinen ihrer Motorradeskorte und die ganze Stadt putzte sich für den Empfang

heraus. In diese Betriebsamkeit passten Bauwagen auf der Festwiese irgendwie nicht recht hinein, sondern sorgten für eine erhebliche Steigerung der öffentlichen Nervosität. Bald kamen besorgte Anrufe, wie denn das nur alles werden sollte (spätestens jetzt, ausgerechnet jetzt, schien das Abendland tatsächlich am Ende zu sein). Rasch türmten sich im Bezirksamt gute und schlechte Ratschläge, wie dem Spuk ein rasches und rechtzeitiges Ende bereitet werden könnte. Weil Not wohl tatsächlich erfinderisch macht, fanden wir dann doch noch einen eleganten Weg, wie wir den Bauwagen Flügel verleihen und sie in einer Blitzaktion im Einvernehmen mit Elvis und Co. nach Langenhorn verschwinden lassen konnten. Die weißen Mäuse fuhren die feinste Eskorte und der Prince of Wales merkte von unseren Aufregungen rein gar nichts.

Jahrzehnte später schimmern manch Katz- und-Maus-Spiele von damals in einem milden und nostalgischen Licht. Längst ist die GAL zu einem professionellen, modernen und berechenbaren Politik-Partner ausgewachsen. Natürlich ist sie im Vergleich zu damals etwas langweiliger geworden – richtig in die Jahre gekommen ist sie indes noch nicht. Ob Elvis noch im Bauwagen lebt?



Mathias Frommann, 1996-2008 Bezirksamtsleiter

Liebe Mitglieder der GAL-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, herzlichen Glückwunsch zum 30. Geburtstag Ihrer Fraktion.

Als Bezirksamtsleiter hatte ich 12 Jahre lang das Vergnügen, mit der GAL-Fraktion in einer Phase enger Rot/Grüner Kooperation zusammen zu arbeiten.

Diese Zeit habe ich in guter Erinnerung, weil ich die GAL-Fraktion stets als einen verlässlichen Partner empfunden habe, der sich durch politischen Gestaltungswillen und Kompromissfähigkeit ausgezeichnet hat. Höhepunkte waren in diesem Zusammenhang u. a. der gemeinsame erfolgreiche Einsatz für die Erhaltung des Planetariums im Stadtpark, für die Ansiedlung und Erhaltung von Bauwagenplätzen im Bezirk (heute soll dies sogar für die CDU selbstverständlich sein?!) oder die Entwicklung einer eigenständigen Erinnerungskultur an den Terror und die Massenvernichtung von Menschen durch das Naziregime in der Zeit von 1939 bis 1945.

Nun wird die GAL-Fraktion 30 Jahre alt – ein reifes Alter - sicher einerseits voller Dynamik, immer aber auch mit dem Risiko, dass sich ein erster Bauchansatz zeigt.

Also, liebe Galierinnen und Galier, ich wünsche Ihnen/Euch, dass der Fraktion der politische Ideenreichtum in den nächsten 30 Jahren im Interesse der Menschen des Bezirkes erhalten bleibt und in fantasievolle Aktivitäten umgesetzt wird, so dass jedenfalls politisches Bauchfett nicht entsteht.

Herzliche Jubiläumsgrüße!



Peter Tschentscher, Vorsitzender der SPD Hamburg-Nord und Finanzsenator; 1999-2008 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Liebe GAL-Fraktion, herzlichen Glückwunsch zum 30-jährigen Jubiläum vom SPD-Kreis Hamburg-Nord!

In der Bezirksversammlung Nord wurde die erste rot-grüne Zusammenarbeit in der Hamburger Politik begonnen, als dieses für andere noch undenkbar war.

Nach vielen gemeinsamen Jahren wünschen wir den Nord-Grünen auch in den nächsten 30 Jahren alles Gute in der Politik für den schönen Bezirk zwischen Flughafen und Alster.



Kai Voet van Vormizeele, seit 2004 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft; 1992-2004 Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Als mich die Bitte der GAL-Fraktion erreichte, ich möge doch ein Grußwort zum Jubiläum schreiben, habe ich erst einen kleinen Moment gestutzt und dann ein wenig in mich „hinein geschmunzelt“.

Diese Bitte zeigt eigentlich den langen Weg der GAL in diesen 30 Jahren. Wäre eine solche Bitte vor 30 Jahren an den ehemaligen Vorsitzenden der CDU-Bezirksfraktion denkbar gewesen? Ich glaube nicht. Ich wünsche der GAL-Fraktion Nord, dass sie genauso locker und offen den Weg ihres weiteren „Erwachsen-Werdens“ gehen wird. Denn: Eigentlich soll man ja nie so richtig erwachsen werden!

FOTOS: TOBIAS KIEBLER; SPD; CDU; PRIVAT; SPD; CDU



Peter Heim, 2008-2011 Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Zum 30-jährigen Jubiläum Ihrer Fraktion in Hamburg-Nord wünsche ich Ihnen, dass Sie weiterhin streitbar für Ihre Ziele kämpfen.

Respekt gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Offenheit und die Bereitschaft zur sachlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Mitbewerber möge dabei auch zukünftig Maßstab Ihrer Entscheidungen und Ihres Handelns sein. Dazu wünsche ich Ihnen insbesondere ein „glückliches Händchen“, Kraft und Ausdauer und viele engagierte Kolleginnen und Kollegen.



Thomas Domres, seit 2009 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Das Rot-Grüne Projekt war viele Jahre ein Aushängeschild - auch sozialdemokratischer Politik - in Hamburg-Nord.

Nachdem die GAL sich 2008 einem anderen Partner zugewandt hatte, hielten viele Menschen dieses Projekt für gescheitert; ich persönlich sehe das nicht so! Koalitionen sind immer Bündnisse auf Zeit. In einer Koalition versuchen die Partner ein Maximum von dem, was sie programmatisch für notwendig halten, durchzusetzen. Die GAL sah damals offensichtlich ihre Programmatik besser bei den Kollegen der CDU vertreten und hat dann folgerichtig auch mit dieser Partei koalitiert. Dass die GAL im Jahr 2008 eine größere Nähe zur CDU empfand, bedeutet nicht, dass das bis dahin bestehende Rot-Grüne Projekt gescheitert wäre.

Nein, bis dahin hatte Rot-Grün viele Jahre erfolgreich Politik für die Menschen in Hamburg-Nord gestaltet.



Dr. Andreas Schott, seit 2004 Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Kaum zu glauben wie die Zeit vergeht: Vor 30 Jahren, Helmut Schmidt kämpft für den NATO-Doppelbeschluss, der Commodore C64 wird vorgestellt und die GAL zieht erstmals in die Bezirksversammlung Hamburg-Nord ein.

Wie der Computer hat sich auch die grüne Fraktion weiterentwickelt. Abstürze und Totalausfälle sind seltener, Möglichkeiten und Benutzerfreundlichkeit größer geworden. Weniger Ideologie und mehr Pragmatismus sind der Politik im Bezirk gut bekommen. Weiterhin viele kreative Ideen im gemeinsamen Einsatz gegen CO₂ und für Freiheit und Demokratie. In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch!

„OHNE UNSEREN DRUCK WÄRE BIS HEUTE NICHTS GELAUFEN“

ATOMARES SPERRGEBIET HAMBURG-NORD

„Die Bekämpfung der menschenfeindlichen Atomtechnologie steht im Mittelpunkt des ökologischen Forderungskatalogs der GAL“ (1982). Am 10. Februar 1983 stellte die GAL-Fraktion an die Bezirksversammlung (BV) einen Antrag auf Errichtung einer **ABC-Waffenfreien Zone Hamburg-Nord**. Der Antrag wurde nicht auf die Tagesordnung genommen mit dem Argument, dass er nicht rechtzeitig vorgelegen hätte. Daraufhin verließen die beiden GALier - vom GAL-Quartett war nur die Hälfte zur Sitzung erschienen - den Saal. Im März wurde der Antrag ein zweites Mal gestellt. „Atomwaffenfreie Zonen auf regionaler Ebene sind ein Protest gegen die Stationierung weiterer Atomraketen. Angesichts der internationalen Spannungen, die sich in den letzten Jahren

gefährlich verschärft haben, kommt uns Deutschen eine besondere Verantwortung zu, den Frieden zu wahren“, wurde der GAL-Abgeordnete Wolfgang Witsch in den Alstertal-Nachrichten zitiert. SPD-Fraktionschef Walter Wellinghausen setzte sich durch, das Thema bis Juni zu vertagen. Im Laufe der kommenden Monate gab es auf Initiative der GAL zwei öffentliche Anhörungen zum Thema Frieden und Zivilschutz mit jeweils 400 Teilnehmern. Im Juni wurde Hamburg-Nord durch die BV zur atomwaffenfreien Zone erklärt. „Ohne unseren Druck wäre bis heute zu Frieden im Bezirk nichts gelaufen“, hieß es 1984 im GAL-Info. Der Beschluss ist bis heute gültig und „einer unserer größten Erfolge“, sagt Boris Utikal, ehemaliger GAL-Bezirksabgeordneter, im Rückblick.



„JETZT SIND WIR DRIN, WIR MISCHEN MIT“

PREMIERE AUF DEM KOMMUNALPOLITISCHEN PARKETT

Am Wahltag, dem 6. Juni 1982, stand fest: **Erstmals wurde es in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord eine grüne Fraktion geben. Auf der konstituierenden Sitzung am 24. Juni unter dem Vorsitz von Werner Weidemann kamen zu den 19 Abgeordneten der SPD, 17 Vertretern der CDU und zwei Mitgliedern der FDP vier GALier: Ingeborg Grothe, Rolf Höhne, Antje von Holt und Susanne Peters.**

Aufgrund unklarer Mehrheitsverhält-

nisse bei der Bürgerschaftswahl, die zeitgleich stattgefunden hatte, musste im Dezember die Wahl wiederholt werden. Die GAL erreichte im Bezirk Nord acht Prozent der Stimmen. Diesmal vertraten Ingeborg Grothe, Rolf Höhne, Michael Pohlmann und Wolfgang Witsch die GAL im Bezirksparlament.

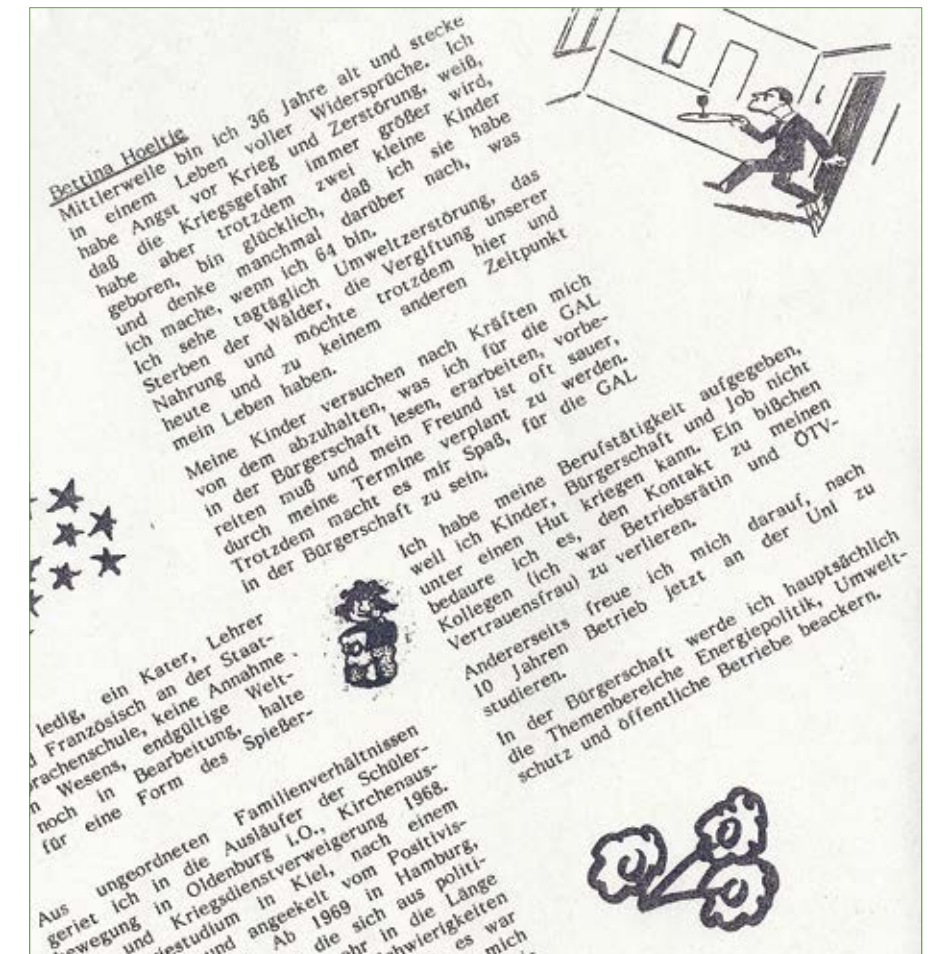
Für die Neulinge war die Teilhabe an der Bezirksversammlung (BV) ein Sprung ins eiskalte Wasser. Neben der Anfangs-

euphorie bestimmte oft mehr Frust als Lust den Einstieg in den kommunalpolitischen Alltag. Daneben gab es kleine und große Erfolge, die für Motivation sorgten. So zum Beispiel der Beschluss, einen atomwaffenfreien Bezirk Hamburg-Nord einzurichten.

Den Neueinsteigern fiel im alltäglichen politischen Geschäft der Umgang mit den für sie oftmals kaum nachvollziehbaren Reglements und Formalien schwer. Es verstärkte sich der Eindruck, der selbst-

Rudi aus der GAL-Fraktion war als Vertreter der BV auf der „Ersten Internationalen Konferenz Atomwaffenfreier Behörden“ vom 13. bis 15. April 1984 in Manchester. Hier trafen sich 250 Vertreter aus über hundert Städten und Gemeinden. Auszüge aus Rudis Bericht: „Aus der BRD waren erschienen: der Oberbürgermeister von Kassel (H. Eichel samt Referenten), der Bürgermeister von Mörfelden-Waldorf und ich. Herrn Wellinghausen erwartete ich dort vergebens.“ (...) „Da ich erst am Freitag losfuhr, bekam ich nur den zweiten Teil, und den auch nur zum Teil mit.“ (...) „Die Mehrheit der Spanier ist gegen die Atomwaffenlagerung. Allerdings wissen die meisten Spanier gar nicht, daß überhaupt Atomwaffen gelagert werden.“

Aus dem Archiv der GAL-Fraktion Hamburg-Nord



Die Angst vor Krieg und Umweltzerstörung gehörte in den 80er-Jahren nicht nur bei der damaligen GAL-Bürgerschaftsabgeordneten Bettina Hoeltje zu den vorherrschenden Themen (aus dem GAL-Info 5/1984)

gesetzten, hohen Erwartungshaltung an die eigene inhaltliche Arbeit nicht gerecht werden zu können.

Bericht aus der ersten BV: „Die Sitzung selbst begann mit einem weiteren Eklat: Die Eppendorfer Friedensinitiative versuchte, sich am Mikrofon Gehör für einen Antrag zu verschaffen. Das wurde für unzulässig erklärt. (...) Ein Transparent der Mieterini, im Eifer des Gefechts zunächst verkehrt herum entrollt, fand keine besondere Beachtung. Da es etlichen Leuten die Sicht auf die Versammlung versperrte, mußte es bald wieder eingerollt werden. (...) Danach kam eine Latte langweiliger Wahlen und Ernennungen. Eine Panne un-

terlief der GAL-Fraktion beim Versuch der CDU, einen Antrag der SPD über Gewährung weiterer Zuschüsse an das Goldbekhaus sowie für einen Kinderspielplatz zu kippen. Da diese Anträge erst in letzter Minute vorbereitet worden waren, hatte die GAL-Fraktion keine Gelegenheit, sie vor der Abstimmung zu studieren, und enthielt sich deshalb der Stimme. Zum Glück wurde der Antrag von der FDP unterstützt. Die CDU begründete ihre Ablehnung staatstragend mit der allgemein miesen Haushaltslage in Hamburg. (...) Der Vorgang zeigt aber, wie wichtig es ist, daß wir unsere Kenntnisse der Bezirkspolitik verbessern. (...) Mein Eindruck alles in allem: Viel parlamentarisches Theater, insbesondere

viel eitles Getue bei CDU, SPD und FDP – wenig Sachliches.“ (Dirk von Holt)

„WIR HATTEN KEINE INFORMATIONEN NOCH IDEEN“,

bilanzierte Susanne Peters im Anschluss an die BV im Oktober 1982. Die frischgebackenen Bezirksabgeordneten, die zum größten Teil aus der Bürgerbewegung stammten und vor allem in „ihrem“ Thema fit waren, hatten sowohl inhaltlich, als auch kommunalpolitisch Aufholbedarf. „Die GAL konnte leider weder auf die Verkehrsfrage, noch auf den Krach einer Disko eingehen. Bei der Berücksichtigung von Kleingewerkschaften bei Bauvorhaben

Das erste GAL-Info Hamburg-Nord erschien am 2. August 1982 mit handschriftlichen und getippten Beiträgen aus der BV sowie Themen und Terminen aus den Stadtteilen. Carola forderte auf: „Bringt doch für's Lay-Out des nächsten Info's Karikaturen, Comics usw. im Büro vorbei!“



FOTOS: ARCHIV GAL-FRAKTION HAMBURG-NORD

RAINER NEUMANN

Rainer Neumann, Jahrgang 1950. Der Winterhuder Buchhändler kam 1985 zur GAL Nord. „Die GAL war zwar in der Bezirksversammlung, hatte aber kaum Mitglieder. Es gab so'n paar Hansel überwiegend aus der Umweltini Barmbek-Uhlenhorst und aus der DKP-lastigen Friedensini Winterhude, dazu eine Hand voll Eppendorfer und Fuhlsbüttler. Ich selbst kam aus der Stadteilkulturecke, habe mich im Goldbekhaus engagiert. Es war prägend für die GAL, dass die Leute aus den sozialen Bewegungen kamen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre gab es da ein letztes Aufbäumen vor dem großen Zusammenbruch. Viele Aktive sind dann in die GAL eingetreten. Die Bezirksabgeordneten sollten das Sprachrohr der sozialen Bewegung im Parlament sein. In der BV war es in den ersten Jahren ziemlich chaotisch, weil keiner Ahnung von den Regularien hatte, aber interessant. Die BV war ein wichtiger Ort zur Herstellung von Öffentlichkeit.“

„Die GAL-Abgeordneten waren ganz gut. Alles Liebe, Carola“

schließt ein Bericht aus der BV vom 13. Januar 1983, in: GAL-Info 5/1983



Die erste Demonstration gegen die Schließung der Postfiliale im Martin-Haller-Ring 1993 mobilisierte Hunderte von Leuten. GALier wie Rainer Neumann (rechts im Bild) riefen vor Ort zu weiteren Bürgerprotesten auf. „Post dicht – mit uns nicht!“ und „Postraub in der Jarrestadt“ stand auf den Transparenten. Immer mehr Postämter sollten im Bezirk abgebaut werden. Die GAL organisierte den Bürgerprotest vor Ort. Die GAL-Fraktion stellte Anträge zum Erhalt der wohnortnahen Postämter.

hatte die GAL-Fraktion Schwierigkeiten, sich zu entscheiden, dem SPD-Antrag zuzustimmen, oder sich zu enthalten. (...) Ich fühle mich in einer Weise unwohl, weil wir in vielen Sachen inkompetent sind, andererseits lehne ich es ab, überall Statements abzugeben, ohne viel Hintergrund, damit die GAL auch was gesagt hat“, schrieb Peters im GAL-Info.

Gleichzeitig war den Neuparlamentariern klar, dass an der Bezirksversammlung kein Weg vorbei führen würde, wenn sie auf die Verhältnisse im Bezirk Einfluss nehmen wollten. Die Kompetenz der Bezirkspolitik gegenüber dem Senat und der Bürgerschaft zu stärken,

war von Anfang an eines der Grundlagen der GAL.

„ANSATZWEISE QUALIFIKATIONEN, DIE AUSBAUFÄHIG SIND“

Als Grundlage erfolgreicher parlamentarischer Arbeit galt das Zusammenspiel zwischen Fraktion und Basis. War das Parlament anfangs noch eher ein Anhängsel der Partei, gewann die Fraktion für die Durchsetzung kommunalpolitischer Ziele zunehmend an Bedeutung. Von der Basis wünschten sich die Bezirksabgeordneten nicht nur inhaltlichen Input, sondern auch

moralischen Rückhalt und Motivation für ihre Arbeit. „Eine zunehmend frustrierte Einstellung bei Teilen der Fraktion, die sich in Äußerungen wie ‚Wir schaffen das nie‘, ‚Ich trete zurück‘ und Überlegungen, wozu es die GAL-Nord überhaupt gibt, zum Ausdruck kommt“, wurde 1982 zum Anlass genommen, das Verhältnis zwischen Fraktion und Basis kritisch zu beleuchten. Die als sinnvoll erachtete Aufgabenteilung: Kommunalpolitische Anforderungen aus den Stadtteilen an die Fraktion, im Gegenzug Berichte und Bitten um Stellungnahme von der Fraktion an die Stadtteile. Während die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen zu Themen wie Bauen und Wohnen sowie Kultur gut klappte, war „auf der zweiten

Ebene unserer Basisanbindung, nämlich an die GAL-Mitglieder, bisher praktisch nichts passiert“. Dringend gefordert wurden Arbeitsaufträge aus den Stadtteilgruppen an die Parlamentarier, wie Anfragen zwecks Informationsbeschaffung und Anträge zur Vertretung kommunalpolitischer Forderungen in der BV. Arbeitskreise zwischen Fraktion und Stadtteilen sollten die Situation verbessern.

ZWISCHENBILANZ, NACH GUT EINEM JAHR PARLAMENTSARBEIT:

„Ansatzweise ist es uns gelungen, eine

tatsächliche Opposition in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord darzustellen. (...) Festzustellen ist, daß der kommunalpolitisch arbeitende Teil der GAL ansatzweise bestimmte kommunalpolitische Qualifikationen erworben hat, die ausbaufähig sind (...). Festzustellen ist, daß es uns nicht gelungen ist, die kommunalpolitischen Ansätze, die wir zu Beginn der GAL entwickelt haben, wesentlich perspektivisch in Auseinandersetzung mit der ‚Basis‘ weiterzuentwickeln. Vielmehr scheint sich spitz formuliert die GAL-Nord als politische Organisation in Auflösung zu befinden. Ergebnis dieses von uns als Ausklinkungs-Prozeß der GAL-Basis empfundenen Entwicklung ist eine

Abgehobenheit der Fraktion im kommunalpolitischen Bereich, während wir kritisieren, daß von der Basis keine sichtbaren Anstrengungen zur Weiterbildung unternommen werden (...)“, so Rolf Höhne, Wolfgang Witsch, Hans-Wolfgang Vieluf am 6. Januar 1984.

„DIE ROTGRÜNE BEDROHUNG IM PARLAMENT – EIN SKANDAL!!!!“

Die Vertreter der anderen Fraktionen machten den „Neuen“ den Einstieg in das „Feierabendparlament“ nicht eben leicht. „Insgesamt scheint es der SPD mit ihrer

RAINER SCHEPPELMANN

Rainer Scheppelmann, Jahrgang 1948. Seit 2007 stellvertretender Leiter der Leitstelle Klimaschutz in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und zuständig für internationale Klimakooperation. Ehemals Lehrer für Spanisch, Geschichte und Politik am Gymnasium Uhlenhorst-Barmbek. Kam 1986 über die Deutsche Friedensunion DFU zur GAL. War von 1988 bis 1997 in der Bezirksversammlung. „Die GAL war ein ziemlicher Chaotenhaufen – aber die Überzeugung, dass sich vernünftige Leute durchsetzen, hat langfristig geklappt. In der Bezirkspolitik wurden sowieso immer schnell alle zu Realos. Aber Vielredner – auch aus den eigenen Reihen – machten damals jede Fraktionssitzung zur Tortur. Ich bin begeistert von der hohen Qualität und Professionalität der heutigen Fraktionsarbeit.“



Rainer Scheppelmann, 1993

absoluten Mehrheit nicht schwerzufallen, sich an die Existenz der GAL im Parlament zu gewöhnen. In wohlwollendem Ton belehrte sie die GAL über die Un-Möglichkeiten der parlamentarischen Arbeit (...). Der CDU hingegen fällt es sichtlich schwer, sich mit der GAL abzufinden. Bemerkungen wie die K. Rosenau: „mit der GAL reden wir gar nicht erst“, waren eher die Regel. Die rotgrüne Bedrohung im Parlament – ein Skandal!!!!“, so ein pointierter Beitrag im GAL-Info vom Januar 1983.

Die SPD-Nord bot der GAL bereits einige Tage nach der Wahl Gespräche an, mit dem Ziel zukünftig verstärkt inhaltlich zusammenzuarbeiten – der Beginn

einer langen Freundschaft? Eher Auftakt zu einer Reihe über die folgenden Jahre immer wieder neu aufgenommener und zum Teil monatelanger, auch innerparteilich kontrovers geführter Diskussionen. Schließlich wollte sich die noch junge GAL unabhängig positionieren und sich deutlich von den bestehenden Parteien absetzen.

„JETZT SIND WIR DRIN, WIR MISCHEN MIT“

Die Vereinnahmung durch die bürgerlichen Strukturen, die dem Parlamentarismus innewohnten, und die damit verbundenen Folgen lösten bei einigen

GALiern großes Unwohlsein aus: „Bis vor kurzem war es das Sammelsurium linker, alternativer BI-Mitglieder, Sozialisten, Kommunisten, zusammengefasst unter dem Konstrukt GAL, das vom Staat auf die andere Seite definiert wurde. Jetzt ist das anders: jetzt sind wir drin im Staat, sind in den Parlamenten, wir mischen mit. Da kann es schon passieren, daß die Sichtweise (und auch die Seite) etwas anders wird. (...) Da nimmt dann auch unser Denken andere Formen an. Und da hat dann Nachdenken über die eigene Funktion – und somit auch das Aufdecken vorhandener Fehler – seinen Stellenwert verloren. Sonst könnte man draufkommen, daß im Moment auf

POLITIK AUF BEZIRKSEBENE: BÜRGERINNEN UND BÜRGER ALS „FEIERABENDPOLITIKER“

Der Bezirk Hamburg-Nord hat rund 292.000 Einwohner (Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Stand: Ende 2010) in dreizehn Stadtteilen: Alsterdorf, Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Eppendorf, Fuhlsbüttel, Dulsberg, Groß Borstel, Hoheluft-Ost, Hohenfelde, Langenhorn, Ohlsdorf, Uhlenhorst, Winterhude. Im Bezirksamt mit Sitz in Eppendorf hat auch die Bezirksversammlung (BV) Hamburg-Nord ihre Adresse. In der BV und ihren Ausschüssen wird Politik gemacht wie in Stadträten und Gemeinderäten – allerdings mit eingeschränkten Kompetenzen. Bisher wurden die Wahlen zu den Bezirksversammlungen immer zeitgleich mit der Bürgerschaftswahl abgehalten. Zukünftig sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, mit den Wahlen zum Europäischen Parlament auch ihre Abgeordneten zur BV zu wählen. Dies wird erstmals im Jahr 2014 stattfinden. Eine Legislatur dauert dann fünf Jahre, statt wie bisher vier Jahre.

Die 51 Abgeordneten, die als reine Feierabendpolitikerinnen und -politiker alle ehrenamtlich tätig sind, verstehen sich als Mittler zwischen den Bürgern und der Verwaltung

AUSSCHÜSSE DER BEZIRKSVERSAMMLUNG HAMBURG-NORD

Regionalausschüsse

Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg
Fuhlsbüttel-Langenhorn-Alsterdorf (mit Groß Borstel und Ohlsdorf)
Eppendorf-Winterhude (mit Hoheluft-Ost)

Fach-Ausschüsse

Bildung, Kultur und Sport
Jugendhilfe
Soziales, Gesundheit und Integration
Stadtentwicklung
Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz
Wirtschaft und Arbeit
Haushalt

auf Bezirks- und Landesebene. Sie sind Ansprechpartner vor Ort für die vielfältigen Probleme und Wünsche der Menschen, die in Hamburg-Nord leben und arbeiten.

Mindestens einmal im Monat (Ausnahme sind die großen Schulferien) findet eine BV statt. Zu Beginn jeder Sitzung gibt es eine „Bürgerfragestunde“, in der die Bürger zu ihnen wichtigen Themen Fragen an die Fraktionen richten können. Darüber hinaus führt die BV oder der entsprechende Ausschuss öffentliche Anhörungen zu einzelnen Themen und Fragestellungen durch. Zur Bewältigung der vielen Aufgaben der BV wurden verschiedene Ausschüsse eingerichtet. In diesen Ausschüssen findet die hauptsächlich inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themen und Problemen statt. Die drei Regionalausschüsse (siehe Kasten) sind wie „kleine Parlamente“ innerhalb des Bezirks und kümmern sich um lokale Angelegenheiten. Die Fachausschüsse hingegen befassen sich mit themenspezifischen Problemen, die den ganzen Bezirk betreffen. Daneben gibt es noch den Hauptausschuss, der zur Vorbereitung und Entlastung der Bezirksversammlung dient. In der Regel tagen fast alle Ausschüsse öffentlich. Bürgerinnen und Bürger können zu Beginn eigene Fragen stellen und werden auch zu den öffentlichen Themen der Sitzung angehört.

kommunalpolitischer Ebene unsere Arbeit im wesentlichen integrativen Charakter hat, und nichts rebellisches mehr. Oder daß – und warum – es GAL-Arbeit fast nur noch parlamentarisch gibt. (...) Oder am Ende würde man feststellen, daß die bestehenden GAL-Strukturen so gar nichts mit dem zu tun haben, was wir uns am Anfang vorgestellt haben“, meinten Carola und Michael im GAL-Info 1/1985 zum Thema „Verhältnis GAL-Staat-Polizei“.

„NUR FRUST STATT LUST“? ODER: ROGER VERMISST DAS PRICKELN

Die Mitarbeit in den Ausschüssen gehört zum kommunalpolitischen Alltag dazu. Aber insbesondere der Haushaltsausschuss hat über die Jahre immer wieder zu Unmutsäußerungen geführt. Zum Beispiel vermisste Roger, 1983 GAL-Vertreter im Haushaltsausschuss, den Lustfaktor in den Ausschusssitzungen: „Zuerst ist der Haushaltsausschuss der langweiligste, der im Bezirk zu vergeben ist. Die Punkte dort sind alle vorgekaut, und er (der GAL-Abgeordnete) sitzt dort den Gipsköppen von SPD und CDU gegenüber, die für seine Vorschläge nur Spott über haben. Zum anderen der fehlende Rückhalt und Unterstützung der Gesamtfraktion. Diese Sitzungen sind ätzend. Die fangen ne hal-

be Stunde später an, keiner hat was vorbereitet, usw. Kurz nur Frust statt Lust, für ne Bewegung, die nach dem Lustprinzip arbeiten wollte, ein Unding!“

Fast 30 Jahre später ein Statement von René Gögge, als GAL-Bezirksabgeordneter im Haushaltsausschuss aktiv: „Die Zeiten haben sich geändert. Der Haushaltsausschuss tagt wegen der extrem guten Vorbereitung unserer und auch der anderen Fraktionen oftmals nur eine halbe Stunde. Und es ist immer wieder ein gutes Gefühl, wenn man eine Zuwendung für ein gutes Projekt bzw. einen guten Träger durchsetzen konnte. Und das gelingt uns oft!“

Das Prinzip der Kombination von Wohnen und Arbeiten ist bei der GAL seit 30 Jahren aktuell:

**„WIR WOLLEN KEINE DESOLATEN TRABANTENSTÄDTE
ZUM PARKEN UND SCHLAFEN!
WIR WOLLEN KEINE ANONYMEN GROSSSTADT-
SIEDLUNGEN VOR DER STADT. (...)
DIE GROSSEN WOHNTRABANTEN ZIEHEN EIN VER-
KEHRSAUFGKOMMEN NACH SICH, WAS FAHRZEIT KOSTET,
TEUER IST UND AUSSERDEM ZU WEITEREM AUSBAU DES
STRASSENNETZES UND DAMIT ZUR TRASSENFÜHRUNG
DURCH WOHNGEBIETE FÜHRT.**

WIR WOLLEN BLEIBEN – IN DER STADT.“

in: GAL-Info 2.8.1982, Holger (Meyer-Mettegang) und Rolf (Höhne)

VON BACKSTEIN BIS BAUWAGEN - LEBENSRAUM STADT BAUENTUNDWOHNEN IN HAMBURG-NORD

„Das Gelände wurde an die stadtbekannte, äußerst obskure Gestalt namens Greve verkauft“, kommentierte die GAL Anfang 1982 die Veräußerung des so genannten Trelleborg-Geländes, Standort einer ehemaligen Gummifabrik an der Weidestraße, an den heutigen Ehrenbürger der Stadt.

„Die Nutzung durch diesen Geschäftemacher großen Stils wird zu äußerst negativen Auswirkungen für die angrenzenden

Wohngebiete führen“, so die Prognose. 1988 ging das benachbarte, 80.000 Quadratmeter große Gaswerksgelände am Osterbekkanal ebenfalls an Greve, nachdem die Volksfürsorge ihr dortiges Bauvorhaben aufgrund des verseuchten Erdbodens eingestellt hatte. Anstelle von Wohnungen entstand dort 1992 der Bürohauskomplex „AlsterCity“ – im krassen Gegensatz zu den Grundsätzen, die die GAL in der Wohnungsbaupolitik, einem ihrer thematischen Schwerpunkte, vertrat. Von Anfang an

setzte sie sich für bezahlbaren innerstädtischen Wohnraum ein, für Nachverdichtung bebauter Flächen statt Wucherungen auf der „grünen Wiese“ vor den Toren der Stadt. Unterstützt wurden Hausbesetzungen und Bauwagenbewohner, die sinnvolle Durchmischung von Wohnen und Arbeiten, Kultur- und Kommunikationszentren, Grünzonen und Mietergärten, kleingenossenschaftliche Wohnkonzepte und Projekte wie Autofreies Wohnen und Generationenwohnen. Der Umwandlung

Die Falkenried-Terrassen 2012

FOTO: GAL-FRAKTION HAMBURG-NORD/CHRISTOPH REIFFERT

von Wohnraum in Eigentumswohnungen, und damit der Verdrängung alteingesessener Mieter sowie Mietpreissteigerungen in den Quartieren, wirkte die GAL durch ihren Einsatz für „Soziale Erhaltungsverordnungen“ entgegen.

STADTENTWICKLUNG IST EINE Kernaufgabe der BEZIRKE

Hier kann bezirkliche Politik weitreichende Entscheidungen für die Lebensqualität der Menschen treffen. Die GAL-Fraktion Hamburg-Nord setzt sich für sozial- und umweltverträgliche Bebauungspläne ein.

Dabei findet sich die in den Anfangszeiten der GAL entwickelte Position zum Thema „Bauen und Wohnen“ heute unter dem Stichwort „Nachverdichtung“ wieder. Sie ist ein wichtiger Bestandteil grüner Stadtentwicklungspolitik. Die Stadt soll dort entwickelt werden, wo bereits Menschen leben und die öffentliche Versorgung vorhanden ist. Das ist nicht immer einfach und nicht immer konfliktfrei. Auch bei einer Nachverdichtung muss bezahlbarer Wohnraum erhalten bleiben. Um gemeinsam akzeptierte Projekte zu erreichen, setzt die GAL sich dafür ein, dass neue, größere Bauvorhaben zu einem frühen Zeitpunkt öffentlich vorgestellt und diskutiert werden. Planungen sollen gemeinsam

mit den Bürgerinnen und Bürgern begleitet und umgesetzt werden.

FALKENRIED-TERRASSEN – „MENSCHENUNWÜRDIGE ZUSTÄNDE“

Seit Anfang der 70er-Jahre kämpften die Bewohner der 324 Wohnungen in den Eppendorfer Falkenried-Terrassen (Baujahr 1890/1902) gegen den geplanten Abriss ihrer Häuser. Die Eigentümer SAGA und Neue Heimat und der Bezirk wollten citynahe Appartementwohnungen für zahlungskräftige Mieter bauen. Da diese Pläne bis in die 80er-Jahre hinein bestan-



Boris Utikal,
1993

RAINER „BORIS“ UTIKAL

Rainer - genannt „Boris“ - Utikal, geboren 1946 in Recklinghausen, Rechtsanwalt, verheiratet, drei Kinder, lebt auf der Uhlenhorst. Seit dem 18.12.1990 GAL-Mitglied, von 1992 bis 2008 Abgeordneter der GAL-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, unter anderem als rechtspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der BV.

„Zu viel Realitätssinn ist schädlich“ – aus dem Munde eines Juristen eher ungewöhnliche Worte. Boris Utikal spielt damit auf die grüne Fraktion in ihren Anfangsjahren an, die Themen fernab bezirkspolitischer Kompetenz in die Diskussion einbrachte. „Es wurden völlig unbeschwert Anträge gestellt“, erinnert er sich. „Es war uns egal, ob der Bezirk die Befugnisse zur Entscheidung hatte oder nicht, wie beispielsweise als es um die 35 Stunden-Woche, ein neues Flughafenkonzept oder um die Erklärung des Bezirks zur ‚atomwaffenfreien Zone‘ ging. Wir haben gemacht, was wir für richtig hielten, ohne Schere im Kopf.“ Utikal wechselte Ende der 80er von der DKP zur GAL und engagierte sich im Liegenschaftsausschuss, der die städtischen Grundstücke im Bezirk verwaltete. 1992 rutschte er über das damals bei der GAL praktizierte Rotationsverfahren, bei dem die Fraktionäre im Zweijahres-Turnus ausgetauscht wurden, in die Bezirksversammlung. Das rotierende System wurde kurz darauf abgeschafft. „Wenn man Kommunalpolitik ernsthaft betreiben will, braucht man Zeit, um Er-

fahrungen zu sammeln und Kontakte zu den anderen Fraktionen und zur Verwaltung aufzubauen“, meint Utikal rückblickend. Dass es notwendig ist, Verwaltungshandeln mit wachem Auge zu begleiten, davon zeugen die so genannten „Frank-Gelder“. Unlautere Machenschaften zwischen Bezirksamtsleitung und privater Wohnungsbaugesellschaft wurden auf Initiative der GAL-Fraktion Hamburg-Nord in einem langwierigen Verfahren aufgedeckt und sorgten Mitte der 90er Jahre für eine Vergleichszahlung in Höhe von 600.000 DM an den Bezirk (s. Abschnitt „Der Dulsberg-Krimi“, Seite 17). Die Stärkung realpolitischer Kräfte und die Öffnung zur SPD unterstützte Utikal 1990/91 als Teil der „Wilden 13“, einem lockeren Zusammenschluss von Hamburger GALern. Nach dieser Zeit, die als Zäsur in der Entwicklung der GAL betrachtet wird, gewann die Fraktion in Hamburg-Nord an politischer Kraft. „Die GAL ist heute stärker kommunalpolitisch orientiert. Und als ernsthafter Politiker überlegt man mehr, was machbar ist“, resümiert der Uhlenhorster.

den, wurden die Häuser vernachlässigt. Die Bewohner mussten sich gegen eine starke Öffentlichkeit wehren, die das Wohnen in den Terrassen als menschenunwürdig propagierte. Wie im GAL-Info vom Februar 1983 beschrieben, waren die Wohnungen 30 bis 40 Quadratmeter groß, hatten Ofenheizung, nur Kaltwasser, kein Bad und kosteten 130 bis 180 Mark Miete im Monat. Die Bewohnerschaft setzte sich vor allem aus ausländischen Familien, Studierenden, Rentnern und Arbeitslosen zusammen. Ihr massiver Protest rief die Bezirkspolitik auf den Plan, die für den Erhalt der Terrassen plädierte. Im Sommer '82 wurde der Arbeitskreis Falkenried-Terrassen gegrün-

det: Eigentümer, Baubehörde, Stadterneuerung, das Bauamt Nord, die Mieter-Ini und die GAL sowie weitere BV-Fraktionen erarbeiteten ein „Erneuerungskonzept“. Von 1992 bis 99 wurden die Häuser, nun in genossenschaftlicher Selbstverwaltung, unter ökologischen Grundsätzen instand gesetzt und sind seitdem ein Vorzeigeobjekt für urbanes Wohnen.

„DIE GAL WIRD DEN HERREN SCHON KRÄFTIG AUF DIE FINGER KLOPFEN“

„Kaputtbesitzer Ruppert“ ist in den 80er-Jahren über Eppendorf hinaus ein

Begriff. Über 150 Wohnungen im Besitz von Heinz Ruppert und Erben standen zu dieser Zeit leer und verfielen zusehends. „Die GAL wird den Herren schon kräftig auf die Finger klopfen“, hieß es im GAL-Info am 2. August 1982. Sie arbeitete eng mit der Hausbesetzer-Szene zusammen. Besetzte Häuser zum Beispiel in der Kellinghusenstraße, in der Eppendorfer Landstraße und im Knickweg in Winterhude wurden von der Polizei geräumt. Das Vergehen: Hausfriedensbruch. Boris Utikal brachte als Rechtsanwalt juristisches Know-how ein und kam so Anfang der 90er-Jahre zur GAL Nord, für die er von 1992 bis 2008 in der Bezirksversammlung saß. „Mit witzigen Aktionen

wurde auf Leerstand aufmerksam gemacht, zum Beispiel mit Pappfiguren auf den Balkons, die Bewohner vortäuschten, und einer Kundgebung vom Karstadt-Dach aus“, erzählt Utikal. Von den besetzten Häusern konnten einige vor dem Verfall und dem Abriss gerettet werden. Zum Teil stehen sie bis heute in Selbstverwaltung durch die ehemaligen Besetzer.

| DER DULSBERG-KRIMI

Wohnungsleerstand und schleppende Modernisierung wurden Mitte der 90er Jahre der Siedlungsbaugesellschaft Hermann & Paul Frank KG auf dem Dulsberg vorgeworfen. 99 von knapp 600 Woh-

nungen in den charakteristischen Laubengang-Häusern galten als unbewohnt. Die seit 1981 beschlossenen und mit öffentlichen Geldern geförderten Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnbedingungen und zur Schaffung von familiengerechten Angeboten durch das Zusammenlegen von Wohnungen sollten entgegen vertraglicher Vereinbarungen auch nach über zehn Jahren erst zu einem geringen Teil umgesetzt worden sein. Eine Mieterinitiative trug das Thema 1994 an die GAL heran. Eine Debatte in der Bezirksversammlung wurde von der SPD mit dem Verweis darauf, dass „viele hier morgen früh raus müssen“ abgebrochen. Die GAL prüfte die Verträge zwischen der Frank

KG und den Behörden. „Daraus ergaben sich mehr Fragen als Antworten“, erinnert sich Boris Utikal als damaliger GAL-Bezirksabgeordneter. Die GAL verlangte Akteneinsicht und stellte fest, dass die Unterlage „völlig katastrophal“ geführt wurde. Das „kunterbunte Durcheinander von Papieren“ machte es nahezu unmöglich, Vorgänge nachzuvollziehen. „Das war ein richtiger Filz – darüber hätte man einen Krimi schreiben können“, so Utikal. Der Verdacht, dass die Frank KG und Bezirksamtsleiter Jochen von Maydell (SPD) Hand in Hand arbeiten würden, erhärtete sich. „Die Angelegenheit war offenbar eine ‚Chefsache‘ – Maydell pflegte innige Beziehungen zur Frank KG“, erläutert



Blick auf Dulsberg vom Turm
der Frohbotschaftskirche

Mieter in Dulsberg warten auf die Sanierung **In den Laubengang-Häusern stehen 99 Wohnungen leer**

Aus Urheberrechtsgründen dürfen wir online nicht den kompletten Artikel abbilden. In der gedruckten Ausgabe dieser Broschüre ist er aber enthalten. Bestellkontakt siehe Seite 66.

Senat beschloß **Bauwagen raus aus dem Stadtpark!**

Aus Urheberrechtsgründen dürfen wir online nicht den kompletten Artikel abbilden. In der gedruckten Ausgabe dieser Broschüre ist er aber enthalten. Bestellkontakt siehe Seite 66.

Utikal, der als Rechtsanwalt und GAL-Experte in Wohnungsfragen mit der Untersuchung betraut war, „deshalb war auch die Vertragsstrafe von rund 1,5 Millionen Mark gegen Frank nicht geltend gemacht worden.“ Im Januar 1995 stellte die GAL einen Missbilligungsantrag gegen den Amtsleiter, der mit den Stimmen der CDU und STATT-Partei unterstützt wurde, aber fehlschlug. Die Mieter-Ini lief mit 60 Personen in einem „Go-in“ beim stellvertretenden Bezirksamtsleiter Harald Rösler auf und forderte, die leerstehenden Wohnungen zu beschlagnahmen. Die Frank KG bot dem Bezirk einen „Spenden-Deal“ an: statt der 1,5 Millionen Mark Vertragsstrafe an den Senat wollte das Unternehmen

600.000 Mark für bezirkliche Projekte zur Verfügung stellen. Die Bezirksversammlung ließ sich auf den Vorschlag ein. „Der Vergleich war zu nett, zu vermierterfreundlich“, blickt Holger Koslowski zurück, damaliges Mitglied der Mieter-Ini und von 2004 bis 2010 GAL-Fraktionsvorsitzender. Aus den „Frank-Geldern“ werden noch heute Projekte auf dem Dulsberg unterstützt, die den Stadtteil, der als „sozialer Brennpunkt“ gilt, aufwerten sollen. 2011 wurden beispielsweise auf Antrag der GAL rund 11.000 Euro für den Ausbau des ehemaligen Marktmeisterhäuschens auf dem Marktgelände am Eulenkamp zu einem Veranstaltungsraum für den Stadtteil bewilligt. Außerdem konnte die Fraktion zu

diesem Zweck weitere 30.000 Euro aus bezirklichen Mitteln ermöglichen. P.S.: Bezirksamtsleiter von Maydell gab sein Amt im Januar 1996 unter Verweis auf gesundheitliche Gründe ab.

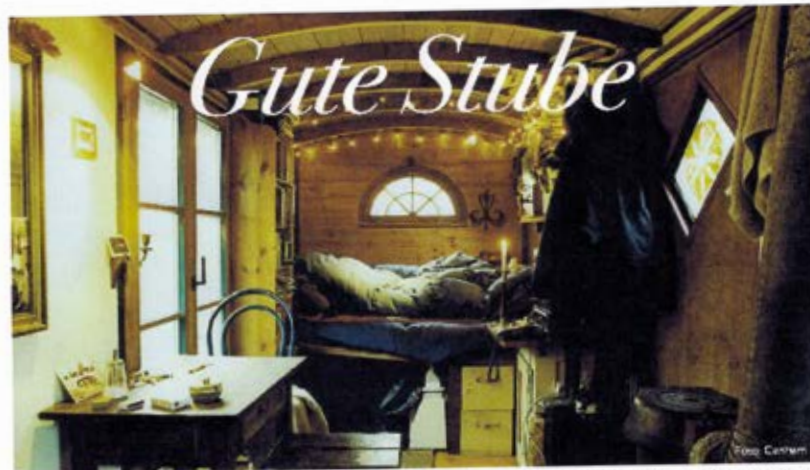
PLATZ SCHAFFEN FÜR ALTERNATIVE WOHNFORMEN

„Bauwagen: Stadtpark besetzt“, titelte das Hamburger Abendblatt am 2. Mai 1995 reißerisch. Zehn Bauwagen waren von Altona in den Stadtpark umgezogen - auf ein ungenutztes Grundstück der Gartenbauabteilung an der Hindenburgstraße. „Der Platz ist super“, freut sich Bauwagen-Bewohner Elvis (19) nach der Ankunft, „kein

Autobahnlärm wie am Bahrenfelder See. Die Frage ist, wie lange wir hier bleiben können.“ GAL-Bezirksabgeordnete [aus Hamburg-Nord] begrüßten die Ankömmlinge. Ingo Ambs [damaliger Sprecher des GAL-Kreisverbands]: „Wir unterstützen die Bauwagen-Bewohner.“ Die Welt zitierte Rainer Neumann als einen der Sprecher der GAL: „Leben auf dem Bauwagenplatz ist für uns schon länger eine Form des städtischen Wohnens.“ Jetzt sollte der Anfang des Jahres in der BV mit Rot-Grüner Mehrheit verabschiedete Tolerierungsbeschluss zur Anwendung kommen – der die Duldung von Bauwagen allerdings nur auf privaten Flächen vorsehen würde, wie von SPD-Seite eingeworfen wurde. Die GAL

wollte zwei Ausweichflächen im Bezirk vorschlagen und einen Pachtvertrag anstreben. Pächter sollte ein Verein sein, der sich aus allen beteiligten Gruppen zusammensetzte. „Da bin ich aber gespannt“, wurde Detlef Palm, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, in einem Artikel in der taz angeführt. Seine Partei fühle sich „vom Kooperationspartner GAL etwas übergangen“. Während das Bezirksamt die Gruppe aufforderte, nach Altona zurückzukehren, lehnten GAL und SPD einen CDU-Antrag zur Räumung der Fläche ab. „Der Räumungsknüppel wird nicht herausgeholt“, wurde Palm im Abendblatt zitiert. Nach einer Räumungsverfügung des Senats wurden die Bauwagen auf ei-

nen Ausweichplatz im Langenhorner Jugendpark verfrachtet. Mitte Mai wurde zusammen mit drei GAL-Abgeordneten der erste Bauwagen-Verein Hamburgs gegründet. „Der Verein ist das bittere Sahnehäubchen obendrauf“, kommentierte CDU-Fraktionschef Kai-Hendrik Voet van Vormizeele im Abendblatt. Die Beteiligung der GAL sei ein Beweis dafür, dass die Partei die Bauwagen nach Nord gelockt hätte. Der „Förderverein Freunde des Bauwagenwohnens“ trat als Pächter eines Grundstücks auf, auf dem sich bis heute im Einvernehmen mit den benachbarten Anliegern ein Bauwagenplatz befindet. Zukünftig kommt allerdings Bewegung in das Viertel: Auf dem Gelände zwischen dem



BAUWAGENBEWOHNER in Hamburg-Nord zahlen Steuern und Abgaben. Und kommen damit ihren Bürgerpflichten nach wie jeder andere auch. Warum ihnen also die Bürgerrechte beschneiden? Stimmen Sie beim Bürgerentscheid Bauwagen gegen das Verbot von Bauwagenplätzen und für den Erhalt von Bürgerrechten.

**Bürgerentscheid Bauwagen:
Gleiches Recht für alle.**



JA ZU BAUWAGENPLÄTZEN

LEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Am 12. Juni findet ein Bürgerentscheid in Hamburg-Nord statt. Die Bezirksversammlung hat mit Stimmen von SPD, GAL und FDP beschlossen, dem Bürgerbegehren nicht zu folgen und ihnen die Entscheidung überlassen. Sie stimmen darüber ab, ob weitere Bauwagenplätze in Hamburg-Nord eingerichtet werden sollen.

Das Thema Bauwagenplätze bestimmt die ganze Medienlandschaft dieser Stadt.

Lassen Sie sich von solchen Berichten nicht irreleiten, sondern überlegen und entscheiden Sie, inwieweit die Bauwagenplätze in der Hebebrandstraße und am Elligersweg Sie wirklich stören. Denn nur diese Einschätzung entspricht der Wirklichkeit. Dargestellte Szenarien wie "Bambule" sind in Hamburg-Nord ausgeschlossen.

**SPD, GAL UND FDP
IN HAMBURG-NORD**

**Bauwagenbewohner in
Hamburg-Nord...**

- halten sich an Recht und Gesetz
- Gestatten der Polizei den Zutritt
- Melden sich beim Einwohneramt an
- Zahlen Steuern und Abgaben
- Zahlen eine angemessene Pacht
- Beziehen Strom, Gas und Wasser
- Entsorgen regulär ihren Abfall
- Leben friedlich in ihrer Nachbarschaft

...oder haben Sie in den letzten vier Jahren etwas anderes gehört?

weitere Informationen:

www.spd-hamburg/nord www.galnord.de www.fdp-hamburg-nord.de

BARMBEK-NORD Die Polizei rückte mit 1400 Beamten an. Die Aktion dauerte sieben Stunden.

Aus Urheberrechtsgründen dürfen wir online nicht den kompletten Artikel abbilden. In der gedruckten Ausgabe dieser Broschüre ist er aber enthalten. Bestellkontakt siehe Seite 66.

S-Bahnhof Alte Wöhr und der Hebebrandstraße, dem so genannten „Hebebrandquartier“, sollen Wohnungsneubauten entstehen. Ulrike Sparr, die dieses Projekt für die Fraktion begleitet, ist zuversichtlich, dass die Bauwagenleute dennoch ihren Platz behalten können: „Unter Schwarz-Grün hat sich auch die CDU beruhigt und verstanden, dass dort keine Terroristen campieren, sondern Leute, für die Wohnen nicht unbedingt in festen Häusern stattfinden muss. Und seit 2001 hat es gerade mal eine einzige Beschwerde von Seiten der Gartennachbarn gegeben. Wir wollen, dass der Bauwagenplatz auf dem Gelände bleiben kann, auch wenn in der Nähe Wohnungen gebaut werden. Solange die

jetzt regierende SPD diese Linie verfolgt, unterstützen wir das natürlich.“

Noch einmal kochte das Thema Bauwagen rund um den Standort Wendebek in Barmbek-Nord hoch. Seit 1998 hatte sich die GAL Nord für die Einrichtung eines zweiten Bauwagenplatzes im Bezirk eingesetzt. „Dabei hatten wir wenig Hoffnung, da wir den Enthusiasmus der SPD, ohne die keine entsprechenden Beschlüsse zu haben waren, für dieses Thema bei ungefähr null ansetzten“, berichtet Knut Schümann, damals BV-Abgeordneter, im Rückblick. Doch nach 18 Monaten harter Überzeugungsarbeit beschloss die Bezirksversammlung am 16. September 1999 mit

den Stimmen von GAL und SPD die Herichtung des ehemaligen Wendebekbeckens am Elligersweg als Bauwagenplatz. Damit begannen die Auseinandersetzungen mit Gegnern der alternativen Wohnform. Rechtsradikale Flugblätter der NPD kündigten Aktionen gegen die Bauwagenbewohner an. Am 11. November 1999 nahm die BV einen Antrag der GAL an, der sich gegen die Diffamierung und Ausgrenzung von Menschen wendete, die im Bezirk wohnen wollten. Am Tag darauf zogen acht junge Menschen mit ihren Bauwagen von Stellingen, wo ihnen eine Räumungsverfügung vorlag, in das Wendebekbecken. Das Thema schwelte weiter: Im Juni 2003 kam es zum Bürgerentscheid, den

eine Bürgerinitiative gegen die Einrichtung weiterer Bauwagenplätze im Bezirk angeschoben hatte. 63,5 Prozent der Bürger, die sich an der Abstimmung beteiligten, folgten der Position der Initiative. Die Übrigen favorisierten die Vorlage der Bezirksversammlung (von GAL, SPD, FDP), die die Möglichkeit weiterer Bauwagensiedlungen offen halten wollte. Der Bürgerentscheid galt als landesweiter Stimmungstest in der seit Monaten geführten Debatte um Bauwagenplätze in Hamburg.

**1.400 POLIZISTEN
STÜRMTE 14 BAUWAGEN**

In einem Großeinsatz räumten die Polizei und der Bundesgrenzschutz am 8. September 2004 die Bauwagensiedlung im Wendebekbecken. Ein Teil der insgesamt 23 Bewohner blockierte die Zufahrt, einige hatten sich unter anderem mit ihren Armen in Eisenfässer einbetoniert. Nach etwa sieben Stunden, die Bewohner waren vorläufig festgenommen worden, wurde der erste Bauwagen mit einem Bagger vom Platz gezogen. Nachmittags war das Wendebekbecken geräumt. „Der Senat hat die Polizei gezwungen, einen völlig überflüssigen Konflikt zu entschärfen“, wurde Andreas Dressel als innenpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion von der Morgen-

post zitiert. Der Senat wollte bis 2006 alle Bauwagenplätze in der Hansestadt schließen. Der Mietvertrag für den Platz am Wendebekbecken, einem von zu dieser Zeit sechs in Hamburg, war Ende August ausgelaufen. Das Bezirksamt verlangte die sofortige Räumung. Die SPD und GAL forderten Amtsleiter Mathias Frommann auf, sich dafür einzusetzen, dass den Bewohnern Ersatzflächen angeboten werden. Ein Antrag der beiden Parteien wurde im Hauptausschuss der Bezirksversammlung verabschiedet. Doch der Senat verhinderte die Ausweisung von Ersatzflächen. Auf dem Gelände des ehemaligen Wendebekbeckens wurde eine Grünanlage angelegt.



Platzgestaltung auf Kampnagel

Ein Ort für alle

Amelie Deuflhard
Intendantin Kampnagel

Prof. Jörn Walter
Oberbaudirektor

Martin Bill
GAL-Bezirksabgeordneter
und ein Vorstandsmitglied
von Jarrestadt Leben e.V.

Moderation:
Dr. Eva Gümbel
GAL-Bürgerschaftsabgeordnete

Di, 07.09. 19 Uhr
Kampnagel Raum MHD

Eintritt frei

www.galnord.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Im September 2010 lud die GAL-Fraktion Hamburg-Nord zu einem Diskussionsabend auf Kampnagel ein, bei dem über die anstehende Gestaltung des „Kampnagelplatzes“ diskutiert wurde.

„In der SPD-Jarrestadt sähe man es am liebsten, wenn auf Kulturarbeit ganz verzichtet würde. Ein Jarrestädter SPD-Funktionär: „Es gibt genug Kultur im Bezirk und in der Stadt. Was wollen die überhaupt? Den ganzen Tag Musik machen? Der Lärm aus dem Stadtpark ist doch schon schlimm genug!“

aus: Hamburger Rundschau, 30.6.1983

„Die GAL im Schweinesystem“ unter diesem Titel machte eine Presseerklärung der GAL-Nord 1982 die „Unstimmigkeiten im Zusammengehen von SPD und GAL-Nord um das Kampnagelgelände“ deutlich. Die GAL wollte das architektonische Gesamtkonzept und die einmalige Atmosphäre erhalten. Die SPD-Nord unterstützte zuerst diesen Plan, die SPD im Distrikt wollte dagegen die Wohnungspolitik der 20er-Jahre (Jarrestadt) fortsetzen. Im Stadtplanungsausschuss der BV scheiterte ein GAL-Antrag zum Erhalt der Fabrikhallen an den Stimmen von SPD und CDU.

„Auf Kampnagel soll humanes Wohnen verwirklicht werden. Unter dem Motto ‚Nicht nur Wohnen sondern auch Kultur‘ sollte hier der sterilen Wohnpolitik der SPD, die die Stadt mit Wohnsilos zubetoniert und die Menschen darin bei Fernsehen ihr Dasein fristen läßt, ein Wohnmodell entgegengesetzt werden, wo sich die Bewohner in ihrer Freizeit unmittelbar mit Kultur beschäftigen können.“

aus: GAL-Info 1/1984

KULTUR UNTER KRÄNEN

FÜR DEN STADTTEIL UND DARÜBER HINAUS

Kampnagel – „wir unterstützen den außerparlamentarischen Widerstand“

„Der Abriß der Hallen auf dem Kampnagelgelände in Winterhude ist seit vergangener Woche beschlossene Sache“, teilte die Hamburger Rundschau am 30. Juni 1983 voreilig mit. Dass die historischen Produktionshallen der ehemaligen Maschinenfabrik heute den international erfolgreichen Theaterbetrieb Kampnagel beherbergen und Gelder für

die Restaurierung der alten Krananlage als Industriedenkmal bereit gestellt wurden, ist ein Punktsieg für die GAL. Wie ein roter Faden zieht sich der Kampf für den Erhalt der Hallen des 1865 gegründeten Eisenwerks Nagel & Kaemp durch 30 Jahre Fraktionsarbeit - und ist ein Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit mit Vor-Ort-Initiativen.

Um das 60.000 Quadratmeter große Grundstück an der Ecke Jarrestraße/

Barmbeker Straße entbrannte schon 1978 ein Tauziehen. Die CDU-Fraktion wollte Gewerbe ansiedeln, SPD und FDP Wohnungen und Gewerbe. Das alte Kantinegebäude sollte laut Bezirksversammlung als Kommunikationszentrum erhalten bleiben. Doch die Baubehörde wollte mit Verweis auf das bereits existierende soziokulturelle Zentrum Goldbekhaus alle Gebäude abreißen. Im Herbst 1981 wurde eine der Hallen für rund zwei Millionen Mark umgebaut,

um dem Deutschen Schauspielhaus eine vorübergehende Bleibe zu verschaffen. Parallel dazu entwickelte sich ein alternativer Kulturbetrieb, unter anderem mit Ausstellungen und Sommerfesten. 1982 schrieb die Stadt einen Architekturwettbewerb aus, der vom Totalabriss ausging. Ein Antrag der GAL auf ein Gutachten unter Einbeziehung bestehender Hallen wurde von der Behörde und in der BV abgelehnt. Die GAL bestellte im Auftrag der Initiative zur kulturellen Nutzung Kampnagels (ein Zusammenschluss von 32 freien Theatergruppen, Deutschem Schauspielhaus, Konzertanter Oper, Kunststudenten, Freien Kunsthochschulen, Musikbands, Tänzergruppe sowie hand-

werklichen und sozialen Inis) einen eigenen Gutachter. „Die Arroganz mit der die SPD an ihren alten Plänen (...) festhält, hat der GAL-Nord gezeigt, daß sie auf parlamentarischem Wege nur wenige Möglichkeiten hat, die Anliegen der Bevölkerung durchzusetzen. Deshalb wird sie jetzt verstärkt die außerparlamentarische Opposition unterstützen. Sie will aber die Gespräche mit der SPD fortführen, um einen kontinuierlichen Einfluß auf die Bewußtseinsbildung in der SPD zu nehmen“, führte Inge Grothe im GAL-Info vom September 1982 aus. Es sollten so viele historische Hallen wie möglich erhalten und 368 Sozialwohnungen geschaffen

werden. Schon 1982 ging die GAL davon aus, dass Büroetagen zum großen Teil leer stehen würden. 1984 kehrte das Schauspielhaus in sein renoviertes Domizil in der Kirchenallee zurück. Der Senat setzte den Beschluss über den Abriss der Hallen aus „solange sie vom Publikum angenommen werden“. Seit 1985 findet ein kontinuierlicher Spielbetrieb statt, der zunehmend professionalisiert wurde und im Bereich Tanztheater internationalen Ruf erlangt hat. Doch die Existenz des Theaterbetriebs stand immer wieder auf wackeligen Beinen. 1995 fuhr die GAL eine Kampagne zur langfristigen Sicherung der Kulturstätte. ▶

„KULTURELL GUT AUFGESTELLT“: MICHAEL WERNER-BOELZ



Sein Lieblingsplatz ist in der ersten Reihe: Sei es im ersten Rang des Schauspielhauses oder als Vorsitzender der grünen Fraktion im Bezirk Hamburg-Nord.

Michael, Du stammst aus dem „schwäbischen Teil Bayerns“, bist aber inzwischen seit über 20 Jahren hier im hohen Norden heimisch. Inwieweit hat die GAL dazu beigetragen, dass Du hier Wurzeln geschlagen hast?

Ich bin zum Studieren nach Hamburg gekommen, anschließend wollte ich hauptamtlich als Gewerkschaftssekretär in Bayern arbeiten. Ich habe dann aber hier meine Frau kennengelernt und 1991 kam unser Sohn zur Welt. Für mich stand dann die Kindererziehung an ers-

ter Stelle. Gleichzeitig habe ich mich seit 1996 im Bündnis „Groß Borstel gegen Rechts“ engagiert. Darüber habe ich Volker Strantz von der GAL Nord kennengelernt. Er hat mir einen Sitz im Kulturausschuss als parteiloser, zugewählter Bürger angeboten. Daraus hat sich dann immer mehr entwickelt.

Dein Engagement in der GAL Nord hat Dich in den vergangenen 16 Jahren auf die verschiedensten Positionen geführt. Du warst erst Sprecher und später Geschäftsführer des Kreisvorstands, seit 2008 bist Du Bezirksabgeordneter. Worin liegt für Dich der Reiz dieser Aufgaben?

Die GAL hat mir immer Raum gelassen, eigene Ideen verwirklichen zu können. Aus meinem Engagement bei „Groß Borstel

gegen Rechts“ heraus wollte ich immer mal eine Veranstaltung mit Jan Philipp Reemtsma und Michel Friedman organisieren. Mit der GAL konnte ich dies 1998 mit der fast schon legendären Veranstaltung „Rassismus in Deutschland“ mit über 500 Gästen in der Aula der Gesamtschule Winterhude umsetzen. Die Veranstaltung – übrigens moderiert von Carolin Emcke – war überschattet von einer Bombendrohung. Es hat eine dreiviertel Stunde gedauert, bis die Polizei Entwarnung gab – aber die Besucher waren so interessiert, dass sie alle draußen gewartet haben bis endlich Einlass war. Das war ein toller Erfolg! Auch die „Woche des Gedenkens“ ist so ein Projekt, bei dem ich erfahren konnte, dass ich durch mein eigenes Engagement etwas bewegen kann. Dafür habe ich innerhalb der GAL die Initiative ergriffen, ein Konzept

MICHAEL WERNER-BOELZ

Michael Werner-Boelz, geboren 1966 in Illertissen in Bayern, hat in der Stadtverwaltung seines Heimatortes eine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten absolviert. Seit 1986 war er in der Gewerkschaftsarbeit aktiv. 1989 verschlug es ihn nach Hamburg zum Studium der Soziologie und Sozialökonomie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP). 1996 erster Kontakt zur GAL Hamburg-Nord. 1997 Beitritt zur Partei und

Mitglied im Kreisvorstand. Von 2001 bis 2008 Geschäftsführer des GAL-Kreisverbandes Hamburg-Nord. Seit 2008 Abgeordneter der Bezirksversammlung. Seit März 2010 Fraktionsvorsitzender. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Regionalausschuss Fuhlsbüttel-Langenhorn.

Der Diplom-Sozialökonom ist Referent der GAL-Bürgerschaftsabgeordneten Eva Gümbel und lebt mit Frau und Sohn in Groß Borstel.

entworfen und einen Antrag formuliert, der interfraktionell in der Bezirksversammlung aufgenommen wurde. Inzwischen findet die „Woche des Gedenkens“ bereits seit zehn Jahren unter breiter Beteiligung statt. Auf den Punkt gebracht: Der Reiz des politischen Engagements liegt für mich darin, auf der Grundlage meines emanzipatorischen Politikverständnisses Dinge zu bewegen. Die GAL habe ich immer so kennengelernt, dass sie Ideen aufgeschlossen gegenübersteht und viel Raum für Eigeninitiative bietet.

Was hat sich für Dich – und vielleicht auch für andere – verändert, seitdem Du der Vorsitzende der Fraktion bist?

Neu ist für mich auf jeden Fall, dass ich mit konkurrierenden Parteien streite, statt innerhalb der eigenen Partei... Aber der politische Schlagabtausch macht mehr Spaß als erwartet, denn man erreicht auch etwas. Eine weitere Neuerung, an die sich einige Fraktionsmitglieder erst gewöhnen mussten: Die Fraktionssitzungen beginnen tatsächlich um 19 Uhr, also pünktlich. Hier finden anregende politische Debatten statt, es wird mit über zwanzig Leuten über Anträge diskutiert und am Ende steht meist ein Ergebnis. Die Sitzungen sind offen für interessierte Bürgerinnen und Bürger, die hier erleben können, dass tatsächlich etwas bewegt wird.

Besonders Dein Interesse an Kultur schlägt sich auch in Deiner politischen Arbeit nieder...

Ja, ich bin fast durchgehend im Kulturausschuss dabei. Es ist einfach gut zu sehen,



Plakat zur Veranstaltung der GAL Nord zum Thema Rassismus (1998)

dass wir vieles anstoßen können, das auch interfraktionell unterstützt wird. Ein absolutes Highlight wäre die Realisierung der WIESE, eines Zentrums der freien Tanz- und Theaterszene in den Räumen der ehemaligen

Theaterfabrik am Wiesendamm. Für den Bezirk wäre das genial, weil er damit DER Standort für die freie Szene werden würde. Bereits auf den Weg gebracht haben wir beispielsweise die Anbauten für die beiden Stadtteilzentren Zinnschmelze und Barmbeker Bürgerhaus und für den Ausbau des Planetariums wird nun endlich auf Landesebene Geld bereitgestellt.

Wie stellt sich aus Deiner Sicht die Situation für die Kultur in Hamburg-Nord insgesamt dar?

Der Bezirk ist grundsätzlich kulturell sehr gut aufgestellt, es gibt viele Einrichtungen und Projekte mit einem breiten Angebot. Mit der Einführung der so genannten bezirklichen Mittel im Jahr 2006 haben die Bezirksversammlungen mehr finanziellen Spielraum und können gezielt fördern. So haben wir die Finanzierung der Restaurierung der Goldbekhaus-Fassade auf den Weg gebracht, die Unterstützung der Geschichtswerkstätten, die Wochenblatt-Beilage „Stadtteilwelt“, die von Kindern gemacht wird und vieles mehr. Auch in Zukunft werde ich mich weiter für bessere Rahmenbedingungen einsetzen. Dabei betrachte ich Kultur nicht in erster Linie als Standortfaktor, sondern vor allem als Form der kritischen Reflexion und Chance für gesellschaftliche Entwicklung. Und natürlich darf Kultur auch einfach unterhalten.

Wo bist Du selbst zu finden, wenn Du in Deiner Freizeit ausspannen möchtest?

Mein absoluter Lieblingsort ist die erste Reihe im ersten Rang des Schauspielhauses – einer der schönsten Bühnen des Landes, auch wenn die Aufführungen manchmal zu wünschen übrig lassen. Gerne gehe ich auch ins Kino und lese Romane, Krimis oder soziologische Fachliteratur. Leider komme ich viel zu selten dazu, das reichhaltige Kulturangebot in unserer Stadt zu genießen. Ansonsten bin ich gerne am Wasser – ob Nordsee, Elbe oder Alster.

I „... KULTUR UNTER KRÄNEN“

1997 wurden Teile des Grundstücks am Osterbekkanal, an der Barmbeker Straße und an der Jarrestraße durch den Senat verkauft und die Gebäude darauf abgerissen; ein Teil des Erlöses wurde für Sanierungs- und Umbaumaßnahmen der Theaterhallen bereitgestellt. Mit der folgenden Randbebauung durch Gewerbe erhielt das ehemalige Fabrikgelände seine gegenwärtige Struktur – die Kultur wurde zum „Hinterhoftheater“. 2007 ging die BV mit Stimmen der GAL und SPD den ersten Schritt, das Gelände am Osterbekkanal zu einem öffentlichen Platz umzugestalten: Die Sanie-

rung der denkmalwürdigen Krananlage wurde mit rund 100.000 Euro gefördert. Die GAL steht seither hinter dem Anliegen der Kampnagelintendanz, die Theaterfabrik stärker für die Stadtteile Barmbek-Süd und Winterhude zu öffnen. Im November 2010 stellte die Bezirksversammlung auf Antrag der GAL 30.000 Euro für einen Beteiligungsprozess und ein daraus folgendes Gutachten zur Entwicklung des Platzes zur Verfügung. Das Ziel: Die Aufenthaltsqualität für die Anwohner und die Nutzungsmöglichkeiten für die Theaterfabrik erhöhen und den „Platz unter den Kränen“ in das umgebende Konzept von Freiflächen und Grün-

anlagen einzubinden. Auf der gegenüberliegenden Seite des Osterbekkanals wurde 2011 der Johannes-Prassek-Park eingeweiht, der voraussichtlich 2012 mit der seit langem geplanten Brücke über den Kanal mit dem Quartier Jarrestadt verbunden werden soll. „Der Platz auf Kampnagel würde die vorhandenen Freiräume perfekt ergänzen“, so Martin Bill, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Bezirksfraktion, „doch leider wurde der Beschluss innerhalb eines Jahres noch nicht umgesetzt. Schade, dass die SPD hier so blockiert, wo sie doch mit uns zusammen den Grundstein für diese Chance gelegt hat!“



Das Thema „Umwelt“ ist bei den Grünen immer aktuell – nicht nur in politischen Debatten, sondern auch ganz praktisch, so wie im September 2011 (v.l.): Sabine Liebe, Christoph Reiffert, Carmen Wilckens, ein Helfer aus der Nachbarschaft und Sandra Enderwitz unterstützten den Naturschutzbund NABU beim Gewässernachbarschaftstag am Bornbach in Langenhorn. Um den Lebensraum für Flora und Fauna zu verbessern, brachten sie Kies in das Bachbett ein und entfernten den alles überwuchernden Japanischen Knöterich. Auch im Umweltausschuss setzt sich die GAL für die Renaturierung von Bächen ein. Im Zuge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sollen zum Beispiel Teile der Osterbek und der Seebek naturnah gestaltet werden.

UMWELT IST GRÜN

Als „überzeugte Hamburgerin und Lokalpatriotin“ beschreibt sich Ulrike Sparr. Was um sie herum im Viertel und darüber hinaus los ist, das hat sie schon immer interessiert.

In ihrem Heimatquartier, der Jarrestadt in Winterhude, hat sie deshalb auch 1991 gemeinsam mit Nachbarinnen und Nachbarn das Jarrestadt-Archiv, das die Geschichte des Quartiers bewahrt, und den Verein Jarrestadt-Leben ins Leben gerufen. „Wir wollten ein Forum haben, in dem Belange rund um den Stadtteil besprochen werden können, wo Straßenfeste organisiert werden und vieles mehr“, erzählt sie. Besonders auf ein Projekt können die engagierten Anwohnerinnen und Anwohner stolz sein: Nach jahrelanger, ehrenamtlicher Arbeit konnte Jarrestadt-Leben e.V. im Jahr 2000 den Jugendtreff am Kaemmererufer einweihen. Noch im gleichen Jahr konnte der Mädchentreff in der Bachstraße übernommen und neu eröffnet werden. „Im Laufe der Vereinsarbeit hatte ich viel mit Ansprechpartnern aus Politik und Verwaltung zu tun. Für mich war es ein naheliegender Schritt, selbst in der Kommunalpolitik aktiv zu werden und so mehr Einfluss auf die Entwicklungen

im Stadtteil nehmen zu können“, erklärt Sparr. Als zugewählte Bürgerin nahm sie anfangs für die GAL einen Sitz im Stadtentwicklungsausschuss ein. 2001 ist die damals 44-Jährige der GAL beigetreten. „Ich war schon immer ‚grün‘ eingestellt“, sagt die gebürtige Hamburgerin, die schon Ende der 70er Jahre als AKW-Gegnerin in Brokdorf demonstriert hat. Das Thema „Umwelt“ stellt nach wie vor einen Schwerpunkt in der politischen Arbeit der heutigen stellvertretenden GAL-Fraktionsvorsitzenden dar, oft in Zusammenhang mit Stadtentwicklungsthemen. Im Rahmen von Bebauungsplänen werden zum Beispiel Vorgaben für die Boden- und Grundwassersanierung erarbeitet sowie Energiestandards für Neubauten und für die Gebäudesanierung festgesetzt. „Umweltthemen werden von den Menschen im Bezirk sehr wahrgenommen. Wir setzen uns auch für die Pflege von Straßenbäumen ein, für die Sauberkeit in Grünanlagen und für den Erhalt von Naturschutzgebieten. Auch Verkehrsthemen

wie die Ausweisung von Tempo 30-Zonen gehören in diesen Bereich. Dadurch werden nicht nur die Unfallgefahr und der Lärm reduziert, sondern auch der Ausstoß von gesundheitsschädlichem Feinstaub“, erklärt die Fachsprecherin für Umwelt. Ihr größter Erfolg bisher: Bürger und Vertreter der Deutschen Bahn an einen Tisch

durch den Bezirk führt, Lärmschutzwände installiert wurden. Nach mehr als zehn Jahren in der Bezirkspolitik stellt Ulrike Sparr fest: „Es bleibt spannend, und es gibt immer Dinge, die ich bewegen und verbessern möchte.“



Ulrike Sparr ist die Umweltpertin der Fraktion. Am Thema „Wäscherei“ ist die Jarrestädterin über viele Jahre dran geblieben.

geholt zu haben und in Verhandlungen, die von 2003 bis 2009 anhielten, zu erreichen, dass entlang der verstärkt frequentierten Strecke der Güterumgehungsbahn, die quer

ULRIKE SPARR

Ulrike Sparr, geboren 1957 in Hamburg. Die gelernte Buchhändlerin und Literaturwissenschaftlerin arbeitet in einem Verlag und ist freiberuflich als Stadthistorikerin tätig. Sie ist verheiratet, hat einen Sohn und lebt seit 1983 in der Jarrestadt in Winterhude. Seit 2001 in der Bezirksversammlung und Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss, seit 2010 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Sprecherin für Umwelt und Verbraucherschutz. Von 2001 bis 2008 Mitglied im damaligen Kerngebietsausschuss, seit 2011 im Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude.

DICKE LUFT STATT APRILFRISCHE GRÜNE LOBBY FÜR DIE UMWELT

Die GAL, die als Partei ihre Wurzeln unter anderem in der Umweltbewegung hat, nutzt ihre Präsenz in der Bezirksversammlung, um Hinweisen auf Verschmutzung von Wasser, Boden und Luft nachzugehen und um Öfentlichkeit herzustellen. Um gezielt gegen gesundheitsschädigende Altlasten und weitere Umweltgifte vorgehen zu können, ist die Zusammenarbeit mit Anwohnern und Initiativen vor Ort gefragt.

„HIER WERDEN ANWOHNER VERSEUCHT“

Das Wäschereiunternehmen Wulff in einem Hinterhof in der Jarrestadt war den Bewohnern der umliegenden Wohnblöcke schon lange ein Dorn im Auge – vor allem durch den Lärm und penetranten Geruch fühlten sie sich gestört. Doch erst als ein Informationsblatt der Verbraucherzentrale 1987 über die unsichtbaren Gefahren, die

von chemischen Reinigungsbetrieben ausgehen, aufklärte, gingen die Anwohner auf die Barrikaden. „Zu hören, welche Chemikalien dort ausdünsten, war für mich als stillende Mutter der totale Horror“, erzählt Martina Gregersen (Jahrgang 1966). Zusammen mit ihren Nachbarn schloss sie sich in der „PER-Ini“ zusammen, hängte selbst gemalte Transparente quer über die Hausfassade – „Hier werden Anwohner verseucht“ – und kam zum ersten Mal mit Kommu-

nalpolitik in Berührung. Schmunzelnd erinnert sie sich an den ersten Eindruck, den sie als 21-Jährige von den GAL-Abgeordneten im Kerngebietsausschuss hatte: „Drei beleibte, ältere Barträger“ (Michael Tilgner, Wolfgang Guhle, Ernst Medecke). Sie unterstützten die Ini bei Demonstrationen, bei der Organisation einer Anhörung und gaben 50 Mark für die Portokasse. „Ich lernte Politik und Politiker vor Ort kennen – die, die etwas tun und die, die nur reden“, so Gregersen. Die Luftmessung, die die Ini vornehmen ließ, führte zu besorgniserregenden Ergebnissen. Die Krebsfälle in den angrenzenden Woh-

nungen wurden dokumentiert. Die Verseuchung von Boden und Grundwasser, zuerst nur ein Gerücht, bestätigte sich. Die Ini forderte die Verlagerung des Unternehmens – zwei Jahre später war die Wäscherei Wulff weg. Martina Gregersen engagierte sich weiter in der GAL. 1993 kam sie in die Bezirksversammlung, wo sie von 1999 bis 2004 Fraktionsvorsitzende war. Von 2004 bis 2011 war Martina Gregersen GAL-Bürgerschaftsabgeordnete und dort zuerst sozialpolitische Sprecherin, dann verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Sie sagt: „Weil ich die Politik anfangs selbst aus der Perspektive als

bittende Bürgerin kennengelernt habe, ist mir Bürgernähe stets sehr wichtig gewesen.“

P.S.: Das ehemalige Wäschereigebäude wurde anschließend von einem Möbelhaus mit dem Namen „Die Wäscherei“ als Ladenfläche genutzt. Im Jahr 2012 soll das denkmalgeschützte Gebäude abgerissen werden. Bevor mit dem Bau von Wohnungen begonnen werden kann, muss der durch Chemikalien verseuchte Erdboden saniert werden. Ein Vorhaben, das bereits im Jahr 2003 in Angriff genommen, aber aufgrund der zu starken Belastung nicht bewältigt wurde.

DU. MANN AUF DEM DORF UND MANN IN DER STADT. WENN SIE MORGEN KOMMEN UND DIR DEN GESTELLUNGSBEFEHL BRINGEN, DANN GIBT ES NUR EINS: SAG NEIN!

Zum Ende des deutsch-französischen Krieges wurde 1871 die Friedenseiche am Eppendorfer Marktplatz gepflanzt. Die GAL-Fraktion griff 1982 die Idee einer Bürgerinitiative auf und beantragte, die Gedenktafel um den Beginn des Antikriegsgedichts „Dann gibt es nur eins!“ von Wolfgang Borchert (1921-1947) zu ergänzen.

„AUSCHWITZ DARF NIEMALS IN VERGESSENHEIT GERATEN“

■ DIE KONFRONTATION MIT DER DEUTSCHEN VERGANGENHEIT

Die GAL regt zur lebendigen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte – und Gegenwart – im Bezirk Hamburg-Nord an. Bei Neonaziaufmärschen gegen den Bauwagenplatz Wendebecken (1999) und gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ auf Kampnagel (2004) wurde unter Beteiligung der grünen Fraktion zu Gegendemonstrationen aufgerufen.

Auf Initiative der GAL wurde 1999 ein interfraktioneller Antrag in der Bezirksversammlung angenommen, in einer „Woche des Gedenkens“ an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern. Sie findet jedes Jahr unter dem Titel „Auschwitz darf niemals in Vergessenheit geraten“ rund um den 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote

Armee im Jahr 1945, statt. Zahlreiche Initiativen, Vereine, Schulen und weitere Einrichtungen aus dem Bezirk tragen zu einem breiten Programm mit über 30 Veranstaltungen bei. Die öffentliche Gedenkfeier im Bezirksamt beeindruckt vor allem durch die Einbeziehung von Zeitzeugen. „Wir wollen aufrütteln, verunsichern und dazu anregen, bestehende Strukturen und gesellschaftliche Ver-

hältnisse immer wieder erneut zu hinterfragen. Darin besteht für mich der Sinn dieser Veranstaltung und dazu brauchen wir zukünftig provokante Themen und vielleicht auch neue Formen“, sagt der GAL-Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz, der die „Woche des Gedenkens“ mit entwickelt hat.

■ DAS „NACHDENKMAL“

Auf dem Licentiatenberg, einem kleinen Hügel in Groß Borstel, wurde am 27. August 1922 ein Kriegerdenkmal eingeweiht: ein Klinkerkubus mit gusseiserner Adlerskulptur nach einem Entwurf von Richard Kuöhl, von dem auch

das umstrittene „76er-Denkmal“ am Dammtor stammt. Eine Inschrift erinnerte an 72 Soldaten, die im Ersten Weltkrieg den „Heldentod für das Vaterland“ gestorben waren. Ab 1996 nahm die GAL die lebhafteste öffentliche Diskussion um das Werk auf, die darin mündete, dass der Eppendorfer Künstler Gerd Stange am 8. Mai 1999 mit Unterstützung der GAL einen Gegenentwurf, das „Nachdenkmal“, einweihen konnte. Unter dem Namen „Schützengraben – Soldatengrab“ fand sich am Fuße des Licentiatenbergs ein in den Hügel hinein angelegter, begehbare Graben, der die bedrückend-bedrohliche Kriegsrealität spüren lassen sollte. Ein in der Mitte

des Grabens installiertes Periskop rückte den Adler des „Heldendenkmals“ ins Blickfeld. In den Jahren 2005/2006 war das Kriegerdenkmal baufällig, so dass es auf Veranlassung des Bezirksamtes abgebaut wurde. Die Bezirksversammlung beschloss, das Denkmal nicht wieder zu errichten. Im Juli 2006 wurde auch das „Nachdenkmal“ entfernt. Das Eppendorfer Stadtteilarchiv wurde beauftragt, eine Dokumentation zu erarbeiten.

Der Norden ist rot-grün

Warum Henning Voscherau sein Parteiamt niederlegen will

■ taz. Gestern mittag, 12 Uhr 33 über den Dächern von Eppendorf: Im 6. Stock des Klinkerungstürms neben dem Bezirksamt Nord wirt eine frischverheiratete Politfamilie zwischen den Holzhaltreliefs von Friedrich Ebert und August Bebel um Aufmerksamkeit. In den Räumen der SPD Nord präsentieren Sozialdemokraten und Grün-Alternative das gemeinsame Konzept für die nächsten zwei Jahre bezirklicher Arbeit: Die 300.000 Einwohner des Bezirks sollen laut SPD-Nordchefin Helgrit Fischer-Menzel dem „wertvollen Versuch“ ausgesetzt werden, „neue politische Bündnisse auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen“.

Eine Koalition, darin sind sich GAL und SPD in Nord einig, wurde nicht vereinbart. Zwar will man gemeinsam die bezirklichen Geldmittel aufteilen, eine/n BezirksamtsleiterIn wählen, eine Frauenbeauftragte installieren, Radwege bauen, Frieden sichern, Fluglärm abmildern, den Boden entsiegeln,

die Lebensverhältnisse von politischen Flüchtlingen verbessern und tausenderlei mehr – eine Koalition soll das dennoch nicht genannt werden dürfen. Aus einem einfachen Grund: Die Bezirksregierungen, Zwitter zwischen Verwaltung und durch Wahl legitimiertem Kommunalparlament, lassen so etwas wie eine Koalition gar nicht zu. Dennoch habe man, so versichern die in den 18monatigen Gesprächen vertraut gewordenen Roten und Grünen einhellig, die auf Bezirksebene engstmögliche Zusammenarbeitsform gefunden.

Innerhalb der Nord-GAL stieß das Bündnis auf keine Probleme – auf Landesebene hat innergalisch die Diskussion erst gerade begonnen. Die SPD zeigte sich nach der Berlin-Wahl da weit sensibler. Wohlwissend, daß es vielen Genossinnen in Nord und anderswo um weit mehr als eine biedere bezirkliche Vernunft geht, daß hier vielmehr ganz bewußt das Funktionieren rot-grüner Parlamentsarbeit als

Option für eine Hamburger Wende vorexerziert werden soll, versuchte die rechte SPD-Wandsbek-Connection zusammen mit der gesamten Parteiführung unter Voscherau das Projekt noch zu stoppen. Vergeblich: Am Freitagabend segnete der SPD-Kreis Nord das Bündnis ab, ein Versuch, auf einer SPD-Landesvorstandssitzung am 9. März ein Verbot des Modells zu erreichen, schlug fehl.

Erstaunlich dabei sei gewesen, so erfuhr die taz aus Vorständler-Kreisen, daß die Rechten ihre stimmensmäßige Mehrheit am Schluß nicht ausspielten. Nur Hitzkopf Henning Voscherau, den der Spagat zwischen politischem Wunsch (Rot-Grün verbieten) und politischer Vernunft innerlich zerriß, explodierte: Er kündigte an, den Landesvize-Posten aufzugeben und will den Fürsten der Wandsbek-Connection, Alfons Pawelczyk, als Gegengewicht gegen die neuen Trends im Landesvorstand installieren.

Florian Marter

„Die erste Gesprächsrunde verlief insofern positiv, als wir feststellten, dass auf beiden Seiten sehr viel Misstrauen abzubauen war. Wir befürchteten, die SPD wolle uns über den Tisch ziehen, die SPD argwöhnte, wir seien unzuverlässige Kantonisten. (...) Unterschiedliche Ansichten schließen ein menschliches Miteinander nicht aus. Diese Erfahrung macht uns die politische Arbeit angenehmer.“ Rainer Scheppelmann (GAL), 1987

Eklat in der Bezirksversammlung im September 1989: GAL-Fraktionsmitglied Heiko Feldmann, der die Kooperation mit der SPD ablehnte, rechnete mit seiner Partei ab und gab seinen Rücktritt bekannt. „In dieser für mich emotional sehr angespannten Situation wich ich zweimal von dem vorbereiteten Manuskript meiner Rücktrittsrede ab. Dabei sagte ich zu den GAL-Abgeordneten Wolfgang Guhle und Rainer Scheppelmann: ‚Wenn ihr nachher im Wagen überfahren würdet, hätte ich nichts dagegen!‘ (...) ‚Mögt ihr in dieser Scheißbude verrecken!‘ Diese beiden Äußerungen sind Entgleisungen aufgrund der vorher beschriebenen Situation.“, bat Feldmann später in einer persönlichen Erklärung um Entschuldigung.

„Es ist ein Trugschluß, wenn man davon ausgeht, daß die politischen Auseinandersetzungen mit der SPD immer in einem Gemeinsamkeitsgefühl enden müssen.“ Hennies/Ambs, in: nordGALzette 1/1995.

DIE „FRISCHVERHEIRATETE POLITFAMILIE“ – „KEIN ORT SOZIALER KUSCHELIGKEIT“ MIT DER SPD AUF KOOPERATIONSKURS

Hamburg-Nord hat Rot-Grüne Pionierarbeit geleistet. Während das Land Hamburg 1982 unregierbar war, weil der SPD bei der Bürgerschaftswahl vom Juni bis zur Neuwahl im Dezember die nötige Mehrheit fehlte, und sie gleichzeitig eine Koalition mit der GAL oder CDU ablehnte („Hamburger Verhältnisse“), gab es auf Bezirksebene bereits zu Zeiten der Friedensbewegung Kon-

takte zwischen einzelnen Aktiven von GAL und SPD.

Schon wenige Tage nach dem Einzug der Grünen in die Bezirksversammlung hieß es in einer gemeinsamen Presseerklärung: „(...) Ziel ist es, Absprachen über eine künftige inhaltliche Zusammenarbeit zu erreichen. Sozialdemokraten und GAL im Bezirk Hamburg-Nord sehen

darin eine Möglichkeit, den Wählerauftrag für eine fortschrittliche, bürgernahe, sozial und ökologisch verantwortliche Politik zu erfüllen. Nach den ersten Erörterungen über Geschäftsordnungsfragen, Neueinrichtung und Besetzung von Ausschüssen, sollen bei weiteren Gesprächen inhaltlich programmatische Fragen besprochen und der Versuch gemacht werden, für die parlamentarische Arbeit

in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord ein gemeinsames Vorgehen in einzelnen Sachfragen zu finden.“ So wurde der Bezirk beispielsweise nach lebhaften Diskussionen gemeinsam zur „Atomwaffenfreien Zone“ erklärt.

Eine förmliche Zusammenarbeit der GAL mit der SPD gab es in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord von 1989 bis 2008. „Es war mehr ein Signal an Land und Bund: ‚Hamburg-Nord macht Rot-Grün!‘ – konkret war die Verbindung wenig lebendig“, erinnert sich der damalige GAL-Bezirksabgeordnete Boris Utikal, und auch „nicht immer sehr zuverlässig“, fügt Rainer Scheppelmann, von 1988 bis 1997

GAL-Bezirksabgeordneter, hinzu. Rainer Neumann (GAL-Bezirksabgeordneter) erinnert sich an die ersten Verhandlungen: „Man musste aufpassen wie ein Schießhund und sehr stur sein, sonst war man verraten und verkauft.“ Die Kooperation sei das „lang andauernde, mühsame Bohren dicker, manchmal auch sehr dünner Bretter“ gewesen. Auch in den eigenen Reihen war die Zusammenarbeit umstritten – nach wie vor spielte bei der Umsetzung von Zielen die Mobilisierung der Öffentlichkeit, die Zusammenarbeit mit Stadtteilgruppen und Inis die größere Rolle.

„Zu unserer Überraschung schlug die SPD die Aufnahme einer Gesprächsrei-

he vor mit dem Ziel, eine Art Bündnis in bestimmten kommunalpolitischen Bereichen zu schaffen“, wurde in einem Protokoll vom 7. September 1987 festgehalten. „Wir verwiesen auf unser begrenztes Mandat. Weitere Gespräche und jede Art ‚Bündnis‘ seien von der MV [Mitgliederversammlung] zu genehmigen. (...) Die SPD zeigte sich über unsere Bereitschaft erfreut, der MV überhaupt weitere Gespräche vorzuschlagen. (...) Man war sich darüber einig, dass auf beiden Seiten großes Misstrauen herrsche und die Erfahrungen der Vergangenheit eine konstruktive Diskussion erschweren.“

SPD fetzt sich über Rot-Grün

Vorstoß der Wandsbek-Connection gescheitert: SPD-Nord darf mit der GAL koalieren
SPD-Landesvorstand debattierte fünf Stunden lang übers rot-grüne Gespenst

■ taz. Gestern Abend hat die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Hamburg-Nord beschlossen, mit der GAL auf Bezirksebene zu koalieren. Grundlage ist ein ausführlicher, in 18monatigen Gesprächen erarbeiteter Sachkatalog. Bis 1991, zur nächsten Bürgerschaftswahl, will die rot-grüne Bezirksmehrheit (SPD 18 Sitze, GAL 4, CDU 16, FDP 2) gemeinsame Praxis demonstrieren, gegenseitige „Vertrauensarbeit“ leisten.

Damit wird verwirklicht, was die SPD-Rechte unbedingt verhindern wollte: ein rot-grünes Modell in Hamburg. Um es in letzter Sekunde zu stoppen, hatten Bürgermeister Henning Voscherau und seine Wandsbeker Hausmacht (Schaltzentrale der rechten SPD, kurz: „Wandsbek-Connection“), eine Sondersitzung des SPD-Landesvorstands für Donnerstagabend einberufen. Ziel der Sitzung war laut Beschluß des Kreisvorstands Wandsbek, die GenossInnen in Nord zu disziplinieren, ihnen den Vorstoß gegen Parteibeschlüsse vorzuhalten, die Koalition zu verbieten. Rügen, Parteiordnungsverfahren, ja sogar ein Parteitag zur Verdammung der Nord-GenossInnen, waren angedacht.

Am Ende der fünfständigen, hitzigen Sitzung sah alles ganz anders aus. „Einmütig“, das heißt ohne laut geäußerte Gegenstimme, faßte die

SPD-Spitze einen Beschluß, nachdem die sozialliberale Koalition im Rathaus von „Sozialdemokratinen und Sozialdemokraten auf allen Ebenen unterstützt“ werden muß. Der „SPD-Kreis Hamburg Nord“, so der Beschluß weiter, wird „am 10. März 1989 die Übereinstimmung mit dieser geltenden Beschlußlage nochmals deutlich machen.“ Hinter diesem Wortnebel verbirgt sich ein parteiinternes „Stillhalteabkommen“ (so ein Vorständler zur taz), das die Wandsbeker und ihr Voscherau mit vernehmlichem Zähneknirschen schluckten: Die SPD in Nord taufte ihre Bezirkskoalition einfach in „Kooperation“ um, versprach treuherzig, es handle sich keineswegs um ein „Modell“ - schließlich sei laut Jochen Vogel ja auch Berlin kein „Modell für Bonn“. An der Vorbereitung eines Wechsels des

Koalitionspartners noch in der laufenden Legislaturperiode, so versprachen die Linken, werde nicht einmal im Traum gedacht.

SPD-Landeschefin Traute Müller zur taz: „Die SPD ist offen nach mehreren Seiten.“ Und: „Es wird von der GAL abhängen“, ob „diese kleine Partei“ sich eines Tages „koalitionsfähig“ zeige. Zum Thema Rot-Grün gebe es im Landesvorstand allerdings eine „Bandbreite unterschiedlicher Meinungen“. Einhellige Auffassung aber: „Wir wollen uns keine Koalitionsdiskussion aufzwingen lassen.“ Der rechten Mehrheit im Vorstand war in mühevoller Diskussion beigegeben worden, daß ein rüdes Vorgehen jetzt gegen Rot-Grün in Nord genau das Gegenteil bewirken werde: „Wer da jetzt grob draufhaut, hat die Debatte um Rot-Grün erst recht am Hals.“

Man könne nicht „zwei Tage vor der Kommunalwahl in Hessen“ und einige Tage nach der Einigung in Berlin ein solches Hamburger Zeichen setzen. Beigetragen dazu hat pikantes auch der Bezirk Bergedorf, oft als „politischer Vorort Wandsbeks“ verspottet:

Dort ist derzeit ein heftiges rot-grünes Liebesleben zugange. Bezirkschefin Christine Steinert ist für ihre Wiederwahl am 30. März auf die Stimmen der GAL angewiesen (SPD 18, GAL 3, FDP 2, CDU 17 Sitze). Bergedorf stärkte Nord insgeheim den Rücken. Um nach außen jedoch jeden Anschein rot-grüner Kumpanei zu vermeiden, will die Bergedorfer SPD zur Wiederwahl Steinerts jetzt ein rechnerisch völlig überflüssiges „Dreier-Ticket“ aus SPD, GAL und FDP lösen.

Florian Marten

Nachdem anderthalb Jahre lang heftig diskutiert worden war, wurde im März 1989 die zukünftige Zusammenarbeit bekannt gegeben. Bis zur nächsten Bürgerschaftswahl 1991 wollte die Rot-Grüne Bezirksmehrheit „gemeinsame Praxis demonstrieren, gegenseitige ‚Vertrauensarbeit‘ leisten.“ „SPD-Landesvorstand debattierte fünf Stunden lang übers Rot-Grüne Gespenst“, titelte die taz. Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) lief Sturm, wollte Rot-Grün verbieten – umsonst. „Die 300.000 Einwohner des Bezirks sollen laut SPD-Nord-Chefin Helgrit Menzel dem ‚wertvollen Versuch‘ ausgesetzt werden, ‚neue politische Bedürfnisse auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen‘.“

„MEIN KOOPERATIONSPARTNER VERSTEHT MICH NICHT!“

– unter dieser Überschrift machten Ingo Ambs und Robert Hennies in der nordGALzette 1/1995 „Anmerkungen zur fraktionellen Politikgestaltung der GAL-Nord“. Dabei wurde deutlich, dass die Kooperation nach wie vor nicht unumstritten war und einige Stimmen auf die Kündigung des Kooperationsvertrages drängten – aufgrund inhaltlicher Unstimmigkeiten. „Es existiert ein Kooperationsvertrag zwischen zwei Parteien, der bestimmte Sachverhalte

im Bezirk Hamburg-Nord regeln soll. Dieser Vertrag sagt aber nicht, dass hier zwei Parteien fusionieren und nur noch im Gleichtakt sprechen und vorgehen“, meinten Ambs und Hennies, „Im Gegenteil, beide Parteien stehen immer noch in Konkurrenz zueinander und sind gezwungen ein eigenständiges Profil zu entwickeln und eigene Interessen durchzusetzen.“ Um dies zu begreifen, sollten BV-Neulinge einen „Einführungskurs in Parlamentarismus“ absolvieren, empfahlen die Verfasser. „Parlamentarismus und Parteilichkeit dienen zur Durchsetzung von Interessen und nicht als Ort sozialer Kuscheligkeit.“

Der „Wilden 13“, einer realpolitisch orientierten Gruppe innerhalb der GAL, gehörten viele Aktive aus Hamburg-Nord an. Sie mischte die Partei und die Landespolitik 1990/1991 gehörig auf.

taz hamburg

CHEMNITZSTR. 78, 2000 HAMBURG 50 ☎ 0 40 / 38 90 17-0, Anzeigen ☎ 0 40 / 38 90 17 12, FAX 0 40 / 38 90 17 10

SPD zittert vor der „Wilden 13“

Sozialdemokraten von rechts bis links fürchten **regierungsfähige Grüne** / Sozialdemokratischer Burgfrieden wäre gefährdet / Geträumt wird von einer Fundi-GAL mit 5,0 Prozent / Bleiben die Grünen draußen, droht eine schwarz-gelbe Koalition

Mit betonter Zurückhaltung hat die Hamburger Sozialdemokratie gestern das Bündnisangebot der GAL zur Kenntnis genommen. Während das rechte Lager die Sorge plagt, nun könne auch in Hamburg eine SPD-Debatte über Rot-Grün aufkommen, gaben sich VertreterInnen des linken Lagers Mühe, genau diesen Verdacht im Keim zu ersticken. SPD-Landesgeschäftsführer Werner Loewe und SPD-Chefin Traute Müller winkten scheinbar gelangweilt ab und verwiesen auf den neuen Koalitionspartner FDP.

Dies hat zunächst taktische Gründe. Man will ein vorsichtig leimendes Pflänzchen nicht durch allzu heilige Güsse ersäufen. Auch bei den Sozialen gibt es eine starke Gruppe, die seit langem heimlich von einer rot-grünen Wende für Hamburg träumt. Dazu zählen ehemalige Senatoren, Parteispitzenfunktionäre, eine

ganze Reihe von Bürgerschaftsabgeordneten und auch auswärtige Prominenz, allen voran Niedersachsens Chef Gerhard Schröder, der Hamburgs sozialliberale Koalition für einen Anachronismus und Rot-Grün als die Perspektive für das Norddeutschland der 90er bezeichnete. Allerdings: Diese Gruppe ist in Hamburg viel kleiner als anderswo. Zum einen, weil die GAL in der Vergangenheit alles tat, um Rot-Grün zu verhindern, vor allem aber auch, weil die SPD ihre überfällige Erneuerung immer noch vor sich hat. Während die SPD in praktisch allen Großstädten in den letzten 15 Jahren die Oppositionsbänke kennenlernte und vielerorts den Grünen die Rückkehr an die Macht verdrängte, konnte Hamburgs SPD bislang ungerührt weiter wuchern. Dennoch hatte der Zerfall des rot-grünen Lagers in den letzten Mo-

naten bei der SPD-Linken große Sorgen ausgelöst. In vielen Gesprächen mit alten grünen Promis kam die Botschaft: „Bleibt in der Bürgerschaft!“ Diese feierliche Botschaft entsprang weniger dem Wunsch nach einer rot-grünen Stadtregierung, als der Hoffnung auf Fortsetzung des Status quo. Die nicht regierungsfähige GAL sicherte nämlich den inner-sozialdemokratischen Burgfrieden. Dank dieser GAL hat sich die SPD-Linken inzwischen behaglich auf Posten und Pöschchen eingerichtet. Traute Müller avancierte zur machtbewußten Parteimanagerin, der ein Senatorinnenposten winkt. Werner Loewe durfte Landesgeschäftsführer werden. Jörg Kahbler hat es selbst in der Hand, ob er Umweltsenator bleibt oder den Job an Fritz Vahrenholt weiterreicht. Sogar Michael Sacha hat es inzwischen als Geschäftsführer einer Wohnungsbau-

gesellschaft zu einem Vorzimmer mit Sekretärin gebracht. Kurz: Die ehemals links angehauchten Sozialen finden den Weg zu den Fleischtopfen weit weniger versperrt als in früheren Jahren. Wozu sich dann aufregen und anstrengen? Eins ist nämlich schon heute sicher: Eine echte Option auf einen rot-grünen Wahlsieg am 2. Juni würde die SPD in eine interne Zerreißprobe gewaltigen Ausmaßes bringen. Die Rechten, ausgerechnet durch die Regenshaft ihres Zöglings Voscherau ebenso führerlos wie verunsichert, würden es noch einmal kräftig wissen wollen. Andererseits: Obse Grün im Parlament, das hat kürzlich selbst Henning Voscherau betont, droht Hamburg eine schwarz-gelbe Koalition. Und so machte er gegenüber der taz kurz nach der Bundestagswahl am 2. Dezember klar: „Rot-Grün ist nicht ein für allemal töd. Ich habe, anders

als Walter Momper, immer unterschieden zwischen dem ökologischen Grünen und den Autonomen und Alternativen, die ihr Verhältnis zur Gewalt nicht auf die Reihe gebracht haben. Engagierte UmweltschützerInnen haben in den Klüften der Deutschen etwas zum Besseren hin verändert. Natürlich läßt sich mit solchen gut zusammenarbeiten.“ Den Gefallen grüner Bravheit würde eine um die „Wilde 13“ gruppierte, vielleicht sogar mit Frauenfraktion und Grünem Forum „wiedervereinigte“ GAL der SPD nicht tun – das wissen auch Voscherau und Müller. Nein, die SPD müßte dann Farbe bekennen: Bei der Beugung des Mietrechts in Sachen Hafenstraße, bei der pyromanischen Müllpolitik, bei der Aufrüstung der Polizei. Der bislang nicht zuletzt durch die GAL-Fundis garantierte SPD-Rechtskurs wäre in Gefahr. Florian Moran



DIE „WILDE 13“ AUF „REALO-KURS“

DIE GAL-NORD GAB DIE RICHTUNG FÜR'S LAND VOR

Die „Wilde 13“ war eine kleine Gruppe von GALern, die sich Ende 1990 - ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl - zusammenfand. Bezirkspolitiker aus Nord (unter anderem Michael Tilgner, Rainer Scheppelmann, Hartwig „Hatschi“ Zillmer, Thomas Dittberner und Boris Utikal) und Altona setzten sich mit ihrer Rot-Grünen Bezirkserfahrung auf Landesebene für eine Auflockerung verkrusteter GAL-Strukturen ein und plädierten für eine Öffnung der GAL zur SPD.

Das Ziel war, eine neue Einheit der Partei herzustellen, und die Realos, die damals das Grüne Forum bildeten, wieder in die Partei zu integrieren“, sagt Utikal. Eine Orientierung in Richtung Realpolitik war für die weitere Existenz der GAL überlebenswichtig - vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung, die die politische Diskussion zu der Zeit bestimmte, blieb zu wenig Raum für Themen, für die sich die GAL stark machte, wie beispielsweise die Umwelt. Das bisherige Tabuthema Koalition

wurde angesichts der Möglichkeit, dass die GAL bei der Hamburger Bürgerschaftswahl aufgrund mindestens vier konkurrierender Parteien unter fünf Prozent abschneiden könnte, offen diskutiert. „Statt theoretischem Gefasel hatten wir konkrete Ideen – daraus haben wir ein sehr zugespitztes Wahlprogramm formuliert“, berichtet Rainer Scheppelmann, der sich an „fürchterliche Auseinandersetzungen“ erinnert. Um den „Realo-Kurs“ durchzusetzen, leistete Scheppelmann zwei Monate lang

Matthias Frommann – Der neue Chef in Nord?

Aus Urheberrechtsgründen dürfen wir online nicht den kompletten Artikel abbilden. In der gedruckten Ausgabe dieser Broschüre ist er aber enthalten. Bestellkontakt siehe Seite 66.

Mit ihrer Zustimmung zu Mathias Frommann als neuem Bezirksamtsleiter setzte die GAL-Fraktion bei der SPD einen Forderungskatalog durch: Dazu gehörte, dass das Bezirksamt bürgerfreundlicher werden sollte, mit einem Bürgertelefon und Sprechstunden des Amtsleiters. Weiterhin sollte es eine Frauenbeauftragte geben. Die GAL forderte hartes Durchgreifen bei Mietwucher und Wohnungsleerstand. Die Unterbringung von Flüchtlingen sollte verbessert werden.

intensive Überzeugungsarbeit und brachte 30 Freunde und Bekannte dazu, der Partei beizutreten. Das Wahlprogramm der „Wilden 13“ für Hamburg wurde schließlich mit 450:420 Stimmen angenommen. Eine Abspaltung des linken Flügels wurde bewusst in Kauf genommen, die Alternative Liste verließ die Partei. „Die Verbindung zu den auf grundsätzliche Opposition eingestellten Kräften ist dadurch sehr schwach geworden“, meint Utikal. Anfang 1991 wurde der Richtungswechsel offiziell vollzogen. In der taz erschien eine Anzeige: „Die ‚Wilde 13‘ verabschiedet sich.“ Nach dieser Zäsur trat die GAL verstärkt als realpolitische Kraft in Erscheinung. Bei der Bürgerschaftswahl schnitt die GAL-Hamburg mit 7,2 Prozent der Stimmen ab.

„KRAFTPROBE ZWISCHEN SENAT UND BEZIRK“

ZWEIFACHE WAHL EINES NEUEN BEZIRKSAMTSLEITERS

Nachdem Jochen von Maydell (SPD) im Januar 1996 erklärt hatte, dass er aus Krankheitsgründen nicht für eine Wiederwahl als Bezirksamtsleiter zur Verfügung stehen würde – vorausgegangen war der „Dulberg-Krimi“ – wurde auf allen Ebenen um die Neubesetzung der Stelle gerangelt. Die GAL, die keinen eigenen Kandidaten vorzuschlagen hatte, akzeptierte nach Annahme eines politischen Forderungskatalog durch

die SPD deren Kandidaten Mathias Frommann, Leiter des Amtes für Arbeitsschutz, der am 28. März 1996 mit Rot-Grüner Mehrheit gewählt wurde. Die CDU nahm aus Protest nicht an der Wahl teil. „Der Senat weigert sich jedoch, die Wahl zur Kenntnis zu nehmen und fordert ein öffentliches Ausschreibungsverfahren“, so Antje Radcke, GAL-Fraktionsvorsitzende, in ihrem Beitrag „Bezirksamtsleiterwahl in NORD –

Kraftprobe zwischen Senat und Bezirk“ in der nordGALzette im April 1996. Der Senat ignorierte den Beschluss der BV, obwohl die Wahl im Bezirksverwaltungsgesetz festgeschrieben ist – „dieses ist ein Vorgriff auf die Machtbestrebungen Voscheraus, der die Bezirke am liebsten als ‚Außenstellen des Senats‘ betreiben würde“, meinte Radcke. Die SPD beugte sich dem Senatsbeschluss, die Stelle auszuschreiben. Mit dem Ergebnis, dass Frommann am 19. September 1996 erneut zum Amtsleiter gewählt wurde – ein „kompetenter, souveräner, selbstbewusster und durchsetzungsfähiger ‚Verwaltungsmodernisierer‘, dabei Rot-Grüner Zusammenarbeit im Bezirk Nord gegenüber aufgeschlossen“, beschrieb Radcke den neuen Verwaltungschef.

„DIE HÄLFTE DER MACHT DEN MÄNNERN“

FRAUENPOLITIK IN HAMBURG-NORD

„Er denkt, sie tippt“ – nicht bei der GAL? „Ich meine, gerade weil die durch die gesellschaftlichen Bedingungen wie Erziehung, doppelte Unterdrückung und doppelte Belastung geschaffene Benachteiligung der Frauen auch innerhalb der GAL keinen Halt macht, kann das nur ein zusätzlicher Grund für uns sein, weiterhin aktiv zu bleiben“, meinte Birgit im GAL-Info 13/1984.

Das Thema Frauenpolitik wurde in der Anfangszeit der Partei durch die Arbeit in der Frauengruppe bewegt: Die Bundesfrauenkonferenz, Gewalt gegen Frauen, persönliche Widerstandsformen und anderes wurden „ganz gemütlich bei Strickzeug und Sekt“ besprochen, hält das Sitzungsprotokoll vom 20. Dezember 1983 fest; in der Kita Hölderlinsallee wurde zum Frauenfest

ANTJE RADCKE

Antje Radcke, Jahrgang 1960, trat 1993 der GAL Nord bei und wurde im gleichen Jahr Bezirksabgeordnete. Ab 1995 Fraktionsvorsitzende. Im September 1996 wurde die Jarrestädterin zusammen mit Krista Sager zur GAL-Landesvorstandssprecherin gewählt. Wolfgang Guhle löste sie als Vorsitzender der neunköpfigen GAL-Fraktion Hamburg-Nord ab. Von 1998 bis 2000 war sie Sprecherin des Bundesvorstands Bündnis 90/Die Grünen. Nach ihrer politischen Karriere machte sich Antje Radcke als Unternehmensberaterin selbständig.

Antje Radtke, 1993

FOTOS: HAMBURGER ABENDBLATT, 22.02.1996; ARCHIV GAL HAMBURG-NORD

Einbruch in die Männerwelt



Grün wirkt Die Hälfte der Macht den Männern!



DER KOSOVO-KRIEG

Die Befürwortung eines militärischen Einsatzes in Rest-Jugoslawien durch die Rot-Grüne Bundesregierung stürzte die Grünen 1999 in eine Krise. Für einige Menschen war im wahrsten Sinne des Wortes eine Grenze überschritten. Im Juni gründeten fünf Abgeordnete der GAL-Bürgerschaftsfraktion Hamburg aufgrund der deutschen Kriegseteiligung auf dem Balkan eine parlamentarische Gruppe. „Regenbogen-Abgeordnete“ gab es auch in den Bezirken Bergedorf, Wandsbek und Nord. In der taz erschien am 29. Mai 1999 eine Anzeige „Wir treten aus!“ Unterzeichnet hatten unter anderem drei Mitglieder der GAL-Fraktion Hamburg-Nord: Andrea Krieger, Karin Gritzuhn und Angelika Traversin. Sie behielten ihre GAL-Mandate und bildeten in der Bezirksversammlung Nord die Regenbogen-Fraktion. „Dadurch wurde die Zeit bis 2001 zu einer sehr schwierigen Legislaturperiode“, berichtet Boris Utikal. „Es gab zum Teil sehr emotionale Diskussionen mit den Regenbogen-Mitgliedern, die jede Möglichkeit zur Opposition gegen die GAL ergriffen“.

ANZEIGE

Wir treten aus!

Die Partei der GRÜNEN hat sich am 13.5.99 von ihrer antimilitaristischen und pazifistischen Politik verabschiedet. Sie bietet somit keine Basis mehr für Menschen, die den Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die neue Rolle der NATO als Weltpolizei ablehnen. Aber auch in anderen Bereichen findet ein Abbau grüner Grundsätze statt: Mit Einschnitten in das soziale Netz und der Einführung von Niedriglöhnen führt der Weg politisch zur „Neuen Mitte“. Ökologie und der Ausstieg aus der Atomkraft werden als Preis für eine Regierungsbeteiligung zur Nebensache. Diese Entwicklung werden wir nicht mittragen! Wir haben uns deshalb entschieden, einen neuen Weg außerhalb dieser Partei einzuschlagen. – Dieser Neuanfang steht allen offen!

Laßt uns gemeinsam etwas Neues anfangen!

Kontakt: Heike Sudmann
UnterzeichnerInnen: Kazim Abaci, Andreas Bachmann, Thomas Baden, Klaus-P. Berndt, Georg Bischof, Susanne Böhmcker, Brigitte Borck, Walburga Brandenburg, Gerd u. Sonja Brauer, Anna Brüne, Christine Bukold, Mustafa Burc, Cornelia Frieß, Joachim Geffers, Antje Großhoff, Karin Gritzuhn, Norbert Hackbusch, Heino Hoffmann, Inge Jahnke, Lars Jeschob, Lutz Jobs, Gustav König, Wiebke König, Julia Koppke, Andrea Krieger, Sigrid Lemke, Ulla Lüders, Sarah Meier, Anke Möller, Rainer Neumann, Jens Niemann, Birte Novak, Elke Rabanus, Jörn Rieken, Hanna Römer, Tina Rosenbusch, Daniel Schulz, Käthe Schulz, Volker Strantz, Heike Sudmann, Angelika Traversin, Susanne Uhl, Helmut Warmke, Maggy Wohler, Anke Wortmann, Olaf Wuttke, Brigitte Ziehke.

unter Beteiligung zahlreicher Initiativen aus dem Bezirk eingeladen - „die Stimmung war duftig, die Räume proppevoll.“

In der Fraktion soll damals wie heute die Frauenquote nach dem GAL-Motto „Die Hälfte der Macht den Männern“ zum Tragen kommen. Dabei soll die 50/50-Regelung immer als Chance, nicht als Zwang, verstanden werden. „Es ist wichtig, das Thema ‚Quote‘ hochzuhalten – es zeichnet uns als Partei aus“, meint Ulrike Sparr, frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der GAL-Fraktion. „In der Politik, auch bei uns in der Partei, sind

Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir legen großen Wert darauf, Frauen einzubeziehen, was sich zum Beispiel bei der Aufstellung der Wahllisten zeigt, in denen alternierend Frauen und Männer zu finden sind.“

In der Bezirksversammlung wurde auf Initiative der GAL im Jahr 2001 der „Ausschuss für Frauenpolitik“ ins Leben gerufen. Er war Bestandteil des Kooperationsvertrags zwischen GAL und SPD. Sein Ziel: Frauenspezifische Belange in alle Politikfelder einzubringen sowie die Zusammenarbeit mit Frauenprojekten im Bezirk zu fördern. Auch wenn der „Frauenausschuss“ nach der Wahl 2008 nicht

wieder eingerichtet wurde, die Notwendigkeit zu aktiver Frauenpolitik besteht nach wie vor. „Wenn wir nachlassen, haben wir schnell den Rückschritt“, ist sich Ulrike Sparr sicher. Frauenpolitik sei heute allerdings mehr als Querschnittsthema zu verstehen, bei dem die Familienpolitik eine wichtige Rolle spiele. „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Thema, das Männer ebenso wie Frauen angeht. Familienarbeit darf kein Karrierehindernis sein. Wir müssen Männer dazu ermutigen, den Schritt hinein ins Familienleben zu tun. Das erleichtert dann auch Frauen die Rückkehr in den Beruf.“

Die GAL nutzt den begrenzten Spiel-

raum, der auf bezirklicher Ebene in der Frauenpolitik zur Verfügung steht: Dazu gehören Anträge auf Sondermittel, zum Beispiel für Beratungsangebote und Veranstaltungen. Auf Initiative der GAL-Fraktion hat die Bezirksversammlung im Oktober 2011 einstimmig beschlossen, dass zukünftig jedes Jahr am 25. November, dem von Terre des Femmes ins Leben gerufenen internationalen Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen!“, vor dem Bezirksamt die öffentlich anerkannte Aktionsflagge gehisst werden soll. Die Fahne mit der Aufschrift „Frei leben – ohne Gewalt“ soll das Bewusstsein für das Problem der Gewalt gegen Frauen schärfen. Die GAL-Fraktion hat-

te eine Flagge in die BV-Sitzung mitgebracht, sie vor Ort ausgerollt und anschließend dem Bezirksamtsleiter überreicht. Ein weiteres Exemplar wurde zum Aktionstag im Schaufenster des Fraktionsbüros angebracht. Ulrike Sparr: „Wir freuen uns, gemeinsam im Bezirk ein Zeichen zu setzen. Die Gewalt gegen Frauen hat ein erschreckendes Ausmaß. Das dürfen wir angesichts anderer frauenpolitischer Fortschritte nicht übersehen.“

VOM POLITJOURNALISMUS IN DIE PRAXIS. ODER: SPIELRÄUME NUTZEN

„Die Frauenfraktion der GAL war ein Grund, weshalb ich nach Hamburg wollte“, erzählt Eva Gumbel, Jahrgang 1964, die das Geschehen im hohen Norden von Frankfurt aus mit großem Interesse verfolgte. Für sie war klar: Eine Stadt, die so viel bürgerliche Liberalität beweist, bietet ein Klima, in dem sie sich wohlfühlen würde. „Meine Jugend habe ich auf der Startbahn-West verbracht – ich war immer ‚grün‘ und fand es von jeher spannend, neue gesellschaftliche Modelle zu entwickeln“, sagt Gumbel, die in Berlin und im Taunus aufgewachsen ist. Die Literaturwissenschaftlerin, die über „Minne und Spruch zwischen 1240 und 1340“ promoviert wurde, kam 1992 tatsächlich nach Hamburg, war als TV-Journalistin beim NDR tätig und recherchierte Beiträge für das PolitiMagazin „Panorama“. 1997 war das dritte Kind unterwegs. „Ich war hin und her gerissen: Zwischen meinem eigenen Anspruch und dem Bedürfnis, von den Kindern möglichst viel mitzubekommen“, so Gumbel. Sie entschied sich für die Kinder. Der Fokus ihres politischen Interesses richtete sich verstärkt auf das eigene Umfeld. Der Wunsch, sich einzubringen und aktiv mitzugestalten, führte sie zur GAL. „Das Frauentreffen war ein niedrigschwelliger Einstieg um reinzuschnuppern und erste Kontakte zu knüpfen“, erinnert sich Gumbel. Eine reelle Chance auf aktive Mitarbeit auch mit kleinen Kinder wurde ihr zugesichert: die GAL bezahlte den Ba-

bysitter, während die Eltern in der Politik mitmischten. „Das ist ein Unterschied wie Tag und Nacht im Vergleich zu dem, was in anderen Parteien läuft. In der GAL habe ich mich willkommen gefühlt.“ Schon im Jahr darauf engagierte sie sich im Ortsausschuss Barmbek-Uhlenhorst und nahm von da an ihr eigenes Wohnumfeld mit anderen Augen wahr. In einer ihrer ersten Sitzungen beantragte sie einen barrierefreien Zugang zum Postamt am Hofweg. Dass die Anregung erst zehn Jahre später umgesetzt wurde, nimmt Gumbel gelassen. „Es sind viele Winzigkeiten, die das Quartier immer ein klein wenig besser machen – eine gewisse Bescheidenheit gehört dazu“, ist ihre Sichtweise. So wie sie mit den Jahren in die GAL hineingewachsen ist, hat mit der Zeit auch ihr Engagement zugenommen. Von 2001 bis 2008 war sie Abgeordnete in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, wo die inzwischen fünffache Mutter den Bezirk aktiv mitgestaltete. „Es ist ein toller Erfolg, Spielräume zu nutzen, Aufmerksamkeit zu schaffen, Lösungen zu finden und etwas zu erreichen. So konnten wir zum Beispiel Initiativen durch unser Kita-Förderprogramm ‚Kinder, Kinder‘ unterstützen, haben die Einrichtung ‚andere umstände‘ gerettet, die minderjährige, von Obdachlosigkeit bedrohte Schwangere betreut, fördern die Stadtkultur und regen Menschen dazu an, selber Ideen zu entwickeln und selbstbestimmt zu leben“. Im Februar 2008



EVA GÜMBEL

Eva Gumbel, geboren 1964 in Frankfurt am Main, promoviert, Journalistin, verheiratet, fünf Kinder, lebt im Stadtteil Uhlenhorst. Von 1998 bis 2008 für die GAL im Ortsausschuss Barmbek-Uhlenhorst aktiv, von 2001 bis 2008 Bezirksabgeordnete, davon die letzten vier Jahre als stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Seit 2008 Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft. Seit Juni 2010 steht sie dem Parlament als Vizepräsidentin vor. Sie ist Sprecherin für Wissenschaft und Forschung der GAL-Fraktion, Mitglied des Haushaltsausschusses sowie im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Elbphilharmonie.

konnte sie bei der Bürgerschaftswahl über den Wahlkreis Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg-Hohenfelde als Abgeordnete in das Hamburger Parlament einziehen. Bei der Bürgerschaftswahl 2011 verteidigte sie ihr Wahlkreismandat.



StadtRAD-Station am Hofweg in Winterhude

„ENTSPANNT MOBIL“ GLEICHBERECHTIGTE IM VERKEHR

Hamburg-Nord gehört zu den am stärksten mit Verkehr und Lärm belasteten Bezirken der Stadt. Auf diversen Hauptstraßen schieben sich Blechlawinen durch die Stadtteile. Der Flughafen und die Güterbahnstrecke, die parallel zur S-Bahn durch den Bezirk führt und seit 2008 verstärkt frequentiert wird, tragen das ihrige bei.

Die GAL Nord entwickelt Verkehrskonzepte, die die Lebensqualität verbessern und alle Verkehrsteilnehmer gleichbe-

rechtigt einbeziehen sollen. „Es gibt viel zu tun“, meint Martin Bill, verkehrspolitischer Sprecher der GAL-Bezirksfraktion, „in Hamburg regiert nach wie vor der Autobahngeist der 60er Jahre – was sich im Straßennetz und im Denken der Baubehörde manifestiert.“

Bestes Beispiel für erfolgreiche GAL-Initiative: die Osttangente. Fast 30 Jahre hat die GAL gegen diese Stadtautobahn gekämpft, die von der A7 aus Schleswig-

Holstein kommend bis zur City Nord führen sollte, die „zukunftsweisend“ mit völlig überdimensionierten Straßen entworfen wurde und zwischenzeitlich sogar als Rennstrecke für Autorennen im Gespräch war. Zwar wurde die Autobahn selbst nie gebaut, doch häppchenweise wurde im Laufe der Jahrzehnte der Bau großer Hauptverkehrsstraßen auf der Strecke vorangetrieben. Das Teilstück Sengelmannstraße wurde 2007 als letzter Abschnitt für rund sechs Millionen Euro realisiert. Dazu ein Ausschnitt aus dem GAL-Info 2/1985: „Aber auch die Geschichte, daß die Sengelmannstraße nicht ausgebaut wird, gehört zu denen, bei denen sich der Erzähler an der Gläubigkeit seines Publikums ergötzt,

BRENNPUNKT VERKEHR 1: EPPENDORFER UNFALLKREUZUNG

Ein besserer Verkehrsfluss und mehr Sicherheit sind an der Kreuzung Eppendorfer Landstraße, Lehmweg, Eppendorfer Weg gefordert. An diesem unübersichtlichen Straßenkreuz, an dem sechs große Verkehrswege aufeinandertreffen, hatte sich im März 2011 ein schwerer Unfall ereignet, bei dem ein Autofahrer in eine auf dem Bürgersteig wartende Personengruppe



geraten war und vier Menschen getötet hatte. Seitdem gibt es intensive Diskussionen in der Bevölkerung und in der Politik, wie man diesen Bereich, der seit langem eine Problemzone darstellt, für alle sicherer machen kann. Die GAL fordert: Im Interesse aller Menschen in Eppendorf müssen verkehrsberuhigende Maßnahmen im Vordergrund stehen – auch wenn die Polizei den Unfall nur als „Ausnahme-Ereignis“ wertet. Die grüne Fraktion beantragte im Juni 2011 gemeinsam mit CDU und DIE LINKE die Einrichtung eines Kreisverkehrs für mehr Sicherheit, weniger Lärm und größere Lebensqualität und unterstützte damit eine Eppendorfer Bürgerinitiative, die sich nach dem Unfall gegründet hatte. Doch SPD und FDP lehnten selbst den Vorschlag ab, die Einrichtung eines Kreisverkehrs auch nur prüfen zu lassen. Dabei tönte die SPD vorher noch: „Es darf nicht passieren, dass wir hier reden und nichts geschieht!“ – doch genau das ist eingetreten, nachdem von ihr alle Vorschläge vom Tisch gefegt wurden. Ein Vertreter der Wirtschafts- und Verkehrsbehörde bezeichnete außerdem einen Kreisverkehr pauschal als nicht umsetzbar. Er führte aus, dass die Fachbehörde derzeit keinen Handlungsbedarf sehe. Kai Elmendorf, GAL-Bezirksabgeordneter und Sprecher im Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude kommentiert: „Das Verhalten im SPD-geführten Bezirk und in der Verkehrsbehörde ist ein klarer Fall von Ignoranz. Statt die Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner ernst zu nehmen und nach kreativen Lösungen zu suchen, wird ohne nähere Prüfung beschieden, Veränderungen seien unnötig. Die GAL setzt sich dagegen weiter für eine bessere Verkehrsführung und damit für mehr Sicherheit und Lebensqualität ein.“

während ernstzunehmende Leute (Baubehörde usw.), schon jetzt in ihren Stellungnahmen darauf hinweisen, daß man auf jeden Fall gezwungen sein wird, zu prüfen, ob man nicht doch die Vorbereitungen nutzen sollte, indem man die freigehaltene Trasse und die herrlich breiten Brücken im Zuge der Sengelmannstraße ihrer vierspurigen Bestimmung übergibt.“ (Rolf Höhne)

Doch der jahrzehntelange Einsatz der Gegner hat endlich auch einen Erfolg gebracht: Die geplante Fortführung entlang des Stadtparks wurde endgültig zu den Akten gelegt. Hier laufen aktuell die Planungen für ein neues Wohnviertel, das „Hebebrandquartier“. Und keine zwei Kilome-

ter weiter wurde im Jahr 2000 das Projekt „Autofreies Wohnen“ eingeweiht – auf Flächen, die für die Autobahn vorgesehen waren.

In der Diskussion über die Radwege hat in den vergangenen Jahren ein Umdenken stattgefunden. Nachdem der Senat über Jahrzehnte die Strecken für Radfahrer vernachlässigt und für Instandsetzungsmaßnahmen kein Geld zur Verfügung gestellt hatte, wurde inzwischen auf breiter Ebene die Notwendigkeit erkannt, den Radverkehr zu fördern. „Sogar bei CDU und SPD ist inzwischen angekommen, dass hier ein großer Nachholbedarf herrscht. Nun muss gehandelt werden“, betont Martin Bill.

„Das Problem ist: Die Veränderungen sind grundlegender Natur und somit sehr umfangreich. Das ruft viel Widerstand hervor, was sich nur mit der Zeit ändern kann.“ Dass es Schritt für Schritt voran geht, beweist das Beispiel Hofweg. Im Jahr 2010 wurde die vielbefahrene Straße auf der Uhlenhorst inklusive der Kreuzung Mühlenkamp, Hofweg, Winterhuder Weg für den Radverkehr optimiert: Die alten, viel zu schmalen Radwege wurden zurückgebaut und stattdessen Schutzstreifen für Radfahrer auf der Fahrbahn abmarkiert. Insgesamt haben die Arbeiten 466.000 Euro gekostet. „Der GAL ist es zusammen mit der CDU gelungen, im Haushalt des Bezirks Gelder umzuschichten, wodurch

BRENNPUNKT VERKEHR 2: LANGENHORNER CHAUSSEE

Die GAL hat ein wichtiges Thema erfolgreich auf die politische Tagesordnung gesetzt: Den Umbau der Langenhorner Chaussee, einer gefährlichen und unfallträchtigen Straße mit alten und schlechten Radwegen. Der Hintergrund: Nach dem Bau der Ortsumgehung Fuhlsbüttel entlang des Flughafens sollten die dadurch entlasteten Straßen zurückgebaut werden. Dazu gehört die Langenhorner Chaussee, die eine Verbindung von Norderstedt bis nach Alsterdorf darstellt. Sie wird unecht zweispurig genutzt, der Radweg ist in einem erbärmlichen Zustand, aber aus dem Rückbau ist bisher nichts geworden. Die örtliche Polizei hat bereits mehrfach in den bezirklichen Gremien öffentlich auf die unhaltbaren Zustände und die fehlende Verkehrssicherheit hingewiesen und die Politik zum Handeln aufgefordert. Ebenso melden sich immer wieder Bürgerinnen und Bürger, die sich an der Langenhorner Chaussee unwohl und unsicher fühlen – sowohl zu Fuß, mit dem Rad oder im Auto. Die GAL macht sich dafür stark, die Situation durch den Rückbau auf je eine Fahrspur und die Ausweisung von Radfahrstreifen zu entschärfen. Im Mai 2011 hatte sie in der Bezirksversammlung beantragt, die Langenhorner Chaussee und die Alsterkrugchaussee bis Sengelmannstraße in eine echte Spur je Richtung umzubauen. Auf dem freiwerdenden Platz sollte ein komfortabler und sicherer Radfahrstreifen angelegt werden. Wie sich auf Nachfrage der GAL herausstellte, existieren noch nicht einmal die Pläne für den Rückbau, auf die das Bezirksamt zuvor verwiesen hatte, von denen dem Senat aber nichts bekannt ist. In der Sitzung der Bezirksversammlung im September 2011 lehnte die SPD die Planungen für den Umbau ab. Stattdessen forderte die



Bezirksversammlung mit den Stimmen von SPD, FDP und CDU den Senat auf, ein weiträumiges Verkehrsgutachten erstellen zu lassen. „Das ist eine gefährliche Hinhaltetaktik“, so die einhellige Meinung in der GAL-Fraktion. Denn mit der Umsetzung von Maßnahmen könne auf diese Art und Weise frühestens in zwei Jahren begonnen werden. Dazu sagt Carmen Wilckens, Sprecherin im Regionalausschuss Fuhlsbüttel-Langenhorn: „Es gibt in Hamburg momentan keine Straße, auf der mehr Unfälle geschehen, als auf der Langenhorner Chaussee. Das belegen Untersuchungen der vom Senat eingesetzten Unfallkommission*. Der Zustand ist jetzt gefährlich, wir brauchen jetzt eine Veränderung – keinen Stillstand für weitere zwei Jahre.“

* Quelle: Schriftliche kleine Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion „Die gefährlichsten zehn Straßenkreuzungen Hamburgs – Arbeit der Unfallkommission“. Die Hamburger Morgenpost hielt am 14.12.2011 unter dem Titel „Das sind Hamburgs gefährlichste Kreuzungen“ unter anderem fest: „Die Langenhorner Chaussee ist die Straße, auf der die meisten Unfälle passieren. 266 waren es im Zeitraum von Anfang November 2010 bis Ende September 2011.“ Auch das Hamburger Abendblatt titelte am 02.04.2012 „Hamburgs gefährlichste Straße“.

die Umsetzung erst möglich wurde“, erläutert Bill.

Mobilität für alle, der barrierefreie Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln, ist im Busverkehr inzwischen zum größten Teil Realität. Auch die U-Bahnhöfe werden nach und nach mit Aufzügen ausgestattet, was nicht nur Menschen im Rollstuhl oder mit Kinderwagen die Nutzung erlaubt. „Die Gesellschaft wird immer älter. Zur aktiven Teilhabe muss es möglich sein, dass alte Menschen mobil sein können“, erklärt Bill.

„Gleichberechtigt im Verkehr“ ist das Prinzip von „Shared Space“, einem Ge-

staltungs- und Nutzungskonzept für den öffentlichen Raum, das die GAL Hamburg-Nord im Jahr 2007 in die politische Diskussion eingebracht hat. Bis 2010 wurde „Shared Space“ als Fortentwicklung von Fußgängerzone und Kommunaltrasse, in der nur der ÖPNV und Taxen zugelassen sind, intensiv thematisiert – auch in der Öffentlichkeit. „Dass sich mit dem Thema so ausführlich beschäftigt wurde, ist sehr positiv“, meint Martin Bill, der hofft, dass sich dadurch die Einstellung zum städtischen Verkehrsgeschehen verändert hat.

Zum zweiten Mal gescheitert ist die Umsetzung der GAL-Pläne für eine neue,

moderne Stadtbahn als schnelle und attraktive Alternative zum Auto. Zunächst mit der SPD, dann mit der CDU blieben nur die Visionen und Pläne übrig. Von Bramfeld über Steilshoop bis zur Kellinghusenstraße war der erste Bauabschnitt unter Schwarz-Grün vorangeschritten, bis die vorgezogenen Neuwahlen 2011 das Projekt zum Stillstand brachten. „In Zukunft wird sich die Frage nach dem Sinn einer Stadtbahn nicht mehr stellen. Wenn die Busse hoffnungslos überfüllt sind, und das werden sie bestimmt bald sein, wird es nicht mehr um das ‚ob‘ einer Stadtbahn, sondern nur noch um das ‚wie‘ der Umsetzung gehen“, ist sich Bill sicher.

VOM JUNIOR ZUM „ALTEN HASEN“

Ein „grüner Bonsch'n“ hat ihn auf den Geschmack gebracht. Der war die süße Dreingabe zu einem Flyer der Grünen Jugend Hamburg (GJHH), und „während man so dabei ist zu lutschen, kann man ja auch mal gucken, was und wer da eigentlich hinter steht“.

So schildert Martin Bill (29) seine erste „Begegnung“ mit den Hamburger Grünen. Was dann folgte, kann der damals 18-Jährige nur mit „ich war penetrant“ beschreiben. Denn die Kontaktaufnahme zur Grünen Jugend gestaltete sich schwierig, selbst Antje Radcke, die er auf einer Grünen-Veranstaltung ansprach, wusste nur, „dass sich da welche treffen“. „Nachdem ich die GJHH an einem Hintereingang in der Curienstraße gefunden hatte, habe ich mehrmals dort geklingelt, es war aber nie jemand da.“ Erst nach einem halben Jahr öffneten sich die Türen für ihn – und dann gleich sperrangelweit. Kaum angekommen, wurde er auch schon in den Vorstand gewählt. Seine erste Tat: die Erreichbarkeit der Grünen Jugend verbessern. Und dafür sorgen, dass die jugendpolitische Organisation der GAL-Hamburg auch in den eigenen Reihen bekannter wurde. Daneben Abi am Heilwig-Gymnasium, Wettkämpfe im Kunstradfahren und Zivildienst im Forstamt Hamburg, das der Wirtschaftsbehörde zugeordnet war. „Da habe ich nicht nur Wald und Wiesen schätzen, sondern auch zehn Monate lang Behördenhandeln kennen gelernt - und meinen Kettensägenführerschein gemacht“, erzählt er mit leuchtenden Augen.

Inzwischen Landesvorsitzender der Grünen Jugend, wurde auf der Vorstellungsrunde durch die Kreisverbände sein Interesse an der Mitarbeit vor Ort geweckt.

Über den Unterausschuss für Bauprüfangelegenheiten in Barmbek-Uhlenhorst stieg er in die Bezirkspolitik ein. „Ich fand es interessant, alles vorgestellt zu bekommen, was neu gebaut werden soll“, beschreibt der Sohn eines Barmbeker Pastors seine Motivation. Bei seinen Freunden ging sein politisches Engagement als „exotisches Hobby“ durch. 2004 wollte er mehr und kandidierte für die Bezirksversammlung. „Ich war ganz happy über meinen unerwarteten Wahlerfolg“, erinnert sich der damals 21-Jährige, der damit nicht nur das jüngste Mitglied seiner Fraktion, sondern der gesamten Bezirksversammlung war. Erstes Erfolgserlebnis: Auf seine Initiative hin wurde an der Habichtstraße eine Straßenlaterne versetzt, die nach einer Umbaumaßnahme den Radweg blockiert hatte. „Man bekommt viel vom politischen Alltag mit, lernt Institutionen aus dem Bezirk kennen und die Verwaltung – die hat ein Eigenleben, auf das die Politik aufpassen muss“, so seine Erfahrung. Neben dem ehrenamtlichen politischen Engagement kam das Jurastudium manchmal etwas zu

kurz. „Da brauchte ich einen Tick länger“, meint Bill gelassen. Dafür sieht der derzeitige Rechtsreferendar schon jetzt, wie sich sein Studienschwerpunkt „Umwelt- und Planungsrecht“ mit den Themen im Stadtentwicklungsausschuss verknüpfen lässt. Wichtig ist es ihm auch, mit den Kollegen nicht nur politisch auf einer Wellenlänge zu sein: „Die Sache macht Spaß, wenn es auch von den Leuten her stimmt – das war in der Grünen Jugend so und ist in der BV nicht anders“, erklärt er.

Die Chemie stimmt offenbar, inzwischen ist Martin Bill bereits in der dritten Legislatur im Bezirksparlament dabei, seit 2008 als stellvertretender Vorsitzender der Bezirksversammlung und zunehmend als Ratgeber für seine neuen Fraktionskolleginnen und -kollegen. „Ich werde so lange Politik machen, wie es mir Spaß macht und wie ich mich einbringen kann. Ich bin gespannt, welche Herausforderungen als nächstes auf uns zukommen werden – die Erfahrung zeigt: Politik ist nicht planbar.“

MARTIN BILL

Martin Bill, geboren 1982 in Hamburg-Barmbek, Rechtsreferendar, ledig, lebt in Winterhude. Trat 2001 in die GAL ein. Von 2003 bis 2009 im Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg, seit 2009 Vorsitzender des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude. Seit 2004 Bezirksabgeordneter. Sprecher für Verkehrspolitik und Stadtentwicklung. Seit 2008 stellvertretender Vorsitzender der Bezirksversammlung Hamburg-Nord.

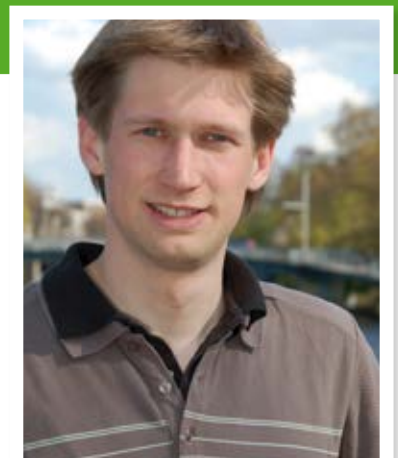




FOTO: CHRISTINA BUSSE

SICHTBARES ZEICHEN FÜR TOLERANZ

AMTSANTRITT FÜR DIE REGENBOGENFAGGE:

Fast schon Tradition hatte ein jedes Jahr erneut von der GAL-Fraktion gestellter Antrag, bevor endlich im Jahr 2004 das Fähnlein im Winde flattern konnte: Die Rede ist von der Regenbogenfahne als Symbol der schwul-lesbischen Bewegung.

Mehr als zehn Jahre lang hatte die GAL darum gekämpft, dass zum Christopher-Street-Day (CSD) am Bezirksamt die Regenbogenfahne gehisst wird. Die Vorlage dazu hatte der GAL-Bürger-

schaftsabgeordnete Farid Müller auf Landesebene geliefert. Aber auch wenn der Antrag seit 2001 von der Bezirksversammlung in Nord positiv verabschiedet wurde - das Vorhaben selbst wurde regelmäßig vom Senat mit Hinweis auf die Hamburger Flaggenordnung unterbunden. Bis eine neue Auslegung der Flaggenordnung im Jahr 2004 erstmals zum Erfolg führte: Die bunte Fahne sollte vor den Amtsstuben des Bezirksamtes in Ependorf gehisst werden.

Vorher sah sich die Verwaltung allerdings noch einer besonderen Herausforderung gegenüber gestellt: „Einen Tag vor dem CSD rief mich der damalige Verwaltungsleiter Harald Rösler an und fragte, ob ich mit einer Regenbogenfahne aushelfen könne. Diese müsse allerdings richtig groß sein und den in der Flaggenverordnung festgelegten Maßen entsprechen...“, erzählt Holger Koslowski, der als GAL-Fraktionsvorsitzender kurzentschlossen ganzen Einsatz leistete.





„DIE BV MÖGE BESCHLIESSEN: ZUM DIESJÄHRIGEN CHRISTOPHER- STREET-DAY 2006 AM 5. AUGUST HISST DAS BEZIRKSAMT DIE REGENBOGENFAHNE ALS ZEICHEN DES RESPEKTS UND DER TOLERANZ GEGENÜBER MENSCHEN MIT LESBISCHEN UND SCHWULEN LEBENSWEISEN.“

Petition des Antrags von Holger Koslowski und Eva Gümbel, 2006



„So kurz vor dem CSD waren die Fahnen ziemlich ausverkauft. Ich habe dann noch die letzte große Flagge in einem schwulen Sexshop ergattert. Die Rechnung hat mir der Bezirk erstattet.“

Zwei Jahre später der Durchbruch: „Alle drei Nord-Fraktionen haben beantragt und beschlossen, alljährlich zum Jahrestag der schwul-lesbischen Bürgerrechte (CSD) die Regenbogenfahne in Eppendorf wehen zu lassen. „Dies wurde von der amtierenden Vorsitzenden (die stellvertretende BV-Vorsitzende Heidemarie Hermann, SPD) als eine 'historische Entscheidung' gewürdigt“, freute man sich in der kurz und grün 22

vom 4.9.2006 unter dem Titel „Regenbogen for ever!“. Hamburg-Nord hatte damit eine Vorreiterfunktion inne. 2008 bekannte sich auch das Hamburger Rathaus, das sich bis dahin in hanseatischer Zurückhaltung geübt hatte, erstmals zur bunten Flagge.



Das Kampnagel-Foyer bei der Eröffnung der 22. Lesbisch Schwulen Filmtage Hamburg | International Queer Film Festival im Oktober 2011



Foto von den Dreharbeiten zu „Keine Chance für die Liebe“ (1990). An der Entstehung des Films wirkte der heutige Bezirksabgeordnete Michael Schilf mit.

DER BEZIRK ZEIGT FLAGGE

FÜR EIN QUEERES JUGENDZENTRUM STEHEN DIE ZEICHEN AUF GRÜN

„Keine Chance für die Liebe“, so hieß der Videofilm einer studentischen Arbeitsgruppe, der 1990 den Startschuss für die Lesbisch Schwulen Filmtage gab. Für Michael Schilf war dies der erste Berührungspunkt mit dem Magnus-Hirschfeld-Centrum (mhc).

Der damals 27-Jährige war an der Entstehung des Streifens beteiligt und sorgte dafür, dass der Film, der für ein

neues lesbisch-schwules Selbstverständnis stand und unerwartet ein Riesenerfolg wurde, überall dort gezeigt werden konnte, wo er nachgefragt wurde, so auch im 1983 gegründeten mhc. „Ich wusste zwar, dass es hier so ein Homo-Café gab“, erinnert sich der Sozialpädagoge, „denn ich wohnte ja ganz in der Nähe, aber irgendwie sagte mir die Atmosphäre nicht so zu. Die Stimmung wirkte gedrückt und beladen. Im Rück-

blick denke ich, es könnte daran gelegen haben, dass es die Zeit war, in der AIDS ein sehr großes Thema war und eigentlich alle der im mhc Engagierten mittelbar oder unmittelbar betroffen waren.“ Über die Jahre änderte sich dieser Eindruck und seit 1998 ist Michael Schilf selbst im Vorstand des mhc. „Mindestens zwei Fast-Insolvenzen und viele andere Dramen habe ich seither miterlebt“, fasst er zusammen. Erst

MICHAEL SCHILF

Michael Schilf, Jahrgang 1962, rückte im Februar 2010 als Nachfolger für die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Antje Brüggemann, die ihr Mandat aus beruflichen Gründen niederlegte, in die sechsköpfige GAL-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord nach.

Der Diplom-Sozialpädagoge aus Winterhude, der im Magnus-Hirschfeld-Centrum arbeitet, hatte bereits zwei Jahre lang als Vertreter der freien Träger der Jugendarbeit kommunalpolitische Erfahrungen im Jugendhilfeausschuss sammeln können. „Ich bin in einem bürgerbewegten und umweltbewegten Elternhaus aufgewachsen und habe mich schon früh in der Friedensbewegung

engagiert. Und obwohl mir die Grünen schon immer sehr nah waren, besonders zum Thema Atomkraft, war ich erst einmal weiter links unterwegs gewesen“, berichtet der gebürtige Hamburger. „Als sich die CDU mit Schill verbündete, fiel bei mir die Entscheidung: Ich muss was machen! Ich muss mich parteipolitisch engagieren! Zu Wahlkampfzeiten bin ich dann 2004 in die GAL eingetreten und habe an Info-Ständen mitgemacht.“ Michael Schilf ist Sprecher für den Regionalbereich Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg und Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Er wirkt in der Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik mit und ist Mitinitiator der 2011 ins Leben gerufenen Landesarbeitsge-



meinschaft Kinder, Jugend und Familie. Sein vorläufiges Fazit: „Ich fühle mich in der Fraktion und im Bezirk saubler. Die Zusammenarbeit ist pragmatisch, lust- und menschenorientiert und es wird niveauvoll diskutiert.“

FOTOS: GAL-FRAKTION HAMBURG-NORD; WIKIMEDIA COMMONS/STEFANO BOLOGNINI

DAS MAGNUS-HIRSCHFELD-CENTRUM ALS ANLAUFSTELLE FÜR HOMOSEXUELLE JUGENDLICHE

Jugendliche, die lesbisch, schwul, bi- oder transsexuell sind, werden in ihrem Alltag nach wie vor mit Vorurteilen und einem feindseligen Klima konfrontiert. Im mhc als etablierter Anlaufstelle für Schwule und Lesben jeden Alters finden auch sie kompetente Beratung und Unterstützung. „Gerade beim Coming-Out brauchen die Jugendlichen Hilfe und Beratung“, betonen Sabine Liebe, Spre-

im vergangenen Jahr setzte ein starker Regenfall die Souterrain-Räume, in denen Beratungsgespräche und Gruppentreffen stattfinden, komplett unter Wasser und machte sie über Monate unbrauchbar – für das Zentrum, das nur mit knappen finanziellen Mitteln ausgestattet ist, eine Katastrophe. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord beschloss daraufhin im November 2011 auf Antrag der GAL-Fraktion einstimmig, dem Magnus-Hirschfeld-Centrum 3.900 Euro für eine Notsanierung zu gewähren. „Es ist ein gutes Gefühl, dass bisher alle maßgeblichen Anträge zum mhc fraktionsübergreifend einstimmig angenommen wurden. Das zeigt, dass

wir ernstgenommen und wertgeschätzt werden und unsere Themen als notwendig und wichtig anerkannt sind“, meint Schilf. Über das mhc hinaus unterstützt die Bezirksversammlung beispielsweise auch die Lesbisch Schwulen Filmtage. Auf Antrag der GAL wurde im vergangenen Jahr die Eröffnungsgala der Filmtage, die auf Kampnagel stattfand, finanziell gefördert. Was vor über 20 Jahren mit „Keine Chance für die Liebe“ begann, hat sich zum ältesten und größten queeren Filmfestival Deutschlands gemausert, bei dem rund 15.000 Zuschauerinnen und Zuschauer die Wahl zwischen 130 Filmbeiträgen haben.

DAS MHC

Seit 1983 setzt sich die Unabhängige Homosexuelle Alternative e.V. als gemeinnütziger Trägerverein des Magnus-Hirschfeld-Centrums (mhc) für homosexuelle Menschen bei der Bewältigung der mit ihrer sexuellen Orientierung verbundenen individuellen und gesellschaftlichen Probleme ein. Das Beratungs-, Kommunikations- und Kulturzentrum bietet für Lesben und Schwule eine Plattform, auf der vielfältige Kontakt-, Hilfs- und Emanzipationsangebote mit dem Ziel der Gleichstellung für homosexuelle Menschen möglich werden. Mehr als 30 lesbisch-schwule und transgender Gruppen und Selbsthilfegruppen treffen sich regelmäßig in den Räumen des Zentrums am Borgweg 8. Ein großer Teil der Arbeit des Hauses wird durch ehrenamtliches Engagement



unterstützt. Der Namensgeber des mhc, Dr. Magnus Hirschfeld (1868-1935), war Sexualwissenschaftler und gilt als Mitbegründer der ersten Homosexuellen-Bewegung.

cherin der GAL-Fraktion im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, und Michael Schilf, Sprecher für Lesben- und Schwulenpolitik der GAL-Fraktion. „Sie sind beim Coming Out mittlerweile sehr jung und viele sind mit der Situation überfordert. Die Suizidrate bei homosexuellen jungen Menschen ist weit höher als bei heterosexuellen.“ Die Stadt Hamburg hat deshalb im Jahr 2011 die von der GAL geforderten und von der Bezirksversammlung einstimmig unterstützten Pläne beschlossen, das mhc zu einem hamburgischen Zentrum für lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle Jugendliche weiterzuent-

wickeln. Im Haushaltsplan 2011/2012 sind zusätzliche Mittel in Höhe von 65.000 Euro vorgesehen, um die Einrichtung auszubauen. „Mit dem mhc haben wir eine anerkannte und professionelle Einrichtung für homosexuelle Jugendliche“, sagt René Gögge, Sprecher der Queer GAL und haushaltspolitischer Sprecher der GAL-Fraktion Hamburg-Nord. „Es ist sinnvoll, dieses Know-How für ganz Hamburg zu nutzen.“



**Stadtpark
ohne
Sternenhimmel**
Zieht das Planetarium um?

Detlef Gottschalk
Staatsrat Kulturbehörde

Thomas Kraupe
Direktor Planetarium

Jan-Dieter Mohr
Bürgerverein Winterhude

Eva Gümbel
GAL Bezirksabgeordnete

Mo. 4. Sept., 19.00 h
Planetarium

U3 „Borgweg“, Bus 20 „Ohlsdorfer Str.“ Bus 118 „Stadtpark“

Eine Podiumsdiskussion veranstaltet von der GAL-Fraktion
in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, Eintritt frei.

GAL-Fraktion
Bezirksversammlung
Hamburg-Nord

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

www.galnord.de

Holger Kienlewski, GAL-Fraktion Nord, Bundesstr. 1, 22099 Hamburg
Tel. 040 20 79 19 Fax 040 20 79 18 98 hofmann@galnord.de (H.N.S.G.P.)

Die GAL-Fraktion Hamburg-Nord lud 2006 zur Diskussion über die Zukunft des Planetariums ein. Der Kulturstatsrat sagte seine Teilnahme wieder ab, kurzfristig nahm daher die Kultursenatorin Karin von Welck teil.

FOTOS: ARCHIV GAL-FRAKTION HAMBURG-NORD; WWW.BILDARCHIV-HAMBURG.DE



Im Landhaus Walter reichten die Sitzplätze für das zahlreich erschienene Publikum längst nicht aus. Interessiert verfolgten die Bürgerinnen und Bürger die Diskussion zwischen (v.l.) Planetariumsdirektor Thomas Kraupe, Kultursenatorin Karin von Welck, Moderatorin Martina Bittermann, GAL-Bezirksabgeordnete Eva Gümbel und Jan-Dieter Mohr, Vorsitzender des Bürgervereins Winterhude.



GRIFF NACH DEN STERNEN

DAS PLANETARIUM FÜR DEN BEZIRK ERHALTEN

Im Herbst 2005 sickerten Pläne des Senats durch, das Planetarium aus dem Stadtpark in die HafenCity verlegen zu wollen. Dort sollte der Erfolg des Publikumsmagneten auf das geplante Science Center ausstrahlen und den Investoren Gewinn bescheren.

Doch der Bezirk verteidigte sein Wahrzeichen: Seit 75 Jahren war das Planetarium im denkmalgeschützten,

ehemaligen Wasserturm im Stadtpark beheimatet. Seitdem es Ende 2003 für elf Millionen Euro renoviert und technisch auf den neuesten Stand gebracht worden war, galt es als eine der modernsten Einrichtungen seiner Art weltweit. Eine Bürgerinitiative formierte sich und sammelte über 15.000 Unterschriften für den Erhalt des Sternentheaters im Stadtpark. Mit Rot-Grüner Mehrheit beschloss die Bezirksversammlung, auf

eigene Kosten (50.000 Euro) ein Gutachten zur Weiterentwicklung des angestammten Standortes in Auftrag zu geben. Eva Gümbel, damals stellvertretende GAL-Fraktionsvorsitzende, sollte als Vertreterin der Bezirksversammlung Nachnutzungskonzepte mitentwickeln. Dabei stand laut Gümbel fest: „Für dieses spezielle Gebäude gibt es keine Interessenten, die ein für uns akzeptables inhaltliches Konzept haben.“ Die GAL-

Bezirksfraktion lud im September 2006 zur Podiumsdiskussion „Stadtpark ohne Sternenhimmel – Zieht das Planetarium um?“ ein. Mit dabei: Kultursenatorin Karin von Welck. Der Saal im Landhaus Walter war bis auf den letzten Stehplatz gefüllt. Wenige Wochen später gab die Behörde bekannt, dass das Sternentheater im Wasserturm erhalten bleiben sollte. „Es war ein großer Erfolg, dass der Bezirksamtsleiter und Rot-Grün sowie die Bevölkerung an einem Strang gezogen haben und so die Fehleinschätzung der Senatorin korrigieren konnten“, so Eva Gümbel. Um das Planetarium weiter zu stärken, unterstützt die GAL Pläne, die den Ausbau des Sternentheaters im

Sockelbereich vorsehen. Hier sollen ein großzügiges Foyer und Gastronomie entstehen, darüber hinaus sollen dringend benötigte Räume für die Mitarbeiter geschaffen werden. Im Haushaltsentwurf des Schwarz-Grünen Senats für das Jahr 2012 war eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung über 4,5 Millionen Euro zur Finanzierung des Sockelbereichs enthalten. Doch nach der Neuwahl im Jahr 2011 wurde dieser Posten unter dem SPD-Senat wieder in Frage gestellt. „Ich appelliere dringend an die Kultursenatorin und den Finanzsenator, die notwendigen Mittel (...) zur Verfügung zu stellen“, so der GAL-Fraktionsvorsitzende Michael Werner-

Boelz damals in einer Pressemitteilung. Kurze Zeit später wurde bekannt, dass die Kulturbehörde ganz im Sinne der GAL-Fraktion Hamburg-Nord Gelder in den Haushalt 2011/2012 eingestellt hat. „Die Ausbaupläne des Planetariums gehen weiter, so wie es die GAL immer gefordert hat!“, stellte Michael Werner-Boelz im Blattgrün 20 vom Mai 2011 fest.



FOTOS: GAL-FRAKTION HAMBURG-NORD/CHRISTOPH REIFFERT; ESTHER BAUER; ARCHIV GAL-FRAKTION HAMBURG-NORD

„MIT DER BENENNUNG DES EPPENDORFER PLATZES NACH MARIE JONAS GEBEN WIR DER GESCHICHTE EIN GESICHT“

Holger Koslowski, damaliger Vorsitzender der GAL-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord.



HOLGER KOSLOWSKI

Holger Koslowski, Jahrgang 1969, war von April 2000 bis März 2010 Mitglied der Bezirksversammlung. Ab März 2004 war er Fraktionsvorsitzender, zunächst in einer Rot-Grünen Kooperation, ab 2008 dann in einer Schwarz-Grünen Zusammenarbeit. Während seiner knapp zehn Jahre in der BV war Holger Koslowski unter anderem Vorsitzender des Kulturausschusses, Sprecher für den Regionalbereich Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg und den Regionalbereich Eppendorf-Winterhude. Er war Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses, des Fachausschusses Sozialraummanagement und weiterer Gremien.



Marie Jonas mit ihrer Tochter Esther Bauer.

EINEN NAMEN FINDEN...

MARIE JONAS ODER WOLFGANG BORCHERT?

Am Ende der Debatte zur Benennung einer „neuen Eppendorfer Mitte“ polarisierte diese Frage 2008 die Bezirkspolitik ebenso wie die Öffentlichkeit.

Klar war, dass der neue Platz auf der Fläche des Parkplatzes vor dem ehemaligen Karstadt-Kaufhaus, heute Adresse von verschiedenen Einzelhandelsgeschäften, und dem ebenfalls neu entstandenen Technischen Rathaus des Bezirks mit seinem Namen einer Bürgerin oder einem

Bürger aus dem Stadtteil die Ehre erweisen sollte. Während sich SPD, FDP und DIE LINKE im Regionalbereich eindeutig für den Nachkriegsschriftsteller Borchert aussprachen, votierten GAL und CDU für die jüdische Ärztin Marie Jonas, die unter anderem am UKE tätig gewesen und 1944 in Auschwitz ermordet worden war. Den Vorschlag hatten Mitglieder vom Stadtteilarchiv Eppendorf ins Spiel gebracht, nachdem der zuständige Regionalausschuss um Vorschläge ge-

beten hatte. „Ich dachte intuitiv: Das ist der richtige Name! Die Ärztin Jonas passt zu den anderen Straßennamen von Ärzten in der Umgebung und holt eine verdiente Persönlichkeit aus dem Vergessen“, erläutert Holger Koslowski, damaliger GAL-Fraktionsvorsitzender. Auch das zuständige Staatsarchiv befürwortete eine Benennung nach Marie Jonas – nicht zuletzt, weil bereits in Steilshoop ein Borcherting existiert. Es zog seine fachliche Einschätzung aber zurück, nachdem

deutlich wurde, dass es im Bezirk politische Auseinandersetzungen in dieser Frage gab.

Im Vorfeld der Benennung habe es intensive Debatten gegeben, erinnert sich Koslowski. Sie gipfelten in einer „historischen Sitzung“ des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude im Herbst 2008, zu der sich viele interessierte Bürgerinnen und Bürger eingefunden hatten. „In bestimmten Kreisen gab es einen starken Widerstand gegen die Benennung nach Marie Jonas, gleichzeitig hatte das Kulturhaus Eppendorf rund 800 Unterschriften von Leuten gesammelt, die sich dafür aussprachen“, erklärt Koslowski. Als die

SPD eine geheime schriftliche Abstimmung über die beiden entsprechenden Anträge gefordert habe, sei er „sehr, sehr ärgerlich geworden“, beschreibt der damalige Fraktionschef. „Ich war fassungslos, denn das war ein schäbiger Trick. Eine Abstimmung muss für Bürger transparent und offen stattfinden.“ Die Vorsitzende des Ausschusses, Dagmar Wiedemann (SPD), habe daraufhin entschieden, dass eine anonyme Abstimmung gegen die Geschäftsordnung verstoße. Die anschließende Abstimmung, die auf Antrag von Koslowski namentlich stattfand, hatte ein Ergebnis von acht (GAL und CDU) zu sieben (SPD, FDP und DIE LINKE) Stimmen für die Benennung in Marie-Jonas-Platz

zum Ergebnis. Der Zusammengang von GAL und CDU stand bereits deutlich unter dem Zeichen der zu dieser Zeit stattfindenden Koalitionsverhandlungen der Grünen mit den Christdemokraten.

Zur öffentlichen Benennung des Marie-Jonas-Platzes lud das Bezirksamt Hamburg-Nord am 18. Februar 2009 ein. Die Tochter der ermordeten Ärztin, Esther Bauer, enthüllte das Straßenschild, anschließend fand im Sitzungssaal der Bezirksversammlung eine Feierstunde mit Lesung und musikalischen Darbietungen statt. „Die Einweihung des Marie-Jonas-Platzes war für mich persönlich sicher einer der schönsten Erfolge während mei-



Skaten in der Sonne: Der umgestaltete Marie-Jonas-Platz hat sich zu einem beliebten Treffpunkt für Jugendliche aus dem Stadtteil entwickelt. Fotos: Ingo Röhrbein, Mira Chopra

Skater dürfen bleiben

Streit um Nutzung des Marie-Jonas-Platzes beigelegt. Jugendliche müssen aber mehrere Bedingungen erfüllen

ner Zeit als Bezirksabgeordneter“, stellt Holger Koslowski rückblickend fest. „Es war schon immer unser Anliegen gewesen, die Autos da weg zu kriegen und den Platz den Menschen im Stadtteil zur Verfügung zu stellen. Die heutige Nutzung mit Cafés, Wochenmarkt, Konzerten und Tiefgarage zeigt, dass wir richtig gelegen haben.“

SKATER-PROBLEMATIK AM RUNDEN TISCH

Der Marie-Jonas-Platz: Wo heute Menschen draußen im Café die Sonne genie-

ßen und Skater ihre Kunststücke vorführen, war bis vor wenigen Jahren ein trister Parkplatz. Doch die vielfältige Nutzung birgt auch Konflikte: Geschäftsleute und Passanten fühlten sich durch junge Skateboardfahrer beeinträchtigt, beschwerten sich über Lärm, Beschädigungen und verbale Attacken. Der GAL-Bezirksabgeordnete Kai Elmendorf holte 2011 alle Beteiligten an einen Tisch und schaffte es in drei Treffen, eine Einigung zu erzielen. Unter dem Titel „Ortstermin auf dem Marie-Jonas-Platz: Skater dürfen bleiben“ schrieb das Hamburger Abendblatt am 25. Juli 2011 in seiner Online-Ausgabe: „Kai Elmendorf von der GAL,

der das Treffen organisiert hat, fragt die Jugendlichen direkt nach ihren Vorstellungen: ‚Wie viel Platz braucht ihr denn wirklich? Das könnt ihr am Besten entscheiden.‘ Man sieht Henrik, Vincent und Frederik an, dass sie am liebsten weiterhin den gesamten Platz nutzen möchten, aber sie lenken vernünftig ein. ‚Naja, auf den Teil direkt vor dem Backhaus könnten wir schon verzichten‘, sagt Felipe, 14. Damit ist ein erster Beschluss gefasst, schnell sind die Jungs auch damit einverstanden, nicht mehr direkt vor den Geschäften zu skaten. Das war bisher wegen der Überdachung besonders bei Regen ein beliebter Platz. Auch die

Sitzbänke sollen nicht mehr als ‚Rail‘ – wie es in der Skatersprache heißt, wenn man mit dem Brett über ein Hindernis rutscht – genutzt werden.“

Vertreter aller Parteien stimmten bei der Sitzung des Regionalausschusses im November 2011 den Lösungsvorschlägen zu, die am Runden Tisch erarbeitet worden waren. Bei diesem Treffen hatten sich Politiker, Eltern, Skater und Vertreter des Bezirksamtes für ein Verbot des Skatens auf den Treppenstufen ausgesprochen, Ersatz sollen zwei mobile Skateeinrichtungen schaffen, die durch den Verein Skateboard e.V. finanziert wer-

den. Die Bereiche, in denen das Skaten erlaubt ist, sollen klar gekennzeichnet werden. Außerdem soll ein Schild, das von bekannten Skater-Marken gesponsert wird, zu einem respektvollen und rücksichtsvollen Miteinander aufrufen. „Unser wesentliches Ziel, dass die Kinder bleiben dürfen, ist erreicht worden“, fasst Kai Elmendorf den Erfolg des Runden Tisches zusammen.

Bezirksversammlung GAL Nord nimmt Koalitions- verhandlungen mit der CDU auf



Dr. Peter Tschentscher, SPD-Chef in Nord



Frau Gieschel, SPD-Chefin in Nord

Im Mai 2008 entschied die Mitgliederversammlung der GAL Hamburg-Nord, mit der CDU in Koalitionsverhandlungen zu gehen. Die SPD reagierte erstaunt und kritisierte diese Entscheidung.

Aus Urheberrechtsgründen dürfen wir online nicht den kompletten Artikel abbilden. In der gedruckten Ausgabe dieser Broschüre ist er aber enthalten. Bestellkontakt siehe Seite 66.

Fortsetzung von Seite 1 - „Wir werden unsere Arbeit im Bezirk trotz des Kurswechsels der GAL konsequent an den Zielen unseres Bezirkswahlprogramms ausrichten“, betonte Tschentscher. Die Erfolge des Bezirks in der sozialen Stadtentwicklung, dem Wohnungsbau, in der Sozial-, Familien- und Jugendpolitik werde die GAL als kleine Partnerin in einem Bündnis mit der CDU nicht sichern können. Auch wichtige Projekte wie der Erhalt des Planetariums im Stadtpark, das Baden in einem öffentlichen Alster-Strandbad oder der neue Jugendtreff in Fuhsbüttel seien auf Initiativen und Ideen der SPD-Fraktion und des Bezirksamtsleiters Mathias Frommann (SPD) zurückzuführen. Die SPD befürchtet nun, dass der Bezirk Hamburg-Nord mit einem „schwarz-grünen Kompromiss-Bündnis“ seine Spitzenstellung unter den Hamburger Bezirken und sein soziales Profil verlieren und auf ein Mittelmaß zurückfallen würde. „Dass sich die GAL so schnell und einstimmig von mehr als zwanzig Jahren ihrer Geschichte und damit auch ihren eigenen politischen Wertvorstellungen verabschiedet, ist erstaunlich“, so das abschließende Fazit des SPD-Kreisvorsitzenden.

SPD befürchtet Verlust des sozialen Stadtteilprofils

ENDE DER ÄRA FROMMANN

In das Jahr 2008 fiel auch der Abschied von Bezirksamtsleiter Mathias Frommann (SPD). Jener hatte bereits ein Jahr vor der Wahl verkündet, dass er sich nach dem turnusgemäßen Ablauf seiner Amtszeit nicht wieder zur Verfügung stellen wolle, falls die CDU die Wahl auf Landesebene gewinne. Der dienstälteste Bezirksamtsleiter Hamburgs nahm nach zwölf Jahren Ende Oktober 2008 ohne großes Aufsehen seinen Hut: Eine feierliche Verabschiedung gab es nicht. Die CDU war immer Frommann-kritisch und die GAL versäumte es, bei ihrem neuen Partner eine würdige Verabschiedung

für den bei den Grünen immer sehr geschätzten Bezirksamtsleiter durchzusetzen. Auch auf einen Nachfolger hatte sich die Bezirksversammlung noch nicht geeinigt. Während CDU und GAL den parteilosen Juristen Thomas Fiebig favorisierten, sprachen sich SPD, FDP und DIE LINKE für Wolfgang Kopitzsch aus, zu der Zeit SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord und Leiter der Landespolizeischule. Während die Auseinandersetzungen um die Neubesetzung der Stelle andauerten, nahm ab November 2008 übergangsweise Harald Rösler, seit 1994 stellvertretender Amtsleiter, die Geschäfte der Bezirksamtsleitung wahr.

EINE KNAPPE MEHRHEIT FÜR DEN BEZIRKSAMTSLEITER

Beider Wahl des neuen Bezirksamtsleiters im April 2009 wurden die Stimmen der beiden ehemaligen GAL-Fraktionsabgeordneten Diebold und Olszewski zum Zünglein an der Waage. Mit 26:25 Stimmen wurde Wolfgang Kopitzsch von den Fraktionen

der SPD, DIE LINKE und der FDP sowie den beiden fraktionslosen Mitgliedern zum neuen Amtsleiter gewählt. Thomas Fiebig konnte sich mit den Stimmen von CDU und GAL nicht dagegen behaupten. Der Senat bestellte Wolfgang Kopitzsch mit Wirkung vom 1. Juni 2009 für sechs Jahre zum neuen Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Nord.

WAHLEN 2008 UND 2011

VON SCHWARZEN AUSSICHTEN, TURBULENTEN ZEITEN UND VORGEZOGENEN NEUWAHLEN

Die GAL-Fraktion in Hamburg-Nord erlangte bei den Wahlen im Februar 2008 16,7 Prozent der Wählerstimmen und somit acht Mandate in der Bezirksversammlung.

Die CDU konnte 19 Sitze für sich beanspruchen, die SPD war mit 17 Abgeordneten vertreten, die FDP konnte nach einer Pause mit drei Mitgliedern erneut in die BV einziehen und DIE LINKE war bei ihrer Premiere im Kommunalparlament

mit vier Sitzen dabei. „Niemand hatte erwartet, dass Rot-Grün die Mehrheit verliert – das hat mich kalt erwischt“, gibt Holger Koslowski, damaliger GAL-Fraktionschef, im Rückblick zu. Im Anschluss an dieses Wahlergebnis zeigte sich die GAL-Fraktion nach dem Vorbild der Bürgerschaft offen „für neue Farbspiele“, wie es der Bezirksabgeordnete Michael Werner-Boelz formulierte, und trat mit der CDU in Koalitionsverhandlungen ein. „Ich selbst

hatte da richtig Fracksausen vor, nachdem wir lange erfolgreich mit der SPD zusammengearbeitet hatten, und ich habe lange überlegt, diesen Beschluss mitzutragen“, erinnert sich Koslowski. Die angehende Zusammenarbeit mit dem neuen Partner CDU habe sich dann aber als „überraschend klar, freundlich, professionell und angenehm herausgestellt“, fasst Koslowski zusammen. Allerdings kam es nach den mehr als ein halbes Jahr lang andauernden Vertragsverhandlungen nicht mehr zur angestrebten Koalition...

Kaum stand der Vertragsentwurf zur Schwarz-Grünen Koalition, sorgten die

beiden GAL-Bezirksabgeordneten Dorle Olszewski und Siegfried Diebold im Januar 2009 für unvorhergesehene Turbulenzen mit weitreichenden Folgen. Sie trennten sich von der grünen Fraktion, „weil dort Politik im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr möglich gewesen ist“, so ihre Begründung. Als Gruppe Nordabgeordnete (GNA), später als Wählergemeinschaft Nordabgeordnete (WNA), nahmen sie weiterhin ihre Mandate in der Bezirksversammlung wahr. Die neue Situation hatte auf die politische Arbeit im Bezirk großen Einfluss, weil sie der geplanten Koalition der GAL mit der CDU einen Strich durch die Rechnung machte. Ohne die beiden Stimmen der „Fraktions-

losen“ hatte Schwarz-Grün die Mehrheit im Bezirksparlament verloren. „Unsere politische Arbeit war wie gelähmt. Die Koalitionsverhandlungen mit der CDU waren gescheitert und die parteiinternen Auseinandersetzungen um den Verlust der Stimmenmehrheit behinderten die inhaltliche Arbeit“, erinnert sich Michael Werner-Boelz, seit 2008 in der BV. Erst im Oktober 2009 konnte die politische Arbeit im Bezirk nach einem Monat Zwangspause wieder aufgenommen werden. Basierend auf einer Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes konnte die GAL-Fraktion außerdem in jedem Ausschuss eine zusätzliche Vertretung benennen. 13 neue zugewählte Bürgerinnen

und Bürger unterstützten die Grünen in ihrer Ausschussarbeit, darunter die 16jährige Martha Hähnle als Mitglied im Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg und damit jüngstes Ausschuss-Mitglied in der Geschichte der Bezirksversammlung. Bereits im Jahr 2006 war auf Vorschlag der GAL das Alter für zugewählte Bürgerinnen und Bürger gesenkt worden, damit auch jüngere Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen teilhaben können. Trotz ihrer gescheiterten Koalitionsverhandlungen betonten GAL und CDU im Juni 2009, ihren eingeschlagenen Kurs weiter verfolgen und ihre Zusammenarbeit fortsetzen zu wollen. „Der Kooperations-

SPD will eine Koalition mit der FDP – das nimmt ihr die GAL jetzt übel

HAMBURG-NORD (ers). Dass sich nach Wahlen Parteien auf die Suche nach Koalitionspartnern machen, um so eine stabile Mehrheit zu bekommen, ist gängige Praxis.

In der Bezirksversammlung Hamburg-Nord verfügt keine Partei über die absolute Mehrheit. Der SPD als stärkster Fraktion im Regionalparlament fehlen zu einer Mehrheit zwei Stimmen.

Die jetzt verkündete Absicht der SPD, zunächst mit der FDP, die über drei Sitze verfügt, Koalitionsverhandlungen zu beginnen, ist nach dem Schulterschluss von CDU und GAL in der vorangegangenen Legislaturperiode nur allzu verständlich. Zuvor hatte die SPD, wie es guter Brauch ist, auch mit der GAL und selbst den ungeliebten Linken erste Sondierungsgespräche geführt, die

aber offensichtlich zu wenig Berührungspunkte offenbarten.

Die Entscheidung zugunsten der FDP nimmt die machtverwöhnte GAL der SPD offensichtlich sehr übel. Ihr Fraktionsvorsitzender Michael Werner-Boelz: „Schon seit Jahren ist mit der SPD im Bezirk Nord leider keine fortschrittliche, emanzipatorische Politik mehr möglich. Dies konnte man unter anderem an der Debatte um die Flüchtlingsunterbringung am Alsterberg und um den geplanten offenen Vollzug in Fuhsbüttel sehen.“

Werner-Boelz bezeichnet die FDP als eine „neoliberalen Atompartei“ und malt ein Schreckensszenario. Auf die im Bezirk Nord lebenden Menschen würden künftig schlechte Zeiten zukommen: „Im Straßenverkehr zählt damit wieder

ausschließlich die Macht des Stärkeren. Die Belange von Radfahrern und Fußgängern werden in der kommenden Legislatur keine Beachtung finden. Und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs wird ebenso stagnieren. Ökologische Belange kommen in dieser Koalition völlig unter die Räder.“

Auch den von der SPD angestrebten verstärkten Wohnungsbau sieht die GAL kritisch: „In einer Koalition von SPD und FDP wird der Bürgerwille keine Rolle mehr spielen. Die SPD hat bereits angekündigt, dass sie auch gegen den Widerstand der Bevölkerung Bauvorhaben durchsetzen will“, sagt Nord-Vorstandssprecher Kai Elmendorf: „Mit der GAL wäre dies nicht zu machen.“

Das Bezirkswahlprogramm 2011 der GAL Hamburg-Nord



FOTOS: LOKAL-ANZEIGER LANGENHORN, 06.04.2011; GAL HAMBURG-NORD; GAL-FRAKTION HAMBURG-NORD/CHRISTOPH REIFFERT



Die GAL-Fraktion Hamburg-Nord mit Gästen bei ihrer Klausurtagung 2011

Vordere Reihe v.l.n.r.: Carmen Wilckens (Bezirksfraktion), Ulrike Sparr (Stellv. Fraktionsvorsitzende), Dr. Eva Gumbel (Vizepräsidentin der Bürgerschaft), Anja Hajduk (Stellv. Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion)

Dahinter v.l.n.r.: Diether Schönfelder (Beisitzer im Kreisvorstand), Stephan Greve (Geschäftsführer des Kreisverbandes), Michael Werner-Boelz (Fraktionsvorsitzender), Thorsten Schmidt (Bezirksfraktion), René Gögge (Bezirksfraktion), Martin Bill (Stellv. Vorsitzender der Bezirksversammlung), Sabine Liebe (Bezirksfraktion und Sprecherin des Kreisvorstandes), Katharina Fegebank (Bürgerschaftsfraktion und Landesvorsitzende), Michael Schilf (Bezirksfraktion), Kai Elmendorf (Bezirksfraktion und Sprecher des Kreisvorstandes)

NACH DREI JAHREN WIEDER EINE NEUE BEZIRKSAMTSLEITUNG

Ein erneuter Wechsel in der Leitung des Bezirksamts Hamburg-Nord fand 2012 statt. Wolfgang Kopitzsch hat zum 18. Januar 2012 sein neues Amt als Präsident der Polizei Hamburg angetreten. Die GAL-Fraktion Hamburg-Nord befürwortet den Entschluss der im Bezirk regierenden Koalition aus SPD

und FDP, für die Neubesetzung des Chefpostens im Bezirksamt eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen. „Wir Grünen wünschen uns für die Nachfolge von Wolfgang Kopitzsch eine Person, die im Bezirk Nord eine soziale und ökologische Politik umsetzen möchte“, betont der GAL-Fraktionsvorsitzende Michael Werner-Boelz. Die neue Bezirksamtsleitung wird voraussichtlich im August 2012 gewählt. Bis dahin nimmt einmal mehr stellvertretend Harald Rösler die Amtsleitung wahr.

entwurf hatte weiterhin als Leitlinie für unsere Arbeit als ‚Minderheitsregierung‘ Bestand“, erinnert sich Holger Koslowski. „Die dann folgende Zeit der wechselnden Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen war sehr ungewöhnlich. Gleichzeitig wurde damit ironischerweise ein alter Wunschtraum der Grünen wahr.“ Bald darauf drehte sich in der GAL-Fraktion das Personalkarussell: Nachdem die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Antje Brüggemann ihr Mandat im Februar 2010 niedergelegt hatte, gab auch Fraktionschef Holger Koslowski einen Monat später sein Mandat zurück. Beide standen aus beruflichen Gründen vor einem

Wohnortwechsel. In die BV rückten für sie Günther Lemy und Michael Schilf nach. Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wählten die sechs Abgeordneten einstimmig Michael Werner-Boelz. Stellvertreterin wurde Ulrike Sparr, die ebenfalls einstimmig gewählt wurde und der BV seit 2001 angehört. Nachdem Ole von Beust im August 2009 sein Amt als Bürgermeister von Hamburg niedergelegt hatte und der bisherige Innensenator Christoph Ahlhaus als sein Nachfolger gewählt wurde, kündigte die GAL-Bürgerschaftsfraktion im November 2009 die bestehende Koalition mit der CDU auf. Die daraus resultierende vorgezogene Neuwahl zur Bür-

gerschaft fand am 20. Februar 2011 statt. Gleichzeitig wurden auch die Bezirksversammlungen neu gewählt, allerdings mit einer verkürzten Wahlperiode bis zum 13. Juni 2014, dem Termin der Wahl zum Europaparlament, an dem zukünftig auch die Bezirksparlamente gewählt werden.

WAHL 2011: „KRAFTVOLLE, KREATIVE UND LUSTVOLLE OPPOSITIONSARBEIT“

Die GAL Nord erreichte bei der Neuwahl 16,5 Prozent der Stimmen. Damit zogen neun Abgeordnete in die Bezirksversamm-

lung ein. Die insgesamt 51 Sitze in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord verteilten sich darüber hinaus wie folgt: SPD 24, CDU 12, FDP 3, DIE LINKE 3. Die Abgeordneten kamen am 24. März 2011 zur konstituierenden Sitzung zusammen.

Die SPD führte als stärkste Kraft Sondierungsgespräche mit den möglichen Kooperationspartnern GAL, FDP und DIE LINKE. Im April stieg die SPD-Fraktion auf einen Beschluss des Kreisvorstands der SPD-Nord hin in Koalitionsverhandlungen mit der FDP ein. Während sich die Presse überrascht zeigte, stellte der Fraktionsvorsitzende Michael Werner-

Boelz fest: „Schon seit Jahren ist mit der SPD im Bezirk Nord leider keine fortschrittliche, emanzipatorische Politik mehr möglich. Dies konnte man unter anderem an der Debatte um die Flüchtlingsunterbringung am Alsterberg und um den geplanten offenen Vollzug in Fuhsbüttel sehen.“ Auf die im Bezirk lebenden Menschen sah Werner-Boelz unter SPD-FDP-Führung schlechte Zeiten zukommen: „Im Straßenverkehr zählt damit wieder ausschließlich die Macht des Stärkeren. Die Belange von Radfahrern und Fußgängern werden in der kommenden Legislatur keine Beachtung finden. Und der Ausbau des

öffentlichen Personennahverkehrs wird ebenso stagnieren. Ökologische Belange kommen in dieser Koalition völlig unter die Räder.“ SPD und FDP hätten bereits mehrfach betont, den Bau von Passivhäusern zu verhindern und bei Neubauten weniger auf klimapolitische Gesichtspunkte achten zu wollen.

Die Brautschau der SPD führte schon bald zu absurden Situationen. So stimmten die Sozialdemokraten beispielsweise zum Thema Stadtbahn gegen einen Antrag, den sie zuvor selbst gestellt hatten. Die Vorgeschichte: Als in der vorangegangenen Legislatur Bürgermeister Ahlhaus

MIT RÜCKENWIND: MITTENDRIN STATT NUR DABEI

Dank der Regelungen im neuen Wahlrecht legte Neuhamburger Thorsten Schmidt eine politische „Blitzkarriere“ hin: „Ich habe mich bei der Wahl zur Bezirksversammlung im Februar 2011 auf Platz 18 der Bezirksgesamtliste wählen lassen. Bei insgesamt 25 Plätzen und als neues Gesicht schien es damit für mich ausgeschlossen, die Wahl zu gewinnen“, erzählt Schmidt, der erst einige Monate zuvor der GAL beigetreten war.

Dass es dann doch anders kam, führt er auf das geänderte Wahlrecht zurück, „das damals höchstens ein Prozent der Wähler verstanden hatte“, wie er rückblickend meint. Auch er selbst habe zu den übrigen 99 Prozent gehört, inzwischen könne er das Wahlrecht allerdings in- und auswendig erläutern, schließlich wollte er nachvollziehen, wie es kam, dass er plötzlich wider Erwarten einen Sitz im Bezirksparlament inne hatte. „Die drei GAL-Kandidaten, die mehr Personenstimmen hatten als ich, standen alle auf den vorderen Listenplätzen und zogen somit bereits über die Parteistimme – die so genannte 'Listenstimme' – in die Bezirksversammlung ein. Bei der Vergabe unseres einzigen Sitzes, der über die Personenstimme zu vergeben war, standen sie also nicht mehr zur Verfügung. Das Entscheidende, worüber ich mir nicht im Klaren war, ist, dass zunächst die Parteistimmen und danach erst die Personenstimmen ausgewertet werden. Die viertmeisten Personen-

stimmen hatte dann schon ich. Diesen Erfolg führe ich auf meine in den Wahlunterlagen angegebene Berufsbezeichnung „Ingenieur für Windkrafttechnik“ zurück – das ist sicher etwas, was insbesondere die grüne Wählerschaft anspricht.“

Statt sich nun, wie geplant, Schritt für Schritt der Kommunalpolitik anzunähern – zwei bis drei Mal hatte er bislang den Stammtisch der GAL Stadtteilgruppe Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel im Alsterdorfer Lokal „Big Easy“ besucht – war er nun mittendrin. Zwei bis drei Termine pro Woche als Bezirksabgeordneter sind das normale Pensum, neben den Ausschusssit-

zungen gehören dazu beispielsweise auch Ortstermine und die Bürgersprechstunde.

„Wir machen Politik zum Anfassen: Orts-termine betreffen teilweise mein direktes Umfeld“, betont der Langenhörner, der sich insbesondere für die Stärkung des Fahrradverkehrs einsetzt und dafür auch auf Bezirksebene den nötigen Spielraum sieht. Themen mit Lokalcharakter gehören für ihn inzwischen zum Tagesgeschäft, gleichzeitig verliert er dabei das große Ganze nicht aus den Augen: „Der Klimawandel ist das entscheidende Problem der Menschheit. Die GAL tritt am entschiedensten dagegen ein, deshalb bin ich Mitglied geworden.“

THORSTEN SCHMIDT

Thorsten Schmidt, Jahrgang 1983, stammt aus dem Münsterland. In Karlsruhe und Stockholm hat er Maschinenbau studiert. Für den Job kam der Entwicklungsingenieur für Windkraftanlagen Ende 2009 nach Hamburg. Sein neues Zuhause fand er in Langenhorn. Im Mai 2010 trat er der GAL bei, Anfang 2011 wurde er Bezirksabgeordneter. Thorsten Schmidt ist Sprecher im Wirtschaftsausschuss und Mitglied im Regionalausschuss Fuhlsbüttel-Langenhorn.



die Planungen zur Stadtbahn stoppen ließ, hatte die SPD beantragt, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern den Bau der Stadtbahn weiter zu diskutieren. Der Antrag wurde wegen der Neuwahlen vertagt und stand schließlich im Mai 2011 wieder auf der Tagesordnung der Bezirksversammlung. Doch die Rollen hatten sich geändert: Bürgermeister Olaf Scholz und auch der anvisierte Partner der SPD in Hamburg-Nord, die FDP, waren strikt gegen die Stadtbahn. Die SPD zog ihren Antrag daher zurück.

Die GAL nutzte die Gunst der Stunde und stellte den SPD-Antrag kurzerhand

als GAL-Antrag neu. Damit war die SPD in der Zwickmühle und beugte sich der Meinung von Scholz und FDP: Die Fraktion stimmte geschlossen gegen ihren eigenen Antrag. „Das war nur die erste dicke Kröte, die die SPD Hamburg-Nord schlucken musste“, kommentierte Martin Bill, verkehrspolitischer Sprecher der GAL-Fraktion Hamburg-Nord, die kuriose Situation. „Dass die SPD die Stadtbahn aufgegeben hat, ist kurzsichtig. Schade, dass die Sozialdemokraten im Bezirk Hamburg-Nord nicht den Mut hatten, ihrer eigenen Überzeugung zu folgen. Stattdessen opferten sie das wichtigste Verkehrsprojekt des Jahr-

zehnts Wahlkampfakt und Koalitionsräson!“

Am 9. Juni 2011 besiegelten SPD und FDP ihre Zusammenarbeit in einem Koalitionsvertrag. „Mit dieser Entscheidung hat sich die SPD eindeutig gegen eine sozial-ökologische Reformpolitik gestellt und für ein Bündnis mit dem Auslaufmodell der neoliberalen und anti-ökologischen FDP entschieden. Verlierer sind die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Nord“, kommentierte Michael Werner-Boelz, der „eine kraftvolle, kreative und lustvolle Oppositionsarbeit“ ankündigte.

GRUSSWORTE FÜR HAMBURG-NORD IN DER BÜRGERSCHAFT



Dr. Eva Gümbel, Wahlkreis 8
(Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg)

„Ich gratuliere der GAL-Bezirksfraktion Hamburg-Nord ganz herzlich zu ihrem 30jährigen Bestehen – einen Teil der Zeit durfte ich aktiv mit gestalten.

Auch heute habe ich noch einen engen Draht zur Bezirksfraktion und gemeinsam haben wir das eine oder andere Thema erfolgreich bewegt. In meinem Wahlkreis haben wir uns gemeinsam für den Ausbau des Bürgerhauses Barmbek und den Anbau für die Zinnschmelze eingesetzt. In der Bürgerschaft habe ich mit einem Antrag dafür gesorgt, dass die ehemalige Theaterfabrik am Wiesendamm auch künftig für eine kulturelle Nutzung bereit stehen soll. Wie die GAL-Bezirksfraktion sehe ich in der Kultur ein wichtiges Element zur Entwicklung der Stadt und ihrer Quartiere. Ich hoffe, dass wir auch in den nächsten Jahren noch viele gemeinsame Erfolge bei diesem, aber auch bei anderen Themen feiern können.“



Anja Hajduk, Wahlkreis 9
(Winterhude-Eppendorf)

„Vor 27 Jahren als Studentin nach Hamburg gezogen, bin ich seitdem nicht nur dieser Stadt treu geblieben, sondern auch ihrem nördlichen Bezirk.

Schon damals wohnte ich in der Nähe vom Borgweg und habe diesen Stadtteil gleich als mein Zuhause begriffen. Noch etwas länger – seit 30 Jahren nun – setzt sich die Fraktion der GAL Nord für den Bezirk ein. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich herzlich! Ich schätze ihr unermüdliches Engagement, wie beispielsweise für die Gestaltung des Kampnagel-Geländes als öffentlich nutzbare Fläche. Für mich ist die Verankerung vor Ort eine wichtige Basis, um Politik zu machen. Deshalb ist es mir ein Anliegen, die Bezirksfraktion von Bürgerschaftsseite aus tatkräftig zu unterstützen. Im Wahlkreis möchte ich mich insbesondere beim wichtigen Thema Mobilität in unserem verdichteten Stadtteil einbringen. Dass die Lebensqualität und die Vielfalt der Menschen im Quartier erhalten bleiben, das wünsche ich mir für die Zukunft. Daran müssen wir arbeiten.“



Katharina Fegebank, Wahlkreis 10
(Fuhlsbüttel-Langenhorn)

„Lebenswert und echt. Ein dichtbesiedelter Wohn- und Naherholungsraum mit attraktiven Wirtschaftsflächen, das ist mein Wahlkreis in Hamburgs Norden.

Hier finden sich eine spannende soziale Vielfalt und liebenswerte Geschichten um die Menschen, die hier leben. Die Bezirksfraktion und ich als Bürgerschaftsabgeordnete, wir setzen uns gemeinsam dafür ein, diese Lebensqualität zu stärken. Ob Nachtflugverbot, Ökologisierung des Nahverkehrs oder stadtteilverträglicher Wohnungsbau: Der Hamburger Norden ist und bleibt lebenswert für alle die hier wohnen und wohnen wollen. Ein besonderes Anliegen ist uns in diesem Zusammenhang die Verkehrsberuhigung an der Langenhorn Chaussee. Hier gilt es, endlich den Anspruch an Mobilität und Lebensqualität neu zu gewichten.“



AKTUELL, VERSTÄNDLICH UND GANZ NAH DRAN: BLATTGRÜN

Blattgrün ist das Informationsblatt der GAL-Fraktion Hamburg-Nord. Bis zu zehn Mal im Jahr liegt ein druckfrisches Exemplar auf dem Tisch - immer am Tag nach der Sitzung der Bezirksversammlung. Im Blattgrün informieren die Abgeordneten über die aktuellen kommunalpolitischen Themen, über ihre Arbeit in der Bezirksversammlung, ihre Beschlüsse, Initiativen und Meinungen.

Premiere hatte das Blattgrün im Mai 2009, vorausgegangen waren das GAL-Info, die nordGALzette und das kurz und grün. „In einem Stadtstaat wie Hamburg werden die Bezirksversammlungen viel weniger wahrgenommen als andere Kommunalparlamente,“ erläutert der ehemalige Fraktionsvorsitzende Holger Koslowski. „Mit unserem neuen Service wollen wir der wachsenden Bedeutung der Bezirke gerecht werden und den Aus-

tausch mit den Bürgerinnen und Bürgern intensivieren.“ Die Themen der ersten Ausgabe: Verkehrsberuhigung, Aufzüge in U-Bahnhöfen und die Förderung der Stadtteilkultur.

Das in der Regel zweiseitige Blattgrün kann als pdf-Newsletter auf der Homepage der Fraktion unter www.galnord.de/bezirksfraktion/blattgruen/ abgerufen sowie per E-Mail an fraktion@galnord.de angefordert werden.

HIER WIRD IHNEN GEHOLFEN DIE GESCHÄFTSSTELLE

„Wir haben ein Büro...“, wurde im GAL-Info im August 1982 gejubelt. Zwei kleine Büroräume in der Kümmellstraße 4, im gleichen Gebäude wie Karstadt-Sport, das 2007 abgerissen wurde.

Hier konnte das Protokoll der Bezirksversammlung eingesehen werden, bei einer Tasse Kaffee die taz, das Abendblatt und die Hamburger Rundschau gelesen werden. Ein Schlüssel lag in der Pförtnerloge Kümmellstraße 7 montags bis freitags von 7 bis 20 Uhr bereit. Im September '82 wurde beschlossen, jemanden fürs Büro einzustellen. Bereits zu dieser Zeit gab es

Überlegungen, einen Laden als zentral gelegenes Büro für Nord anzumieten, weil „das Büro in der Kümmellstraße mit Material überquillt“.

Seit 1985 gibt es das GAL-Büro in der Bussestraße. Christoph Reiffert leitet seit Ende 2010 von hier aus als Geschäftsführer die Geschicke der Fraktion. Hier versammeln sich die Bezirksabgeordneten zweimal monatlich zu Besprechungen. Und zum gemeinsamen, sonntäglichen „Tatort“. Im Anschluss daran gebe es immer die besten kommunalpolitischen Ideen, heißt es aus gut informierten Kreisen.



Büro der GAL-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
Bussestraße 1 • 22299 Hamburg
Tel.: 040- 511 79 19
Fax: 040- 51 22 28
E-Mail: fraktion@galnord.de

Öffnungszeiten derzeit Dienstag bis Donnerstag, 11 bis 18 Uhr

DIE GAL-FRAKTION, DIE AM 1. MÄRZ 2011 DAS ERSTE MAL ZUSAMMENKAM, BESTEHT AUS:



Michael Werner-Boelz, Jg. 1966, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Groß Borstel. Fraktionsvorsitzender; Sprecher für Bildung, Kultur und Sport.



Ulrike Sparr, Jg. 1957, Redakteurin, Winterhude. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Sprecherin für Umwelt und Verbraucherschutz sowie Frauenpolitik.



Martin Bill, Jg. 1982, Referendar, Winterhude. Stellvertreter der Vorsitzenden der Bezirksversammlung; Vorsitzender des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude (mit Hoheluft Ost); Sprecher für Verkehr und Stadtentwicklung.



Kai Elmendorf, Jg. 1971, Unternehmer, Winterhude. Sprecher für den Regionalbereich Eppendorf-Winterhude (mit Hoheluft-Ost); Sprecher des Kreisvorstands der GAL-Nord.



René Gögge, Jg. 1985, Arbeitsvermittler, Barmbek-Süd. Sprecher für Haushaltsangelegenheiten; Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Schwulen- und Lesbenpolitik (QueerGAL).



Sabine Liebe, Jg. 1979, Betriebswirtin, Alsterdorf. Vorsitzende des Haushaltsausschusses; Sprecherin für Soziales, Gesundheit und Integration; Sprecherin des Kreisvorstands der GAL Nord.



Michael Schilf, Jg. 1962, Dipl.-Sozialpädagoge, Winterhude. Sprecher für den Regionalbereich Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg und für Jugendhilfe.



Thorsten Schmidt, Jg. 1983, Ingenieur für Windkrafttechnik, Langenhorn. Sprecher für Wirtschaft.



Carmen Wilckens, Jg. 1963, Wirtschaftsfachwirtin, Langenhorn. Sprecherin für den Regionalbereich Fuhlsbüttel-Langenhorn (mit Alsterdorf und Ohlsdorf).

30 JAHRE GAL-FRAKTION HAMBURG-NORD IM ÜBERBLICK



6. Juni 1982: Bei den Wahlen zu Bürgerschaft und Bezirksversammlung gewinnt die GAL in Hamburg-Nord 10,4% der Stimmen (Hochburgen sind Eppendorf und Hoheluft-Ost mit 14%) und zieht mit vier Abgeordneten in die Bezirksversammlung ein.

Sommer 1982: Die GAL-Fraktion wird Mitglied im neu gegründeten Arbeitskreis Falkenried-Terrassen. Gemeinsam mit Mieter-Ini, Eigentümern, Baubehörde, Stadterneuerung und Bauamt Nord wird das „Erneuerungskonzept“ erarbeitet.



19. Dezember 1982: Auf Grund von unklaren Mehrheitsverhältnissen bei der Bürgerschaftswahl vom Juni finden erneut Wahlen statt. Die GAL erreicht im Bezirk Nord 9,8% der Stimmen und vier Sitze.

1982/83: Die GAL bestellt im Auftrag der Initiative zur kulturellen Nutzung Kampnagels einen Gutachter, der ein Nutzungskonzept auf Grundlage des Erhalts der historischen Hallen erarbeitet. Der Senat, die CDU-Nord und die SPD-Nord wollen den Abriss. Bei einer öffentlichen Anhörung zum Thema Kampnagel im Juni 1983 spricht sich die Mehrheit der 300 Anwesenden für den von der GAL unterstützten Erhalt der Hallen aus.

16. Juni 1983: Auf Antrag der GAL-Fraktion beschließt die BV die Errichtung einer „Atomwaffenfreien Zone Hamburg-Nord“.



Wahlen 1986: 15,2% – Die grüne Fraktion ist mit sechs Sitzen in der BV vertreten.



Wahlen 1987: 11,5% – Vier Sitze für die GALier. Die Neuwahl war wegen ergebnisloser Koalitionsverhandlungen auf Landesebene notwendig geworden.

14. März 1989: Nach eineinhalb Jahren intensiver Diskussion wird eine im Folgenden weiterhin umstrittene Kooperation mit der SPD-Fraktion Hamburg-Nord bekannt gegeben.

1990: Die Wahl von Helgrit Fischer-Menzel (SPD-Kreisvorsitzende) zur Bezirksamtsleiterin scheitert.

1990/91: Die „Wilde 13“, ein Zusammenschluss grüner BezirkspolitikerInnen, darunter viele aus Hamburg-Nord, nimmt zukunftsweisenden Einfluss auf den Kurs der GAL auf Landesebene.



Wahlen 1991: 12,3% – Fünf Abgeordnete ziehen für die GAL in die BV ein.



Wahlen 1993: 19,5% Die grüne Fraktion in Hamburg-Nord ist mit neun Köpfen so stark wie nie zuvor.

Januar 1995: Ein Misstrauensantrag gegen Bezirksamtsleiter Jochen von Maydell (SPD) im Zusammenhang mit nicht geahndeten Vertragsverstößen durch die Frank KG auf dem Dulsberg scheitert.

1995: Kampagne zur langfristigen Sicherung der Theaterfabrik Kampnagel.

Mai 1995: Bauwagenbewohner im Stadtpark werden von der GAL unterstützt. Zusammen mit drei GAL-Abgeordneten wird der erste Bauwagen-Verein Hamburgs, der „Förderverein Freunde des Bauwagenwohnens“, gegründet.

März und September 1996: Rot-Grün wählt Mathias Frommann zum neuen Bezirksamtsleiter. Der Senat widerspricht und verlangt eine öffentliche Ausschreibung der Stelle. Diese erfolgt, im September 1996 wird Frommann endgültig gewählt.



Wahlen 1997: 21,5% Die GAL hat zehn Abgeordnete im Bezirksparlament – ihr bestes jemals erzielt Ergebnis.

14. Januar 1999: BV-Beschluss auf Initiative der GAL zur „Woche des Gedenkens“

8. Mai 1999: Einweihung des „Nachdenkmals“ am Licentiatenberg in Groß Borstel.

Mai/Juni 1999: Der Kosovokonflikt stellt die GAL Nord vor eine Zerreißprobe. Drei Fraktionsmitglieder (Karin Gritzuhn, Andrea Krieger, Angelika Traversin) treten aus und bilden die „Regenbogen-Fraktion“.

September 1999: Die Bezirksversammlung beschließt mit den Stimmen von GAL und SPD die Herrichtung des ehemaligen Wendebekens am Elligersweg in Barmbek als Bauwagenplatz. Im November 1999 wird der Platz bezogen.



Wahlen 2001: 13,1% Die GAL erringt sechs Sitze in der Bezirksversammlung.

Juni 2003: In einem Bürgerentscheid spricht sich die Mehrheit der Abstimmenden gegen neue Flächen für das Wohnen im Bauwagen in Hamburg-Nord aus.



Wahlen 2004: 18% Die GAL-Fraktion hat acht Mitglieder.

September 2004: 1.400 Polizisten räumen den Bauwagenplatz im Wendebekken.

2006: Dank intensiver Bemühungen von Rot-Grün im Bezirk gelingt es, den Verbleib des Planetariums im Bezirk zu sichern. Der CDU-Senat hatte eine Verlegung in die HafenCity geplant, um diese zu beleben.



Wahlen 2008: Die GAL Nord erringt 16,7 Prozent der Bezirkstimmen. Acht Abgeordnete ziehen in die Bezirksversammlung ein.

Oktober 2008: Der dienstälteste Bezirksamtsleiter Hamburgs, Mathias Frommann, tritt nach Ablauf seiner zweiten Amtsperiode ab. Übergangsweise übernimmt der stellvertretende Amtsleiter Harald Rösler die Geschäfte.

2008/2009: Kooperationsverhandlungen mit der CDU

Januar 2009: Die GAL-Bezirksabgeordneten Dorle Olszewski und Siegfried Diebolder verlassen die grüne Fraktion. Als Gruppe Nordabgeordnete (GNA), später als „Wählergemeinschaft Nordabgeordnete“ (WNA), nehmen sie weiterhin ihre Mandate wahr.

Juni 2009: Wolfgang Kopitzsch wird neuer Bezirksamtsleiter, gewählt von SPD, FDP, DIE LINKE und GNA



Wahlen 2011: Vorgezogene Neuwahlen, nachdem die GAL-Bürgerschaftsfraktion die Koalition mit der CDU gekündigt hat (vorausgegangen war die Amtsniederlegung des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust und die Wahl von Christoph Ahlhaus als Nachfolger).

Die GAL Nord erreicht 16,5 Prozent der Bezirkstimmen. Neun Abgeordnete ziehen in die Bezirksversammlung ein. Die insgesamt 51 Sitze verteilen sich darüber hinaus wie folgt: SPD 24, CDU 12, FDP 3, DIE LINKE 3. Die BV kam am 24. März 2011 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. SPD und FDP bilden in der laufenden Legislatur eine Koalition.

Juni 2014: Erstmals wird die Wahl zur Bezirksversammlung gemeinsam mit den Wahlen zum Europäischen Parlament abgehalten. Die Legislatur dauert dann fünf statt der bisher vier Jahre.

DIE GAL-BEZIRKSFRAKTIONEN

LEGISLATUR 10 Wahldatum 06.06.82	LEGISLATUR 11 Wahldatum 19.12.82	LEGISLATUR 12 Wahldatum 09.11.86	LEGISLATUR 13 Wahldatum 17.05.87	LEGISLATUR 14 Wahldatum 02.06.91	LEGISLATUR 15 Wahldatum 19.09.93
ERGEBNIS: 10,4% SITZE: 4 von 40 Ingeborg Grothe Rolf Höhne Antje von Holt Susanne Peters	ERGEBNIS: 9,8% SITZE: 4 von 40 Ingeborg Grothe (bis 1985) Rolf Höhne (bis 1984) Michael Pohlmann (bis 1983) Wolfgang Witsch (bis 1984) <u>NACHRÜCKER</u> Rudolf Bresien (ab 1984) Karl-Heinz Hilgers (1984-1986) Hans-Wolfgang Vieluf (ab 1985) Marion Henze (ab 1984) Reinhard Langenau (ab Juni 1986, verstorben im September, kein Nachrücker)	ERGEBNIS: 15,2 SITZE: 6 von 40 Heinz Donath Hilde Ernst Heiko Feldmann Wolfgang Guhle Ernst Medecke Hartwig Zillmer	ERGEBNIS: 11,5% SITZE: 4 von 40 Gisela Bartels (bis 1988) Heiko Feldmann (bis 1989) Brigitte Kemper (bis 1989) Ernst Medecke (bis 1988) <u>NACHRÜCKER</u> Wolfgang Guhle (ab 1988) Rainer Scheppelmann (ab 1988) Hartwig Zillmer (ab 1988) Thomas Dittberner (ab 1989)	ERGEBNIS: 12,3% SITZE: 5 von 40 Heiko Bogert Helga Everhartz Dr. Martin Kock (bis 1992) Rainer Scheppelmann Axel Tschentscher (bis 1992) <u>NACHRÜCKER</u> Michael Tilgner (ab 1992) Rainer (Boris) Utikal (ab 1992)	ERGEBNIS: 19,5% SITZE: 9 von 41 Ines Boban Kerstin Erl-Hegel (bis 1996) Martina Gregersen Antje Radcke Rainer Scheppelmann Volker Strantz (nur drei Wochen) Michael Tilgner (ab 1995) Rainer (Boris) Utikal Hartwig Zillmer <u>NACHRÜCKER</u> Helena Schneider (Nachrückerin Strantz, bis 1995) Wolfgang Guhle (ab 1995) Emily Bohnhoff (ab 1995) Andreas Thieme (ab 1997)

WAHLERGEBNISSE DER GAL IN BEZIRK UND LAND



HAMBURG-NORD 1982-2011

LEGISLATUR 16 Wahldatum 21.09.97	LEGISLATUR 17 Wahldatum 23.09.01	LEGISLATUR 18 Wahldatum 29.02.04	LEGISLATUR 19 Wahldatum 24.02.08	LEGISLATUR 20 Wahldatum 20.02.11
ERGEBNIS: 21,5% SITZE: 10 von 41 Dieter Bies (bis 2000) Martina Gregersen Karin Gritzuhn (bis 1999) *1 Wolfgang Guhle Beke Heß Andrea Krieger (bis 1999) *1 Knut Schümann Christian Sili Angelika Traversin (bis 1999) *1 Rainer (Boris) Utikal <u>NACHRÜCKER</u> Holger Koslowski (ab 2000)	ERGEBNIS: 13,1% SITZE: 6 von 41 Sigi Diebolder Martina Gregersen Eva Gümbel Holger Koslowski Ulrike Sparr Rainer (Boris) Utikal	ERGEBNIS: 18% SITZE: 8 von 41 Martin Bill Ulla Bussek Sigi Diebolder Eva Gümbel Holger Koslowski Dorle Olszewski Ulrike Sparr Rainer (Boris) Utikal	ERGEBNIS: 16,7% SITZE: 8 von 51 Martin Bill Antje (Anna) Brüggemann (bis 2010) Sigi Diebolder (bis 31.12.2008) *2 René Gögge Holger Koslowski (bis 2010) Dorle Olszewski (bis 31.12.2008) *2 Ulrike Sparr Michael Werner-Boelz <u>NACHRÜCKER</u> Günther Leko (ab 2010) Michael Schilf (ab 2010)	ERGEBNIS: 16,5% SITZE: 9 von 51 Martin Bill Kai Elmendorf René Gögge Sabine Liebe Michael Schilf Thorsten Schmidt Ulrike Sparr Michael Werner-Boelz Carmen Wilckens

Bis zu seiner Abschaffung 1993 galt das Rotationsprinzip, demzufolge die Abgeordneten nach etwa zwei Jahren ihr Mandat zurückgaben, um Platz für eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu machen. Damit sollten ein etwaiger Machtmissbrauch und die Bildung eines „Berufspolitikertums“ erschwert werden.

*1 Fraktionsaustritt und Bildung einer „Regenbogen-Fraktion“

*2 Fraktionsaustritt und Bildung der „Gruppe Nordabgeordnete“ (GNA)

GAL-SITZE IN DER BEZIRKSVERSAMMLUNG HAMBURG-NORD



Impressum

Herausgeberin:

GAL-Fraktion Hamburg-Nord
Bussestr. 1, 22299 Hamburg

Tel. 040 5117919

E-Mail fraktion@galnord.de
www.galnord.de/bezirksfraktion

V.i.S.d.P.: Michael Werner-Boelz,
Fraktionsvorsitzender, Anschrift wie oben

Text und Bildrecherche: Christina Busse

**Koordination, Bildrecherche und
Korrektur:** Christoph Reiffert

Layout: Christoph Jöns,
www.corporateproducts.de

Stand: April 2012

Auflage: 1.500 Stück

Bezug über das Fraktionsbüro